

türkei information

Nummer 31
15. Januar 1990
2,- DM

Teil 2:
Was ist
Rassismus?
Seite 10

*

Wohin treibt das
Deutschtum -
Was tun?

Seite 11

Die Kurdistanpolitik der türkischen Republik ist in einer Sackgasse:

Wie weiter in T.Kurdistan?

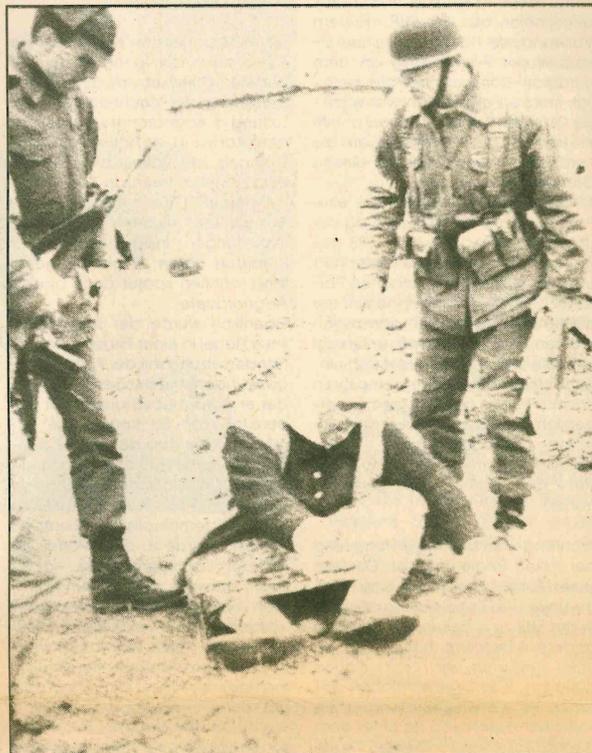
Seit über 5 Jahren führt die türkische Armee einen barbarischen und offenen Krieg gegen das unterdrückte kurdische Volk, welches seine national-demokratischen Forderungen mit verschiedenen Mitteln, mit bewaffnetem Kampf und vielschichtigen demokratischen Protestformen in seinem täglich wachsenden Widerstand immer lauter

äußert. Nun sehen immer größere Teile der herrschenden Kräfte in der Türkei ein, daß die kurdische nationale Frage nur militärisch nicht zu lösen ist. Sie überlegen und diskutieren zur Zeit über eine Kurdistanpolitik der türkischen Republik, die mit den Erfordernissen der Zeit übereinstimmen und neben der militärischen

auch kulturelle, soziale, politische und vor allem wirtschaftliche Dimensionen haben soll, während die türkische Armee alle Kurden nach wie vor "als Feinde" definiert und zum Abschluß freigibt.

Zu den Entwicklungen in der Kurdistanpolitik des türkischen Staates

auf den Seiten 5 u. 6



Zum Schäuble-
Entwurf für ein neues
Ausländergesetz:

Schönhuber
regiert bereits
mit!

Seite 12



Neuer Terror des Baath-Regimes gegen die Opposition im In- und Ausland trifft auch die kurdischen Flüchtlinge in den Lagern in T. Kurdistan, die auch von der türkischen Regierung terrorisiert werden.

Seite 15

Deutsche Waffen, Deutsches Geld...

Die BRD gibt seit Jahrzehnten Milliarden DM Militär- und Wirtschaftshilfe an den Nato-partner Türkei.

Daß dies keine uneigennütigen Geschenke sind, daß man damit korrupte Generäle und Regierungen in der Hand hat, daß man sich für die "Geschenke" die entsprechenden Gegenleistungen in Form von völlig überfeuerten und "unnütigen" Rüstungsaufträgen holen kann, wie man dabei sogar die amerikanische Konkurrenz ausschaltet, welche deutschen Kriegsverbrecherfirmen dabei wieder einmal ihre Hand im Spiel haben, dafür ist der Artikel auf Seite 8 über einen türkischen Rüstungsauftrag ein eindrucksvolles Beispiel. Ein Lehrstück des Imperialismus...

Seite 8 u. 9



Im Vorfeld
des Kongresses
des
Gewerkschafts-
verbandes
TÜRK-IS:

Diskussionen um
die Einheit
der
Arbeiterklasse

Die Arbeitergewerkschaftskonföderation Türk-Is hielt vom 11. bis 17. November 1989 ihre 15. Ordentliche Gewerkschaftsversammlung ab. Der Kongreß war von lauter Kritik und harten Auseinandersetzungen gekennzeichnet.

Seite 3 u. 4

I
N
H
A
L
T

Interview mit Kifayet Ana,
Mutter 'aller' politischen Gefangenen..... Seite 13
Prozeß gegen Oma,
weil sie kurdisch spricht..... Seite 16
'Die Frauen sprachen nicht
ihre eigene Sprache'..... Seite 16
Daß Sedat am Leben bleibt..... Seite 16
Auch im Ausland keine freie
Meinungsäußerung:
Das türkische Regime greift auch
die Oppositionellen im Ausland an!..... Seite 7

DIE KRISE DER SHP IST EINE KRISE DES SYSTEMS

Hinter dem Ausschluß von 7 Abgeordneten aus der SHP mit dem Vorwand, sie hätten sich ohne Erlaubnis der Parteileitung an dem Kurdistan-Kongress in Paris beteiligt, stecken eigentlich zwei wichtige Gründe. Der eine davon betrifft die Identität der SHP, der andere die Kurdische Frage. Nun zu diesen Gründen:

1. Die gegenwärtige SHP ist eine Partei, die aus der Vereinigung der unter Direktive der Junta 1983 gegründeten Populistische Partei (HP) und der Sozialdemokratischen Partei (SODEP) hervorgegangen ist, der die Beteiligung an den damaligen Wahlen von der Junta untersagt war. Die SHP unterscheidet sich hinsichtlich ihres Programms und ihren Kadern in den Leitungsgremien erheblich von den sozialdemokratischen (sozialistischen oder Arbeiter-) Parteien in Europa. Sie steht den Parteien des Zentrums näher.

Während der Militärregierung und der zivilen Regierung von Özal aus deren Fortsetzung fingen eine Menge Linke und Exgewerkschafter an, in der SHP zu arbeiten, da sie keine andere Alternative hatten (da sie unter Verboten und Repressionen gehalten, ihre Organisationen geschlossen, Vereinsgründung für sie verboten waren und sie unter dem Staatsterror litten.) In vielen Groß- und Kleinstädten verstärkten sich dadurch die Verbindungen der SHP zu den Massen. Das statistische, konservative und etatistische Profil der Parteileitung konnte mit Hilfe dieser Kader nach unten hin eine populistische Erscheinung annehmen.

Diese linken Kader und Gewerkschafter verstanden und definierten sich als den linken Flügel und nahmen den Kampf auf, die SHP in eine sozialdemokratische Partei umzuwandeln. Diese Initiative mußte sich zwangsmäßig auf die Forderung nach demokratischen Rechten und Freiheiten, auf den Kampf gegen das Regime des 12. Septembers stützen und sich gegen die Politik des nationalen Jochs gegen die Kurden richten. Schließlich geschah es auch so.

In einer anderen Hinsicht zielte der Kampf des linken Flügels auch darauf, die SHP für die werktätigen Teile der Gesellschaft noch mehr zu öffnen und so die Massenbasis der Partei zu verbreitern.

Die Reaktion der zentralen Leitung, die die Partei nach rechts ziehen wollte und die Basis rechter und konservativer Parteien zu erreichen suchte, auf den linken Flügel war enorm hart. Die regionalen Provinzleitungen, die sich als dem linken Flügel zugehörig verstanden, wurden aufgelöst; die zentrale Leitung versuchte, mit der Sprache der Putschisten (Terroristen, extremer Flügel etc.) den linken Flügel zu diffa-

mieren und zu isolieren.

Der innerparteiliche Kampf um die Frage nach der Identität der SHP endete schließlich mit der völligen Herstellung der Macht der zentralen Leitung. 7 Abgeordnete wurden mit dem Vorwand, sie hätten sich ohne Erlaubnis der Parteileitung an der Kurdistan-Konferenz in Paris beteiligt, gefeuert. Aus Protest gegen die Ausschlüsse erklärten einige Provinzleitungen insbesondere in T. Kurdistan ihren Rücktritt. Diesen Weg wählten später auch andere Abgeordnete.

Eigentlich wurde der sogenannte linke Flügel in einer Phase zur Auseinandersetzung mit der Parteileitung gezwungen und ausgeschlossen, in der er darauf überhaupt nicht vorbereitet war. So konnte die SHP gänzlich den Kurs der alten Populistischen Partei (HP) aufnehmen, die unter der Kontrolle der Putschgeneräle gegründet wurde. Sie schloß die sozialdemokratischen Elemente aus und wurde zu einer Partei, die mit der Sozialdemokratie -außer ihrem Namen- nichts zu tun hat.

Hier muß ein Punkt unterstrichen werden: Es existieren kein definiertes/klares Programm, institutionalisierte Organisationsstrukturen und eine innere Einheit bei dem Teil, der sich als linker Flügel definierte. Die ihm angehörenden Personen kamen mit unterschiedlichen Intentionen zusammen, konnten nicht die Qualität einer politischen Gruppe erreichen, keine feste sozialdemokratische Strategie bestimmen und ihre Verbindung zu den Massen nicht institutionalisieren. Dieser Mangel war auch der wichtigste Grund dafür, daß sie den Angriffen der zentralen Leitung schutzlos ausgeliefert waren.

Dieser Mangel der Angehörigen des linken Flügels, die nun die Vorbereitungen zur Gründung einer Partei treffen, ist nach wie vor vorhanden. Sie bereiten sich auf einen politischen Kurs vor, der ihnen angeblich auf der politischen Bühne erlauben soll, neben den sozialdemokratischen Elementen in der SHP auch die Basis der zur Zeit zerstreuten linken und revolutionären Gruppen zu erreichen. Aber ihre Chancen scheinen nicht besonders gut zu sein. Denn die radikalen linken Strömungen und die revolutionären Gruppen bemühen sich, erneut ihre Sympathisanten zu erreichen. D.h.: Es sieht so aus, daß das Feld, von dem man annimmt, es sei frei und gehöre niemandem, wieder von seinen eigentlichen Inhabern besetzt werden wird.

2- Es war unmöglich, in der Auseinandersetzung um die Identität der SHP die kurdische Frage auszuklammern. Im Gegenteil, die kurdische Frage wurde zu einem Hauptbestandteil der Identitätsdiskussionen in der SHP. Denn die kurdische Frage ist eines

der grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Probleme der Türkei. Sie hat sich mit Hilfe des seit 1984 in T. Kurdistan anhaltenden bewaffneten Kampfes auf die Tagesordnung des Staates sowie aller politischen Strömungen gedrängt.

Neben der sozialistischen Linken waren es allein die Abgeordneten des linken Flügels der SHP (meistens die Kurdischstämmigen), die die Forderung nach einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage lautmachten.

Die SHP selbst dagegen ist eine der treuesten Verfechterinnen der Politik des türkischen Staates, die Kurden auf dem Wege der Repression und des Terrors zu türkisieren. Die SHP, die als Nachfolger der nach dem Putsch geschlossenen CHP gegründet wurde, übernahm diese grundlegende Eigenschaft der CHP. Diese Eigenschaft der SHP ist es, die die Leitung dazu bringt, gegen jedes Ereignis den Krieg zu eröffnen, das die kurdische Frage anspricht.

Die ausgeschlossenen Abgeordneten wurden als gefährlich empfunden, obwohl sie erklärten, daß sie die Gründung eines eigenen Staates durch die Kurden nicht befürworten, daß sie allein die Repressionen gegen die Kurden angesprochen haben, und daß sich nur mit den kulturellen Seiten der kurdischen Identität beschäftigt hatten.

Ein anderer Grund für die harte Haltung der SHP-Leitung in dieser Frage ist folgender: Die Politik des türkischen Staates, die Kurden zu türkisieren, ist gegenwärtig in eine Sackgasse geraten und hat Bankrott erlitten. Dies mußten, angefangen von der Armee, alle Staatsorgane und die Monopolbourgeoisie -wenn auch inoffiziell- akzeptieren.

Die kurdische Frage kam in der SHP genau zu dem Zeitpunkt auf den Tisch, der diesen Bankrott dokumentierte, den auch alle einsahen. Die SHP-Leitung benahm sich in dieser Situation genau in der selben Weise wie der türkische Staat und schloß die 7 kurdischstämmigen Abgeordneten mit dem Beschluß des Disziplinarrates aus. Auch der türkische Staat hat (und dabei spielte die CHP als Vorgängerin der SHP eine maßgebliche Rolle) die kurdische Frage seit 1920 immer wieder als Separatistenum, Terrorismus, Banditentum etc. betrachtet und produzierte als Lösungsweg immer eine disziplinierte und systematische Terrorpolitik. Diese Politik ist im gegenwärtigen Stadium in eine Sackgasse geraten und das System befindet sich in der Krise, was die Politik gegenüber Kurden anbelangt.

Die Krise der SHP ist genau aus diesem Grunde eine Krise des Sy-

stems. Der Ausschluß von 7 Abgeordneten zeigt auch, daß der türkische Staat und die Regierung des 12. September ihre Haltung zur Lösung der kurdischen Frage überhaupt nicht verändert haben.

All dies hat keine andere Bedeutung, als zu beweisen, daß eine realistische und demokratische Lösung der kurdischen Frage keinesfalls von den Systemparteien und der Staatsmacht, sondern nur von der revolutionär-demokratischen Volksmacht bewerkstelligt werden kann.

Zum Schluß muß noch folgendes erwähnt werden:

Die zentrale Leitung der SHP begnügte sich mit Ausschluß der 7 Abgeordneten nicht nur damit, die innerparteiliche Opposition auszu-schaffen, sondern teilte auch sowohl der Monopolbourgeoisie als auch der konservativen, islamistischen und nationalistischen Masse, die Stimmpotential rechter Parteien ist, glaubhaft mit, daß sie entschlossen ist, ihre staatstragende Identität zu wahren und die dazu erforderliche Politik zu führen.

Es ist noch unklar, ob die SHP trotz all dieser Garantien für die Regierungsübernahme von diesen Kreisen unterstützt werden wird. So, wie das Monopolkapital die SHP für die Regierungsübernahme unterstützen und belohnen kann, kann sie auch disfunktionalisiert werden, in dem alle ihren sozialdemokratischen Seiten ausgeschaltet werden, während sie noch in der Opposition ist; so kann sie auch dazu

verurteilt werden, eine Zentrumpartei neben vielen anderen zu bleiben.

Egal, welche der obigen Wahrscheinlichkeiten eintreten mag, folgendes Urteil über die SHP wird sich nicht verändern:

Die SHP hat hinsichtlich ihres Programms, ihrer Strategie, ihrer Forderungen und Perspektiven, der Eigenschaften der Klassen und Schichten, auf die sie sich zu stützen sucht, die historische Mission, die legitimen und gerechten Forderungen der türkischen und kurdischen Völker, der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Teile und ihren Kampf für diese Forderungen zu entkräften und ihrem Einfluß zu berauben.

Welche Funktion diejenigen haben werden, die von dieser Partei ausgeschlossen wurden oder -aus welchen Gründen auch immer- ihren Rücktritt erklärten, wird gänzlich ihre eigene Praxis und ihr Kampf zeigen. Genauso, wie sie die Funktion einer allbekannten sozialdemokratischen Partei ausüben könnten, könnten sie sich auch mit dem Kampf und den demokratischen und revolutionären Forderungen der werktätigen Völker der Türkei vereinigen.

Welche der Möglichkeiten eintreten wird, wird die Zukunft zeigen.

ICH MÖCHTE DIE TÜRKIE INFORMATION ABONNIEREN!

ganzjährig.....

Name:.....

Anschrift:.....

ABSCHNEIDEN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationsbüro
Postfach 91 08 53
D- 3000 Hannover 91

NEU

ABO-GELD ÜBERWEISEN:
Postgirokonto Hannover
Nr. 5697 25 - 304

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,
Jahresabopreis DM 20,-, Förderabo: Ab DM 30,-

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Türkei Informationsbüro
Postfach 91 08 43
D-3000 Hannover 91

V.i.S.d.P.:
U. Hassenbring
Postfach 91 08 43
3000 Hannover 91

Neu!
Telefon: 0511 - 31 86 54
Telefax: 0511 - 31 86 52

Erscheinungsweise:
2 Monatlich

Namentlich gekennzeichnete
Artikel
geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion
wieder!

DISKUSSIONEN UM DIE EINHEIT DER ARBEITERKLASSE

GENERALVERSAMMLUNG DES GEWERKSCHAFTS-VERBANDES TÜRK-İS

Die Arbeiter-Gewerkschafts-konföderation der Türkei, kurz Türk-İs, hielt zwischen dem 11. und 17. Dezember 1989 ihre 15. Ordentliche Gewerkschaftsversammlung ab. Türk-İs ist die älteste und größte Arbeiter-Gewerkschaftskonföderation der Türkei. Sie ist eine Organisation, die, sei es aus dem genannten Grunde, sei es wegen ihrer "Gewerkschaftspolitik amerikanischen Typs", die sie seit ihrer Gründung bis heute verfolgt, oft Gegenstand von Kritik und Diskussionen ist.

Die Arbeiterklasse, die in der Periode des 12. September breiter Unterdrückung ausgesetzt war und eine Menge ihrer ökonomisch-demokratischen Errungenschaften verloren hat, hat seit 1985 zunehmend begonnen, sich zu rühren. Diese Bewegungen haben sich im Frühjahr 1989 trotz der Führung von Türk-İs und der von ihr abhängigen Gewerkschaften zu Massenaktionen gewandelt.

Der Aufbruch der Arbeiterbasis, wenn er inhaltlich auch ökonomisch-demokratischer Natur ist, ihr Druck auf die Gewerkschaftsführungen und auf Türk-İs, hat die Erwartungen in Richtung Türk-İs und die Diskussionen noch mehr verstärkt. Außerdem bewirken die zunehmenden Diskussionen der ehemaligen DISK-Mitglieder darüber, wie und wo sie sich organisieren, nachdem DISK (Revolutionäre Arbeiter-Gewerkschaftskonföderation) von dem Militärregime des 12. September verboten worden war, sowie die Diskussionen über die Gewerkschaftseinheit der Arbeiterklasse, daß viele ihre Erwartungen in Türk-İs setzen. So haben einige Kreise vorgeschlagen, daß die Gewerkschaftseinheit der Arbeiterklasse innerhalb Türk-İs hergestellt werden solle. Auch durch die Bemühungen in Bezug auf Türk-İs von denjenigen, die diese Meinung vertreten, hat die Generalversammlung von Türk-İs und der angeschlossenen Gewerkschaften noch an Bedeutung gewonnen. Wenn man sich vor Augen hält, daß sich gegenwärtig die ökonomisch-politische Krise in der Türkei vertieft und die Kräfte der gesellschaftlichen Opposition beginnen, sich zu bewegen, ist es eine verständliche Tatsache, daß die Diskussionen in Zusammenhang mit Türk-İs von noch größerer Bedeutung sind.

Bevor wir über die Entwicklungen auf der Türk-İs Generalversammlung berichten, die in dieser politischen Atmosphäre stattfand, und auf die einige Kreise hochgesteckte Erwartungen gesetzt hatten, und

bevor wir das Ergebnis dieser Versammlung bewerten, ist es von Nutzen, kurz die Geschichte von Türk-İs darzulegen und die Politik, die sie bis heute verfolgt hat zu resümieren.

TÜRK-İS: GESCHICHTE UND POLITIK EINER "GEWERKSCHAFT AMERIKANISCHEN TYPUS"

Türk-İs ist eine Organisation, die von den heute 2,5 Millionen zählenden organisierten Gewerkschaften in der Türkei 1,5 Mio. unter sich vereint. Die restliche 1 Mio. Gewerkschaftler sind in 2 reaktionären Konföderationen mit geringem Einfluß sowie in einigen unabhängigen Gewerkschaften organisiert. Innerhalb der unabhängigen Gewerkschaften gibt es teilweise auch einflußreiche Gewerkschaften mit fortschrittlich-demokratischen Strukturen. Die ca. 500.000 ehemaligen Mitglieder der verbotenen DISK haben sich größtenteils in Türk-İs und den unabhängigen Gewerkschaften gesammelt.

Türk-İs ist heute eine Arbeiter-Gewerkschaftskonföderation, die sich aus 32 Einzelgewerkschaften und Gewerkschaftsföderationen zusammensetzt und Mitglied der "Freien Arbeiter-Gewerkschaftskonföderation der Welt" (Sinngemäße Übersetzung aus dem Türkischen).

Türk-İs wurde 1952 durch die Entscheidung der Vorstände der damaligen Gewerkschaften gegründet und wurde im Laufe der Zeit die einzige und größte Gewerkschaft. In der Gründungszeit von Türk-İs war in der Türkei die DP an der Macht (USA-gerichtete "Demokratische Partei" unter dem, wegen seiner Machenschaften später hingerichteten Ministerpräsidenten Menderes). Die hervorstechendste Besonderheit dieser Epoche war, daß die Türkei in der Zeit zu einem neokolonialen Land wurde. Diese charakteristische Besonderheit dieser Epoche übertrug sich auch auf die Gewerkschaftsbewegung, man versuchte gleich am Anfang die Organisation der Arbeiterklasse auf ein Gewerkschaftswesen amerikanischen Typs einzugrenzen. So bildete die 1952 gegründete Türk-İs in jeder Beziehung ein typisches Beispiel für Gewerkschaftswesen nach amerikanischem Muster und dies wurde über Jahre fortgeführt.

Seit der Gründung von Türk-İs haben die USA über verschiedene Organisationen Türk-İs jede erdenkliche Hilfe, einschließlich finanzieller, zukommen lassen um Türk-İs als "gelbe Gewerkschaft" aufrechtzuerhalten.

Die US-Hilfe für Türk-İs wurde von der Organisation AID (Agency for International Development) vorgenommen. In den 60er Jahren erhielt Türk-İs auch von der OECD und der ICFU ausgedehnte finanzielle Unterstützung.

Auf dem mit finanzieller Hilfe gegründeten Ausbildungskolleg von Türk-İs wurden die in Türk-İs organisierten Arbeiter und Gewerkschaftler im Sinne des Verständnisses des amerikanischen Gewerkschaftswesens ausgebildet. Später wurden

auch einige Funktionäre zur Ausbildung auf Seminare in die USA geschickt (darunter auch Sevket Yilmaz, der Vorsitzende von Türk-İs). An diesen Ausbildungslehrgängen und Seminaren, die von dem, wie behauptet wird, mit dem CIA in Verbindung stehenden "Asyan American Free Labour Institute" AAFL unterstützt wurden, haben 12.000 Gewerkschaftler teilgenommen.

Kurzum, die USA haben versucht, in der Türkei durch diverse Hilfen und Beziehungen unter dem Dach von Türk-İs ein Gewerkschaftswesen amerikanischen Typs zu institutionalisieren. Die Gründer und Verteidiger dieses Gewerkschaftstyps sind heute die professionellen Gewerkschaftsbosse, die die Gewerkschaftsarbeit zu einem Beruf gemacht haben. Ein beträchtlicher Anteil von ihnen übt weiterhin seinen Einfluß in Türk-İs und den angeschlossenen Gewerkschaften aus. Den Kern des Gewerkschaftsverständnisses gelber Gewerkschaften oder, anders ausgedrückt, Gewerkschaften amerikanischen Typs bildet die Verleugnung der Existenz gesellschaftlicher Klassen und ihres Kampfes. Die Notwendigkeit für die Arbeiterklasse zu einem Klassenbewußtsein zu gelangen, und das Klassen- und Massengewerkschaftsverständnis werden abgelehnt. Es wird versucht, den Kampf der Arbeiter und ihre Bewußtwerdung auf ökonomische Forderungen zu begrenzen. Man versucht, die Arbeiterklasse von der Politik und von sozialistischen Aktivitäten fernzuhalten. Im Namen einer überparteilichen Politik wird die Arbeiterklasse gezwungen, sich auf die Wahl zwischen den Parteien des Systems zu beschränken.



Die ArbeiterInnen protestieren gegen die Tarifverhandlungen zwischen Türk-İs und den Arbeitgeberern.

Dieses Gewerkschaftsverständnis, das sich in Türk-İs etabliert hat und vom Staat unterstützt wird, hat über Jahre hinweg der Politik von Türk-İs ihren Stempel aufgedrückt und bis heute seine Haupteigenschaften bewahrt. Wenn es auch heute dem Anschein nach einige Unterschiede aufweist, so ist doch das vorherrschende Verständnis von Türk-İs in seinem Wesen das gleiche geblieben. Der Grund für die Unterschiede rührt daher, daß die Türk-İs Führung aufgrund einiger Veränderungen Schwierigkeiten hatte, ihre alte Poli-

tik in gleicher Weise fortzuführen. Wir wollen nun kurz darstellen, welchen Verlauf die Politik von Türk-İs bis heute genommen hat:

Der relativ demokratische Zustand, den die Verfassung von 1961 mit sich brachte, hat in der Türkei soziale Dynamiken nach sich gezogen und in den Reihen der Arbeiterklasse eine breite Bewegung hervorgerufen. Die Ausbreitung sozialistischer Ideen, die Gründung der sozialistischen Arbeiterpartei TIP haben die politische Bewußtseinsbildung innerhalb Türk-İs bescheunigt und die Führung von Türk-İs gezwungen, die politische Bewußtwerdung der Arbeiterklasse zum Stehen zu bringen.

Die fortschrittlichen, demokratischen Gewerkschaftler in Türk-İs beschlossen, sich von Türk-İs zu trennen, nachdem sie begonnen hatten, sich mit dem in der Führung von Türk-İs vorherrschenden gelben Gewerkschaftsverständnis anzulegen. 1967 trennten sich 5 fortschrittliche Gewerkschaften von Türk-İs ab und gründeten DISK.

Trotz der reformistisch-revisionistischen Einflüsse stellte DISK in der Gewerkschaftsbewegung in der Türkei einen großen Schritt dar und trug dazu bei, daß sich die politische Bewußtwerdung in den Reihen der Arbeiterklasse beschleunigte. Obwohl DISK sich schnell organisierte und einflußreich wurde und trotz einer breiten Aktivierung in den Reihen der Arbeiterklasse hat Türk-İs das gelbe Gewerkschaftswesen fortgeführt. Daß Türk-İs trotz dieser Entwicklungen ohne große Schwierigkeiten ihre alte Politik fortführen konnte, dafür spielte neben der Hilfe aus den USA auch die Unter-

verstärkenden Widerstandskampf gegen den Faschismus fernzuhalten. Für das Wohl des Systems arbeitete Türk-İs mit der Nationalen Front Regierung (bestehend aus der rechten Gerechtigkeitspartei AP unter Demirel, der islamisch-fundamentalistischen Nationalen Heilpartei MSP unter Erbakan und der faschistischen Nationalen Bewegungspartei MHP unter Türkeş) und mit der Ecevit-Regierung (sozialdemokratisch) zusammen.

Die extremsten Beispiele für ihr Gewerkschaftsverständnis amerikanischen Typs aber lieferte Türk-İs in der Phase der Militärregierung vom 12. September 1980 und danach. Während die faschistische Führung des 12. September alle fortschrittlichen, demokratischen Organisationen im Lande verbot, hunderttausende von Menschen verhaftete und folterte, hat sie Türk-İs nicht angerührt und genehmigte ihre Aktivitäten. Türk-İs arbeitete offen mit der Militärjunta zusammen und stellte für die Regierungen der Militärs einen Minister. Sie hat sie weiter dadurch unterstützt, daß sie zum Verbot von DISK und den unabhängigen Gewerkschaften und zur Anklage von Arbeitern und Gewerkschaftern schwieg. An dem Versuch des faschistischen 12. September-Regimes, den gerechten Kampf der Arbeiterklasse und die Widerstandaktionen gegen den Faschismus unter Anklage zu stellen und zu diskreditieren, hat Türk-İs mitgewirkt. Türk-İs hat diese offene Zusammenarbeit mit dem 12. September-Militärregime 1982 fortgeführt, indem sie die Verfassung unterstützte, durch die das Arbeitsleben "geordnet" und die gewerkschaftliche Organisation und das Streikrecht stark eingeschränkt wurden.

Auch in der Phase nach 1983 führte Türk-İs grundsätzlich die Politik fort, die wir als "gelbes Gewerkschaftswesen" bezeichnet haben.

VERÄNDERUNGEN IN TÜRK-İS DURCH VERÄNDERUNGEN AN DER BASIS?

Da die Gewerkschaftsstrukturen, die nach dem neuen Arbeitsgesetz ausgerichtet wurden, den meisten unabhängigen Gewerkschaften keine Möglichkeit geben, wirkungsvoll zu arbeiten, und weil DISK und die unabhängigen Gewerkschaften verboten worden waren, hat sich der größte Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter innerhalb Türk-İs gesammelt. Aber weil dies nicht in organisierter Form geschah, kann nicht die Rede davon sein, daß sich an der Basis von Türk-İs eine Veränderung vollzogen hätte. Der Grund für die Hinwendung der Arbeiter zu Türk-İs liegt mehr an der Alternativlosigkeit und Unorganisiertheit. In dieser Phase begannen einige linke Kreise und die Sozialdemokraten zu vertreten, daß die gewerkschaftliche Einheit in Türk-İs hergestellt werden müsse und sie zeigten Türk-İs als die einzige Alternative. Dies ist ebenfalls ein Grund, warum sich die Arbeiterbasis in Türk-İs konzentriert hat. Diese

Entwicklungen haben nach einer gewissen Zeit dazu geführt, daß in Türk-Is im Vergleich zu früher eine relative Bewegung stattfand und sich in manchen Einzelgewerkschaften eine fortschrittliche Führung bildete. Aber diese Entwicklungen reichen nicht aus, die allgemeine Politik von Türk-Is und ihr Gewerkschaftsverständnis amerikanischer Art zu verändern.

Dadurch, daß die sich im Frühjahr 89 verstärkenden Arbeiteraktionen auf ökonomische Ziele beschränkt blieben und es nicht gelang, dem gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse eine richtige revolutionäre Stoßrichtung zu geben, haben die Bemühungen der Teile große Wirkung gezeigt, die versuchen, die über die Führung und den Aufbau von Türk-Is entstandene Unzufriedenheit in einem klassischen Gewerkschaftswesen nach sozialdemokratischem Verständnis zu organisieren. Die Politisierung an der Basis der Türk-Is und die Reaktion auf die Führung hat sich in den Generalversammlungen (der Einzelgewerkschaften) nicht in der Form von inhaltlich starken Programmen niedergeschlagen, sondern sich unorganisiert und ohne richtige Perspektive gezeigt, jedoch als eine dynamische Kraft. Die Bemühungen der SHP-nahen Gewerkschafter (sozialdemokratische Volkspartei), solch eine Opposition unter Kontrolle zu halten dagegen, sind eine normale Entwicklung. Auf den Generalversammlungen wurden auch Aktivitäten registriert, die dieses Bild überschreiten und in die Richtung eines revolutionären Gewerkschaftsverständnisses gehen, jedoch nicht in dem Maße, daß die Struktur von Türk-Is dadurch erschüttert worden wäre.

Das Bild von vor der Generalversammlung von Türk-Is unterschied sich kaum von den vorherigen Generalversammlungen. Während man 19 von den 32 in Türk-Is zusammengeschlossenen Gewerkschaften als sozialdemokratisch oder zum linken Spektrum gehörend betrachten kann, stehen die anderen Gewerkschaften unter dem Einfluß des rechten Spektrums, besonders der DYP (Partei des rechten Wegs - Demirel). Allerdings sind die Bezeichnungen rechts und sozialdemokratisch recht unbestimmt und so von der Presse eingeordnet worden. Und in der Tat, sowohl die als rechts als auch die als sozialdemokratisch geltenden Gewerkschafter arbeiten seit Jahren in Türk-Is zusammen und ihr Gewerkschaftsverständnis unterscheidet sich in den grundsätzlichen Fragen nicht. Sie alle sind Personen, die durch die Erfahrungen im gelben Gewerkschaftswesen geformt wurden.

Die TÜRK-IS GENERALVERSAMMLUNG

Man kann den allgemeinen Zustand zu Beginn der Türk-Is Generalversammlung so zusammenfassen: Die Entwicklungen während der Generalversammlung und ihre Ergebnisse unterscheiden sich kaum von dem, was erwartet wurde. Die weit übertriebenen Vorstellungen einiger linker Kreise, daß die Entwicklungen an der Basis von Türk-Is und die Aktionen im Frühjahr 89 eine wichtige Entwicklung bewirken würden, haben sich nicht als realistische Einschätzung erwiesen. Sicherlich, auf dieser Generalversammlung von Türk-Is haben fortschrittlich-revolutionäre Arbeiter sich verstärkt zu Wort gemeldet und durch ihren Druck wurden einige fortschrittliche Beschlüsse gefaßt. Aber diese Entwicklung steht in keinem Vergleich zu den übertriebenen

Erwartungen und Bewertungen. Die wichtigen und interessanten Punkte und die Wahlergebnisse auf der Türk-Is Generalversammlung können wir so zusammenfassen: Die Generalversammlung setzte sich aus den 420 Delegierten der 32 Einzelgewerkschaften und den Mitgliedern des Türk-Is Vorstandes, die als "natürliche Delegierte" gelten, zusammen. An der Generalversammlung nahmen außerdem die Vertreter verschiedener demokratischer Organisationen, die Parteivorsitzenden der SHP und DYP sowie ausländische Gäste und Gewerkschafter teil.

Die erste auffällige Entwicklung auf der Generalversammlung war, daß der entsandte Vertreter der Regierung, Staatsminister İsmail Celebi durch den Protest der Delegierten daran gehindert wurde, seine Rede abzuhalten. Er mußte unverrichteter Dinge das Rednerpult verlassen. Weitere Reden hielten der Vorsitzende der DYP, Süleyman Demirel und der Vorsitzende der SHP, Erdal İnönü, sowie der stellvertretende Vorsitzende der İCTU Enzo Friso im Namen seiner Organisation. Die Reden von Demirel und İnönü, in denen die ANAP-Regierung kritisiert wurde, wurden von den Delegierten mit Interesse aufgenommen.

Eine andere wichtige Entwicklung auf der Generalversammlung war auch, daß die Türk-Is Führer ihre politischen Differenzen untereinander zurückstellten und Absprachen trafen, um die Führung von Türk-Is in der Hand zu behalten. Dabei wurde beobachtet, daß einige, als Sozialdemokraten geltende Gewerkschaftsführer mit dem Vorsitzenden Sevkett Yılmaz zusammenarbeiteten.

Wegen der an einem Teil der Basis beobachteten Politisierung und des allgemeinen politischen Zustandes im Lande sahen es die Berufsgewerkschafter für ihren persönlichen Vorteil als angebracht an, auf der Generalversammlung so "demokratisch" und "freiheitlich" wie möglich zu erscheinen. Durch dieses Verhalten bezweckten sie, den Willen der Basis zu unterdrücken und deren Wut auf die ANAP zu leiten. Die Parteien des Systems wie SHP und DYP schreckten auch nicht davor zurück, an dem Punkt zusammenzuarbeiten, wo Türk-Is in der Linie der Parteien des Systems blieb, aber gegen die ANAP war.

In dieser Atmosphäre wurden einige für die Türk-Is Generalversammlung ungewöhnliche, fortschrittliche Anträge einstimmig angenommen.

Einer dieser Anträge beinhaltet, daß der 1. Mai als Einheits- und Kampftag der Arbeiter der Welt anerkannt und auch in der Türkei gefeiert wird. Die Führung von Türk-Is, die sich jahrelang gegen den 1. Mai gestellt hatte, trug der sich ändernden Konjunktur Rechnung und, um ihre "amerikanische" Politik fortführen zu können, zögerte sie nicht, diesem Antrag zuzustimmen.

In einem anderen Antrag wurde gefordert, daß die §§ 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches beseitigt werden, die die Gründung von Parteien, die sich auf kommunistische oder religiöse Grundsätze stützen und Aktivitäten in dieser Richtung unter Strafe stellen. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Türk-Is Führung und die gelben Gewerkschafter, die seit Jahren Antikommunismus betrieben hatten, stimmten um ihres persönlichen Vorteils willen auch diesem Antrag zu. Für sie ist es nun bedeutungslos geworden, sich gegen diese Veränderungen zu stellen, nachdem sogar die regierende ANAP-Partei und die

rechte DYP diese Veränderung akzeptiert haben. Die Zeiten haben sich geändert, für das gelbe Gewerkschaftswesen war es nötig, sich diesen Veränderungen anzupassen.

Zum wichtigsten Thema des Kongresses dagegen wurden wie immer die Wahlen: Der Vorsitzende und die Führung von Türk-Is, die seit Jahren mit der ANAP und den Vertretern des 12. September zusammengearbeitet haben, haben nun wegen der Änderung der politischen Konjunktur und unter dem Druck der Basis eine kritische Haltung gegenüber der Regierung eingenommen, und sich jede erdenkliche Mühe gegeben, ihre Tätigkeit weiter fortführen zu können. Gewerkschaftsbosse wie Kenan Durukan und Bayram Meral, die die linke Opposition an der Basis benutzen und zu ihrem Vorteil ausnutzen wollten, versuchen zum Weltkrieg um die Führung mit sozialdemokratischem Etikett anzutreten. Aber durch die Reaktion der linken Delegierten wurden sie an der Kandidatur gehindert. Die linke Opposition war schließlich gezwungen, einen anderen Gewerkschafter, der vorher im Türk-Is Vorstand tätig war, zu unterstützen.



Die ArbeiterInnen sind mit Türk-Is nicht zufrieden

Am letzten Tag der Generalversammlung nahmen zwei getrennte Listen an der Wahl teil, die von dem Türk-Is Vorsitzenden Sevkett Yılmaz und dem Türk-Is Generalsekretär Orhan Balaban aufgestellt wurden waren. Wenn man sich vor Augen hält, daß diese beiden Bewerber um den Posten des Vorsitzenden die als rechter und als sozialdemokratischer Flügel von Türk-Is bezeichnet werden im vorherigen Vorstand zusammengearbeitet haben, kann man sich ganz leicht vorstellen, in welchem Maße die beiden die Arbeiter vertreten haben. Allein dieses Beispiel reicht aus, um das Gewerkschaftswesen amerikanischen Typs in Türk-Is darzustellen.

Im Ergebnis gewann die Liste von Sevkett Yılmaz mit 232 Stimmen die Wahlen. Von den auf der Liste von Sevkett Yılmaz kandidierenden Gewerkschaftern sind 3 als rechts gerichtete und der DYP nahestehend bekannt. Demgegenüber bezeichnen sich 2 der Gewerkschafter, die in den Vorstand gewählt wurden, selbst als sozialdemokraten, die sich aber um ihres Vorteils willen auf der Liste von Sevkett Yılmaz aufstellen ließen. Ebenfalls wird in dieser Situation offensichtlich, in welcher Maß das professionelle Gewerkschaftstum in Türk-Is zu einem "Boßtum" gewandelt wurde. Die Liste von Orhan Balaban erhielt bei den Wahlen 179 Stimmen und hat damit die Wahlen verloren. Auf diese Weise war die Mannschaft, die Türk-Is die nächsten 3 Jahre leiten wird, festgelegt und der Kongreß beendet.

DAS PROBLEM DER ORGANISIERUNG UND

DER EINHEIT DER ARBEITERKLASSE WIRD NICHT DURCH EINEN GEWERKSCHAFTSDACH-VERBAND GELÖST

Die Türk-Is Generalversammlung hat die hochgesteckten Erwartungen einiger Kreise zunichte gemacht. Diejenigen, die übertriebene Erwartungen in die Wirkung der veränderten politischen Konjunktur in der Türkei, der Bewegungen an der Türk-Is Basis und der Aktionen im Frühjahr '89 auf die Gewerkschaften hatten, und die erwarteten, daß sich in Türk-Is grundsätzliche Veränderungen vollziehen würden, wurden enttäuscht. Auf dieser Generalversammlung kam noch einmal deutlich zum Vorschein, daß der Einfluß der Gewerkschaftsbosse in Türk-Is sich fortsetzt und das Gewerkschaftsverständnis amerikanischen Typs noch stärker institutionalisiert ist als gedacht.

Eine andere Wahrheit, die sich auf dieser Generalversammlung erneut gezeigt hat, ist, daß die Einheit der Arbeiterklasse nicht dadurch hergestellt werden kann, daß sie sich unter einem großen Gewerk-

schaftsdachverband sammelt. Das Problem der Einheit und des Kampfes der Arbeiterklasse ist eher ein Problem der demokratischen Organisation an den Arbeitsplätzen als in den Gewerkschaften. Es ist die Frage dessen, ob die Arbeiter auf jeder Stufe Mitsprache- und Entscheidungsrecht haben. Die Organisations- und Einheitsfrage der Arbeiterklasse in der Türkei kann nicht gelöst werden, ohne daß eine demokratisch-kämpferische Organisierungsbemühung im Leben konkretheit annimmt, die sich, angefangen von den Arbeitsplätzen über die Berufszweige bis über das ganze Land ausbreitet. Aus diesem Grund hat es keine große Bedeutung für die Einheit der Arbeiterklasse, vorzuschlagen, sich in Türk-Is oder den unabhängigen gewerkschaften zu sammeln. Und erst recht nicht liegt die Lösung des Problems der Einheitsfrage und Organisierung darin, sich in einer Einzelgewerkschaft zu konzentrieren und die Führung in dieser Gewerkschaft zu erheben.

Die Arbeiterklasse in der Türkei hat eine gewisse Kampferfahrung. Sie ist jung und dynamisch. Sie hat die meisten ihrer demokratischen und ökonomischen Rechte verloren. Ihre politische Bewußtseinssebene ist niedrig. Aber trotz all dieser Nachteile steigt das Bewußtsein der Arbeiterklasse zunehmend und sie versucht in zunehmendem Maße, in dem Kampf um Demokratie in der Türkei ihren Platz einzunehmen. Aus diesem Grund ist es offensichtlich, daß die Arbeiterklasse in der nahen politischen Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird. An diesem Punkt muß man geduldig sein. Die Ergebnisse der Türk-Is Konferenz sollten nicht zu Pessimismus führen. Man

sollte nicht vergessen, daß die Struktur des gelben Gewerkschaftsverständnisses, die sich über Jahre hinweg institutionalisiert hat, nicht auf Generalversammlungen durchbrochen wird, sondern daß diese Strukturen in den Fabriken erschüttert und gestürzt werden. Die Arbeiterklasse der Türkei hat die Kader und die Dynamiken, um dies wirklichlich zu können. Es wird der Türk-Is in der Zukunft noch schwerer fallen, ihr Gewerkschaftswesen amerikanischen Typs fortzuführen.

Lila Nelke in Sisli

Ein Konkretes Ergebnis der "Kampagne gegen Schläge", die vor 2 1/2 Jahren von verschiedenen Frauenorganisationen und Unorganisierten ins Leben gerufen worden, ist, wird das geplante autonome Frauenhaus in Sisli (Stadtteil in Istanbul) darstellen. Im September '89 unterbreitete eine Abordnung von Frauen aus der Kampagne der Bürgermeisterin von Sisli, Fatma Girik, (SHP) ihre diesbezüglichen Pläne. Frau Girik sagte sofort ihre Unterstützung zu und meinte, daß ein Frauenhaus in ihrem Bezirk am besten aufgehoben sei, da sie selbst eine Frau ist.

Geplant ist ein Haus, in dem zunächst 20 Frauen und 40 Kinder Unterschlupf finden können, mit entsprechend vielen Zimmern, Hof, Kantine und möglichst mit Garten. Die Autonomie des Frauenhauses soll durch die Gründung einer als gemeinnützig anerkannten Stiftung gewährleistet werden. Die finanzielle Seite samt Instandhaltung des Gebäudes soll die Stadt übernehmen, die Organisation des Hauses Frauen aus der Kampagne. Außer einer bezahlten Verwaltungskraft, einer Köchin, einer Erzieherin für die Kinderaufsicht sollen alle anderen Verantwortungen und Aktivitäten ehrenamtlich übernommen werden. Unterden Frauen aus der Kam-



Fatma Girik

pagne sind genügend Ärztinnen, Rechtsanwältinnen, Psychologinnen und Psychaterinnen, die Zuflucht suchenden Frauen beraten und entsprechende Hilfestellungen geben können. Daneben sind auch Schulungen geplant für den Personenkreis, der mit geschlagenen Frauen zu tun hat: Ärzte, Polizei, Krankenschwestern...

Momentan werden nach Meinung der Frauen nicht eine, sondern hunderte von "Lila Nelken", wie ein geplanter Name des Frauenhauses lautet, gebraucht. Doch das Fernziel sind nicht möglichst viele Frauenhäuser, sondern eine Gesellschaft, in der es Frauen nicht mehr nötig haben, in einem Frauenhaus Zuflucht zu suchen!

DIE KURDISTANPOLITIK DER TÜRKISCHEN REPUBLIK

Eines der wichtigsten und akutesten Probleme der Türkei ist die kurdische Frage. Es vergeht kein Tag ohne eine Meldung über die Entwicklungen um die kurdische Frage. Nachrichten über die grausame Unterdrückung der Kurden in der Türkei, den Existenzkampf der Kurden, drängen immer mehr auch in die bundesdeutschen Medien.

Die türkische Armee definiert alle Kurden als "Feinde". Daraus resultiert die Haltung, die Waffen ohne irgendeine Differenzierung gegen alle Kurden zu richten und Kurden gleich gruppenweise zu massakrieren. Dies gehört genauso zu den vieldiskutierten Entwicklungen in der kurdischen Frage, wie die Tatsache, daß die kurdische Frage auch in den westlichen großen Staaten immer mehr Beachtung findet. Zu den Ereignissen, die auch die Aufmerksamkeit der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit erregen, zählt die Öffnung des Prozesses gegen Angehörige der kurdischen Befreiungsorganisation PKK (Kurd. Arbeiterpartei) in Düsseldorf, dessen Hauptziel - wie aus der Anklage nach § 129 a und dem bisherigen Prozeßverlauf hervorgeht - nicht etwa die Aufdeckung etwaiger Straftaten ist, sondern die Diskreditierung und Kriminalisierung des Kampfes der Kurden für die nationale Befreiung. Beachtung in der bundesdeutschen Presse fand auch die Kurdistan-Konferenz in Paris, an der neben prominenten Persönlichkeiten aus verschiedenen europäischen Ländern Vertreter verschiedener kurdischer Organisationen aus unterschiedl

Die türkische Armee definiert alle Kurden als "Feinde". Daraus resultiert die Haltung, die Waffen ohne irgendeine Differenzierung gegen alle Kurden zu richten

chen Teilen Kurdistans teilnahmen. Die bei weitem wichtigste Entwicklung in der kurdischen Frage in den letzten Monaten bleibt aber die auch durch anderweitige Zeitungsberichte nicht zu vertuschende, offensichtliche Erfolglosigkeit der Armee der TR im Kampf gegen die kurdischen Guerillas der PKK und die Diskussionen, die diese Tatsache verursacht hat.

DER FEIND DER TÜRKIEI: DAS KURDISCHE VOLK

Vor 5 Jahren, als der Guerillakampf in Türkei-Kurdistan anging, wurde eine große Zahl militärischer Einheiten dorthin verlegt. Die TR nahm den Kampf zur Unterdrückung des nationalen Kampfes der Kurden mit nicht zu unterschätzenden militärischen Kräften auf und fügte diesen noch neue Bürgerkriegseinheiten hinzu. Die in Kurdistan stationierten Kriegseinheiten setzen sich im Einzelnen aus Spezialeinheiten, Anti-Guerilla-Einheiten, der politischen Polizei, ausgebildeten und nicht an einen Ort gebundenen (also reisenden) Follereinheiten und das sogenannte "Dorfschützersystem" zusammen, bei dem manche kurdische

Clans vom Staat bewaffnet werden. Mit all diesen Kräften und verschiedenen Anti-Guerilla-Strategien und -methoden sollten "eine Hand voll Separatisten", die sich gegen den allmächtigen türkischen Staat auflehnten, in kürzester Zeit erledigt und die Herrschaft der Türkei in der Region stabilisiert werden.

Im fünften Jahr ihres Einsatzes konnten diese Kriegseinheiten, die "mit dem Schutz und der Bewahrung des letzten türkischen Staates" beauftragt sind, nur Erfolglosigkeit und Ohnmacht präsentieren. Nachrichten über die Demoralisierung der erfolglosen Einheiten und den Kontrollverlust der türkischen Armee in der Region drangen bis in die Medien hinein. Dieses Bild der Ohnmacht der TR in Kurdistan bedängte alle chauvinistischen Kreise, die auf der Seite der "Ordnung" in der Türkei stehen. Daß diese große Zahl von Sicherheitskräften gegen eine "handvoll" Guerillas nichts Entscheidendes ausrichten konnte, bedeutet in der Öffentlichkeit einen enormen Prestigeverlust für die türkische Armee, deren Ansehen nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 beträchtlich gestiegen war. Dies konnte die türkische Armee, die mit der Philosophie erzogen wird "ein Türke ist mehr wert als die ganze Welt", nicht hinnehmen. Einer der Gründe für die Erfolglosigkeit der Armee ist die breite Unterstützung der Kurden für die Sache der nationalen Befreiung. Diese Feststellung hatten bereits auch die Contra-Guerilla-Kräfte getroffen und leiteten eine Kampagne des Terrors gegen die Zivilbevölkerung ein, mit dem Ziel, diese Unterstützung zu brechen. Die erfolglosen, demoralisierten Kriegseinheiten, die nicht imstande waren, die gewünschte Kontrolle in der Region herzustellen, sollten erneuert werden. Effektiver militärische Operationen sollten eingeleitet werden, in die auch die Zivilbevölkerung einbezogen werden sollte. So hoffte man, die Moral der rassistisch-chauvinistischen Kräfte, die ihre Hoffnung auf die Erfolge der Armee gesetzt hatten, zu steigern und das psychologische Gleichgewicht im Krieg zugunsten der militärischen Kräfte zu wenden.

Die "effektiveren Maßnahmen", die seit längerem in der Planung waren, wurden dann mit einer Erklärung des obersten Befehlshabers der türkischen Armee, Torumtay, ab August 89 eingeleitet. Von dem Zeitpunkt an ereigneten sich Entwicklungen, die breite Reaktionen in der Öffentlichkeit zur Folge hatten. General Torumtay hatte folgende Erklärung abgegeben: "Wir haben keine andere Wahl, als diejenigen, die die Waffe auf unsere nationale Existenz und Einheit richten, bewußt und willig auf der

Alle Kurden sind Feinde und damit zum Abschluß freigegeben, dies ist die praktische Bedeutung der Erklärung des obersten Befehlshabers der türkischen Armee

Seite dieser Tat sind und diese unterstützen, als Feinde einzustufen und

entsprechend dieser Einstufung die notwendigen Maßnahmen zu treffen."

Mit dieser Erklärung wurde eine Feinddefinition abgegeben, deren Grenzen stark ausgeweitet und nicht klar sind. Nun bestand der Feind nicht mehr aus einer "handvoll" Guerillas. Alle, die irgendwie der Guerilla halfen oder sie unterstützten, waren nunmehr Feinde des türkischen Staates. Die praktische Bedeutung dieser Erklärung war: Alle Kurden sind Feinde und damit zum Abschluß freigegeben. Schließlich dauerte es nicht lange, bis die in Türkei-Kurdistan stationierten Kräfte den wahren Gehalt dieser Erklärung verstanden hatten. Sie begannen, willkürlich kurdische Bauern zu erschließen, um den Eindruck entstehen zu lassen, die Armee würde die PKK'ler in Fünfer- oder Zehnergruppen töten.

Alle Staatsbediensteten, von den Mordkommandos bis zu denen, die die Befehle erfüllten, behaupteten nun, die ermordeten Bauern seien PKK'ler gewesen. Vom Supergouverneur der Region bis hin zum Ministerpräsidenten gaben alle diese Erklärung ab. Diese Erklärung offenbart ihre ständige Lüge, die Türkei sei ein Rechtsstaat. In einem Rechtsstaat hat eine Logik nichts zu suchen, wonach ein PKK'ler oder Unterstützer der PKK zu töten sei. Ein Beschuldigter hat in einem Rechtsstaat bis zum Gerichtsurteil nicht als "Feind" sondern als Angeklagter zu gelten. Die Strafinstanz wären nicht die Sicherheitskräfte sondern die Gerichte. Die Erklärungen der Verantwortlichen, die Geföteten seien PKK'ler gewesen und nicht kurdische Bauern, offenbaren somit noch einmal den faschistischen Charakter dieses Staates, der gegen Kurden ebenso wie gegen andere Oppositionelle kein Rechtsprinzip kennt und achtet. Recht und Gesetz sind in Kurdistan nicht gültig.

Wofür ist es ein Indiz, wenn kurdische Bauern aus ihren Häusern und Dörfern verschleppt und in Gruppen ermordet werden, wenn nicht für das faschistische Gesicht der Herrschenden in der Türkei? Es ist heute Alltag, daß der Terror des türkischen Staates sich gegen alle Kurden richtet, daß auf den Dorfplätzen und in Gendarmerie- und Polizeistationen die Bauern gemeinsam geschlagen und gefoltert werden, sie ausgezogen und nackt herumgeführt werden. Es wird alles getan, um das kurdische Volk zu erniedrigen und seine Würde zu verletzen. Der Supergouverneur Kozakcioglu erklärt die Massenfolterungen der kurdischen Bauern wie folgt: "In einigen Dörfern nehmen wir die Bauern aus Erfordernissen der Untersuchungstechnik massenhaft fest."

Die Erklärung einiger Verantwortlicher, die in den Bürgerkriegseinheiten der TR in Kurdistan eingesetzt waren, zeigen deutlich, daß die TR den Kurden keine andere Alternative anbietet, als die den Sklaven eigene Unterjochung. Es wird nicht einmal toleriert, daß Kurden auf ihrer eigenen Erde mit ihrer eigenen Identität ihr Leben führen. Die Angehörigen der Einheiten des Spezialkrieges der Türkei in Kurdistan drücken das unmißverständlich aus:

"Ob ein Hund stirbt oder ein Kurde, das ist gleich."

"Wir empfinden Lust beim Töten." Diese Worte stammen vom Chef einer Spezialeinheit in einer Erklärung an die Presse. Diese rassistisch-faschistische Logik läßt die Bauern von Yesilyurt ihren Kot essen, verbrennt die Leichen erschossener Bauern im Dorf Yoncalli, damit sie unbekannt werden, hält im Dorf Derebasi von Silopi sechs Bauern auf ihrem Weg zum Markt auf und erschießt sie, durchlöchernt an einem anderen Ort einen zehnjährigen Hirtenjungen, der im Schatten eines Baumes schläft, usw. All dies sind nur einige Meldungen aus der Presse...

EINE ASSIMILATIONSMETHODE: ZWANGSUMSIEDLUNG

Eine der Methoden der herrschenden Kräfte gegen den Kampf des kurdischen Volkes ist die Politik der Zwangsumsiedlung. Diese Methode zur Unterdrückung der kurdischen Widerstandsbewegung wurde in der Geschichte der TR bereits des öfteren eingesetzt und steht gegenwärtig immer noch auf der Tagesordnung. In den ersten Jahren der türkischen Republik waren Programme von Massenzwangsumsiedlung zur "Reinigung" des Landes der Kurden von den Kurden entworfen und durchgeführt worden. Hunderttausende von Kurden waren in Westanatolien so angesiedelt worden, daß sie keine neue kurdische Gemeinschaft bilden konnten. All die Beispiele aus der Geschichte der Zwangsumsiedlung zeigen, daß dabei ein direktes Ziel, nämlich Assimilation, sprich Vernichtung der kurdischen Identität verfolgt wird.

Auch nach der Periode nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde systematisch die Politik der Zwangsumsiedlung von Millionen von Kurden unter dem Vorwand durchgeführt, "die Wälder schützen" zu wollen, wobei die Wälder von der Armee selbst in Brand gesteckt wurden, um "Separatisten" ihr Versteck zu nehmen. Die Bauern in der kurdischen Provinz Tunceli wurden z.B. gezwungen, ein Dokument zu unterschreiben, in dem stand: "Wir möchten in westliche Regionen umgesiedelt werden". Zur Zwangsumsiedlung sollte keine Methode ausgespart werden: von der "freiwilligen" Umsiedlung, die z.B. durch gezielte ökonomische Verarmung oder durch ständigen Staatsterror erfolgen sollte, bis hin zu Methoden, bei denen die Weiden der kurdischen Bauern zur Kriegszone erklärt wurden, um somit Viehwirtschaft unmöglich zu machen, so daß die von der Viehzucht lebenden Bauern sich dann "freiwillig" für Umsiedlung aussprechen sollten. Erinnerung sei an den Fall, bei dem tausende von Bauern von der Armee die Bestellung ihrer Felder verboten wurde mit dem Vorwand, sie auf ihren Feldern nicht schützen zu können, da diese Kriegsgebiet seien. Dieser Fall konnte als einer von wenigen in die Öffentlichkeit gelangen, weil diese tausende von Bauern sich durch Straßenbesetzung und dgl. Aktionen degen wehrten. Die massenhafte Zwangsumsied-

lung als eine Methode der Pazifikation und Assimilation, die während der ganzen Geschichte der TR gegen die Kurden durchgeführt wurde, kommt besonders heute, wo die Armee im Kampf gegen kurdische Guerillas Verluste und Mißerfolge einstecken muß, verschärft zur Anwendung.

All die Beispiele aus der Geschichte der Zwangsumsiedlung zeigen, daß dabei ein direktes Ziel, nämlich Assimilation, sprich Vernichtung der kurdischen Identität verfolgt wird

ANDERT SICH DIE POLITIK DES STAATES GEGEN DIE KURDEN?

Die bereits erwähnte Verlegung verschiedener Armee- und Polizeieinheiten nach Türkei-Kurdistan, die Planung und Durchführung einer breiten militärischen Operation in den Cudi-Bergen und umliegenden Regionen, die Nachrichten, wonach auch der Einsatz von Giftgas bei diesen Operationen nicht nur erwogen wurde, die Reisen von Spitzenpolitikern und des Führungsstabs der Armee in kurdische Provinzen und die ununterbrochen anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Guerillas der PKK und den türkischen Armeeeinheiten, all das hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verstärkt auf die kurdische Frage gelenkt. Die Entwicklungen in und um die kurdische Frage haben gezeigt, daß der Lösungsweg des türkischen Staates nicht zu den gewünschten Ergebnissen führt. Die bewaffneten Kämpfe in Kurdistan haben die Augen der Öffentlichkeit nicht nur in der Türkei auf die Sache der nationalen Befreiung der Kurden, die die Herrschenden vergessen machen wollen, richten lassen. Die Existenz eines Volkes, das es - außer in den ersten Jahren der TR, als man die Kurden für den Befreiungskrieg brauchte - nicht geben sollte, wird ähnlich akzeptiert. Viele bürgerliche Intellektuelle, die die kurdische Frage bisher auf das "Ostproblem", auf das Problem der regionalen Rückschrittlichkeit reduziert hatten, fragen nun an, das Problem direkt zu diskutieren und den Begriff "kurdisch" dabei zu verwenden.

Während die von der offiziellen Ideologie um die kurdische Frage herum produzierte Tabus nacheinander gebrochen werden, erhöht sich trotz aller pazifikationsversuche das nationale Bewußtsein des kurdischen Volkes, sein Widerstandsgedanke, für den es viele Beispiele in der Geschichte gibt, erwacht von neuem. Auch die intensiven Diskussionen zur Haltung des türkischen Staates gegenüber der kurdischen Frage und zu seinen traditionellen Lösungsmustern stellen eine beachtenswerte Entwicklung der letzten Zeit dar.

DIFFERENZEN IN DEN METHODEN INNERHALB DER CHAUVINISTISCHEN FRONT

Die Politik des türkischen Staates, die ihren Ausdruck in der Verleugnung der Existenz der kurdischen Nation und der Unterdrückung der nationalen demokratischen Forderungen der Kurden durch Pazifikation und Massaker fand, hat sich bis heute fortgesetzt. Die Gültigkeit dieser Politik, die in der Gründungsphase der TR ihren offiziellen Anstrich bekam und sich auf militärische Unterdrückungslösungen stützt, wird heute selbst in der Front ihrer Verfechter diskutiert. Sie ist selbst für die rassistisch-chauvinistische Front fraglich geworden.

Die Kurden, die über eine Jahrtausende alte Geschichte, breite kulturelle Bindungen und über eine gemeinsame Sprache verfügen, wurden in der offiziellen Ideologie verleugnet. Zur Türkisierung dieses Volkes wurden Geschichtslügen produziert, und die kurdische Frage mit einem Tabu belegt. Nicht einmal das Wort "Kurde" durfte ausgesprochen werden. Diese offizielle Ideologie wurde der ganzen Gesellschaft aufgezwungen. Alle von dieser Version abweichenden Meinungen wurden als "Separatistischem" angeklagt und mit schweren Strafen belegt. Die kurdischen Bewegungen mit nationalem Inhalt wurden mit Massakern unterdrückt, den Kurden wurde die Alternative aufgezwungen, entweder zu sterben, oder sich türkisieren zu lassen. Die Kurden und alle in Anatolien beheimateten ethnischen Gruppen wurden gezwungen zu sagen: "Ich bin ein Türke." Kurz ausgedrückt: Sämtliche Institutionen des türkischen Staates wurden zur Durchsetzung der offiziellen Ideologie des Staates, nämlich des türkischen Nationalismus und Rassismus, eingesetzt, während alle Bewegungen, die die vorgegebenen Grenzen sprengen wollten, mit Terror unterdrückt wurden.

Diese von allen regierungen der TR treu verfolgte offizielle Ideologie und die daraus resultierende Lösungsform des türkischen Staates für die kurdische Frage haben sich nun im gegenwärtigen historischen Moment als ungeeignet erwiesen. Die herrschenden Kräfte haben begonnen, über neue Lösungsformen nachzudenken und zu diskutieren. Diese noch im Anfangsstadium befindliche Entwicklung bedeutet keinesfalls, daß der türkische Staat seine bisherige Lösungsform aufgegeben hat, oder bald aufgeben wird. Immer noch sitzen in den maßgeblichen Entscheidungsgremien des türkischen Staates diejenigen, die mit "dem Kopf des Militärs" denken und meinen, die kurdische Frage mit militärischen Lösungen erledigen zu können. Diese sind nach wie vor die bestimmenden Kräfte im türkischen Staat.

Eine Aufgabe der traditionell rassistischen Haltung der TR hätte direkt mit der Demokratisierung des Staates zu tun. Es ist aber wohl kaum anzunehmen, daß eine faschistische Staatsstruktur, wie sie in der Türkei herrscht, demokratisiert werden kann. Der offensichtliche Bankrott der bisherigen Politik hinsichtlich der kurdischen Frage erfordert jedoch eine Abwandlung der Lösungsformen. Verschiedene bürgerliche Kreise sehen nun heute ein, daß diese offizielle Staatspolitik, die sich auf den türkischen Rassismus und Nationalismus stützt, in dieser Form nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Aus diesem Grunde fordern auch verschiedene bürgerliche Intellektuelle, diese Politik mit einigen neuen Elementen zu versehen und den Erfordernissen des Jahrhunderts entsprechend zu gestalten.

EINHEIT IM ZIEL

Die derzeitigen Diskussionen zeigen, daß sich an der Spitze des Staates zwei unterschiedliche Haltungen herausbilden, die sich im Ziel einig sind, aber in den Methoden unterschieden. Eine dieser Haltungen ist die bisher praktizierte Lösungsform, die vom "militärischen Kopf" vorgeschlagen wird. Ein anderer Teil, der die Interessen der herrschenden Klasse in einer langfristigen Perspektive und aus dem Blickwinkel des US-Imperialismus betrachtet, glaubt an die Notwendigkeit, vielschichtige und breite Maßnahmen mit kulturellen, psychologischen, ökonomischen, politischen usw. Dimensionen neben der militärischen Lösung einzuleiten, wenn sich herausstellen sollte, daß die bisherige Lösung den Entwicklungen der Gegenwart nicht mehr gerecht wird. Auch diese Lösung, die darauf hofft, daß durch die Einleitung der genannten "Begleitmaßnahmen" die militärische Lösung zum Erfolg führt, enthält keinesfalls irgendwelche Initiativen zur Anerkennung der Existenz der kurdischen Nation.



Die kurdischen Bauern aus Cukurca lehnen es ab, als Dorfschützer für den türkischen Staat tätig zu werden, deswegen werden sie aus ihrer Provinz vertrieben

Während sich an der Spitze des Staates derartige Entwicklungen abzeichnen, haben verschiedene bürgerliche Schriftsteller in der Presse begonnen, die kurdische Frage offen und direkt zu diskutieren, um eine moderne, den Erfordernissen der Zeit entsprechende Assimilationspolitik aufzustellen. Alle an dieser Diskussion in der bürgerlichen Presse beteiligten, von rassistisch-nationalistischen bis hin zu den demokratisch-linken Schriftstellern befinden sich in einer "nationalen Einheit" gegenüber der kurdischen Frage. Diese Schriftsteller, die in der Frage der Rechte türkischer Minderheiten in anderen Ländern wie z.B. Bulgarien zu Wölfen werden und behaupten, die Menschenrechte zu verteidigen, ziehen sich in die chauvinistischen, vom türkischen Rassismus bestimmten Stellungen zurück, wenn es um die Anerkennung der nationalen Rechte der Kurden geht. Nationale Rechte sind für diese Kreise ausschließlich auf die Rechte der Türken begrenzt. Die Politik des türkischen Staates, mit zweierlei Maß zu messen, wird, in dieser oder jener Form, auch von einem Großteil der türkischen Intellektuellen vertreten.

Alle bürgerlichen Intellektuellen - von den rechten bis hin zu den linken - die die bisherige Lösungsform des türkischen Staates für die kurdische Frage kritisieren, treffen genau an dem Punkt mit der herrschenden offiziellen Ideologie wieder zusammen, wo es um die Assimilierung der Kurden und anderer nationalen Minderheiten geht. Sie schlagen le-

diglich "friedlichere und menschlichere" Methoden gegen die kriegerischen Methoden des Staates vor.

Der sich am demokratischsten und linken zählende Teil dieser Kreise verteidigt z.B. folgende und ähnliche Gedanken: Mit der Verbreitung der türkischen Sprache und Kultur können die Kurden und andere nationale Minderheiten in einem friedlichen, langfristigen Prozeß assimiliert und ihre Existenz beendet werden, die kurdische Sprache und Kultur, deren Fortentwicklung bisher systematisch verhindert wurde, könnten sich gegenüber der türkischen Sprache und Kultur nicht durchsetzen, die Verbote gegen die kurdische Sprache und Kultur seien somit nicht notwendig, die Aufrechterhaltung dieser Verbote würde mehr Schaden anrichten als Vorteile mit sich bringen, sie würden die Bildung einer nationalen Reaktion der Kurden bewirken etc...

Kurz: Die Haltung des Kemalismus, d.h. die offizielle Ideologie des Staates, basierend auf dem türkischen Rassismus und Nationalismus, hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf einen breiten Kreis von Intellektuellen bis hin zur Linken. Diese Haltung hat eine demokratische Behandlung der nationalen Frage in der Türkei und Diskussionen dazu verhindert. Aus die-

sem Grunde geht die von türkischen Intellektuellen, Demokraten und Fortschrittlichen für die kurdische Frage vorgeschlagene Lösung kaum über die Grenzen einer "kulturellen Autonomie" hinaus. Und an diese Lösung denken sie als eine Lösung, die das von der offiziellen Ideologie vorgegebene Ziel der Assimilierung und Pazifikation am ehesten realisieren könnte.

AUCH DIE USA INTERESSIEREN SICH FÜR DIE KURDISCHE FRAGE

Von Zeit zu Zeit werden in der Presse Mahnungen der USA, von der Aufhebung der Verbote gegen die kurdische Sprache und Kultur über die notwendige Anerkennung der nationalen Existenz der Kurden in den Grenzen der TR und unter ihrer Kontrolle bis hin zur Bildung einer föderativen Staatsstruktur wiedergegeben. Die USA betrachten die kurdische Frage aus dem Blickwinkel ihrer militärischen und wirtschaftlichen Interessen in der Region. Die regionalen Interessen und langfristigen Rechnungen der USA gehen aber kaum über die engen Grenzen des türkischen Chauvinismus hinaus. Betrachtet man die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, dann wird man sehen, daß die USA gezeigt haben, daß sie keinesfalls für die endgültige Lösung der kurdischen Frage sind, jedoch die kurdische Bewegung für ihre eigenen Interessen in verschiedenen Situationen nutzen will. Der 1965 an die Türkei herangetretene Vor-

schlag der USA zur Bildung einer föderativen Struktur, die von der Türkei abhängig ist und Türkei Kurdistan mit beinhalten sollte, ihre Unterstützung der Barzani-Bewegung in den Jahren 70-75, ihre Forcierung der Pläne 1987, wonach die Türkei Irak-Kurdistan besetzen und Kirkuk einnehmen sollte, die Vorbereitung von Berichten zur kurdischen Frage im Jahr 1988 durch die USA, in denen sie die kurdische Frage vom Blickwinkel der Menschenrechte aus betrachtete, bilden Beispiele für die Haltung der USA, die ihren Interessen in den sich verändernden Gleichgewichten im Mittleren Osten entsprechen. Die USA betrachten die bestehende Kurdistan-Politik der TR als eine zur Schaffung eines "unabhängigen Kurdistan" geeignete Politik. Diese Politik der TR läßt den Kurden keinen anderen Weg als den der Unabhängigkeit, um ihre nationale Existenz zu schützen. Ein unabhängiges Kurdistan aber, das nicht unter dem Einfluß der USA steht, gefährdet die Interessen der USA in der Region. Aus diesem Grunde beschäftigen sich die USA mit der kurdischen Bewegung und schlagen der türkischen Regierung langfristige Strategien vor, um einerseits die kurdische Bewegung zu kontrollieren und andererseits eine möglicherweise sich entwickelnde Bewegung an ihre Interessen zu binden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich die Kurdistan-Politik der Türkei in der kommenden Periode, wenn auch nicht gänzlich, so doch teilweise in Richtung der Vorschläge der USA entwickelt, da die von den USA vorgeschlagenen Lösungen sich auch mit den langfristigen Interessen der Türkei decken. Diese Entwicklung kann bedeuten, daß die Existenz einer Nation anerkannt wird, die bisher verleugnet wurde. Die Flexibilisierung der Verbote der Regierungen nach dem Militärputsch gegen die kurdische Sprache und Kultur, die Erklärungen einiger Verantwortlichen, wonach "es in der Türkei nicht verboten ist, kurdisch zu sprechen", zeigen, daß die harte und verleugnende Haltung aufgrund innerem und äußerem Druck nicht länger aufrechterhalten werden kann und deshalb einige Änderungen erfährt. Die Grenzen in der Veränderung der Politik des türkischen Staates aber werden hauptsächlich vom Kampf des kurdischen Volkes bestimmt, das sich in einem beschleunigten Prozeß der nationalen Bewußtwerdung befindet und das mit jedem Tag mit immer größerer Kraft immer weitergehendere Forderungen vorträgt. Die klügeren Teile der herrschenden Kräfte und deren politische Repräsentanten, die begreifen, daß sich durch eine Politik der Massaker und Unterdrückung allein keine befriedigenden Ergebnisse erzielen können, sehen immer mehr ein, daß sie einige Zugeständnisse machen müssen, die das Leben des kurdischen Volkes erleichtern, um so die Entwicklung des Prozesses der Nation-Werdung des kurdischen Volkes in Richtung Unabhängigkeit zu verhindern. Diese Zugeständnisse können eine Auflockerung der Verbote gegen die kurdische Sprache und Kultur sowie die Anerkennung begrenzter kultureller Rechte sein. Diese Kräfte meinen, daß es leichter zu verhindern ist, daß ein Volk sich einer "separatistischen" Bewegung anschließt, wenn es seine eigenen Sprache sprechen, seine eigenen Lieder singen kann.

EINE KRITISCHE WENDE

All diese Diskussionen und Lösungsvorschläge zeigen, daß die kurdische Frage sowohl für den Staat als auch für die kurdische nationale Bewegung einen Wendepunkt erreicht hat, der kritisch ist.

Der türkische Staat wird, sollte er die kurdische Frage mit dem gegenwärtigen "militärischen" Kopf nicht lösen können, entweder versuchen, den Massakern an den Kurden in der Geschichte ein neues hinzuzufügen, indem er militärische Operationen durchführt, die Massenmorde auch an der Zivilbevölkerung zur Folge haben werden, oder langfristige Lösungen anstreben, deren Grenzen bis zur begrenzten "kulturellen Autonomie" offen sein können. Die "klugen Köpfe" der herrschenden Kräfte, die wissen, daß ein neuer Massenmord, auch wenn er vorübergehend eine Lösung zu sein scheint, die Zukunft der Türkei gefährdet und langfristig große Probleme mit sich bringen wird, schlagen die Einleitung vielseitiger Maßnahmen vor, die zum Ziel haben, daß kurdische Volk zu "gewinnen". Auch bei dieser "klügeren" Lösung wird man fortfahren, nationale Initiativen und Forderungen der Kurden nach Unabhängigkeit weiterhin mit militärischen Methoden, mit den Methoden des Anti-Guerilla-Krieges zu unterdrücken. (Man wird es jedenfalls versuchen) Sollte die kurdische nationale demokratische Bewegung weiterhin anwachsen und die bestehenden Pazifikationsmethoden nicht imstande sein, dies zu verhindern, könnten die herrschenden Kräfte einige Schritte in Richtung Anerkennung einiger kultureller Rechte tun, um das kurdische Volk zu gewinnen. Dies würde einer begrenzten Auflockerung in der Kurdistanpolitik des türkischen Staates entsprechen. Die Tatsache, daß die Politik des Staates zwischen diesen beiden "Alternativen" in Zugzwang geraten ist, zeigt, daß die kurdische Frage einen sehr kritischen Wendepunkt erreicht hat.

Die Bemühungen verschiedener bürgerlicher Intellektueller, den Staat und die herrschenden Kräfte dazu zu bewegen, die mörderischen, fanatisch-rassistischen Lösungen des Staates in dieser Frage durch andere, den Erfordernissen der Zeit "gerechtere" Lösungen zu ersetzen, dienen ihrem Versuch, "den letzten großen türkischen Staat" davor zu bewahren, noch einmal eine Geschichte zu schaffen, für die man sich schämen muß.

Eine andere Entwicklung, die die kurdische Frage an einen kritischen Wendepunkt gebracht hat, ist die konkrete Situation, daß sich nach der brutalen Unterdrückung des Dersim-Aufstandes von 1938 mit einem großen Massaker zum ersten Mal wieder eine bewaffnete kurdische Bewegung gebildet hat und sich gegen den türkischen Staat stellt, und daß diese bewaffnete Bewegung trotz aller erdenklichen militärischen Unterdrückungs- und Pazifikationsmethoden nicht unterdrückt werden konnte und sich weiterhin ausbreitet. Vielmehr noch, die Entwicklung in T.-Kurdistan deutet darauf hin, daß der nationale demokratische Kampf der kurdischen Nation in eine neue Etappe mit Massencharakter eintritt. Entweder wird der Staat diese Dynamiken mit neuen Maßnahmen und politischen Entscheidungen unterdrücken, oder aber die kurdische Bewegung wird alle ihr gestellten Hindernisse und Fallen überwinden und diese Dynamiken bis zur nationalen Befreiung mobilisieren.

ZUM SCHLUSS

Trotz der grausamen Unterdrückung des kurdischen Volkes durch den türkischen Staat, trotz des täglich wachsenden Kampfes gegen diese Unterdrückung, trotz der Tatsache, daß der türkische Staat den Krieg in Kurdistan auch mit der logistischen Unterstützung des BRD-

Fortsetzung Seite 15

§ 140 TStGB : Herabsetzung des Ansehens der Türkei im Ausland

Mit dem § 140 des türkischen Strafgesetzbuches (TStGB) ist es der Türkei möglich, Opposition sogar auch im Ausland zu verfolgen. Dieser Paragraph, der es unter Strafe stellt, das Ansehen des türkischen Staates im Ausland herabzusetzen – was immer man darunter verstehen mag – wird nach den offiziellen

Statistiken in den letzten Jahren wieder verstärkt angewendet. In der Zeit nach dem 12. September lieferte er die Begründung für tausende von Ausbürgerungen. Er trifft z. Zt. vor allem linke Exilantinnen, die sich entschließen, in die Türkei zurückzukehren und wird auch in Zukunft für Asylanträge von

großer Bedeutung sein.

Wie dieser Paragraph angewendet wurde und wird, ist in dem Artikel aus der Tageszeitung Cumhuriyet von 5.12.89 dargestellt:

AUCH IM AUSLAND KEINE FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG

(...)

Er betrachtete eine Weile seine kleine Schülerin. Das kleine Mädchen bemühte sich mit äußerster Anstrengung, den schwer gewordenen Stift über das weiße Papier wandern zu lassen. Auf ihrer Stirn standen Schweißperlen. Das Mädchen blickte auf (...): "Mein Papa will, daß ich mit der rechten Hand schreibe", flüsterle sie. Aber sie ist Linkshänderin. "Mein Kind, schreibe so, wie es Dir am leichtesten fällt", sagte er.

So begann die Geschichte des Lehrers Turhan Dalmis. Wegen dieser Worte wurde er in einem Brief denunziert. "Er zwingt die Kinder, mit der linken Hand zu schreiben." Und dazu: "Und er hat gegen den Staat gesprochen, er hat die Militärregierung als Junta bezeichnet", war die Anschuldigung. Am 4. Gerichtshof für schwere Vergehen in Ankara wurde ein Prozeß eröffnet. Weil diese Angelegenheit in der BRD passiert war, wurde (an die deutschen Behörden) ein offizieller Antrag gestellt, daß sie die Aussage des Lehrers aufnehmen sollten. Aber die deutschen Behörden wiesen den Antrag zurück mit der Begründung:

"So ein Vergehen gibt es nicht". Das Gericht sprach den Lehrer Dalmis, von dem es keine Aussage aufnehmen konnte, frei. Aber weil der Lehrer Dalmis der Aufforderung, in die Türkei zurückzukehren, keine Folge leistete, wurde er ausgebürgert. Jetzt versucht er, in einem Prozeß am Verwaltungsgericht seine verlorene Staatsbürgerschaft zurückzugewinnen.

Vom § 140 des TStGB ist nicht nur der Lehrer Dalmis betroffen. V.a. von den ca. 15.000 Personen, die nach dem 12. September ausgebürgert wurden, ist ein großer Teil von diesem Paragraphen betroffen. (...)

Der § 140 ist ein Vermächtnis der faschistischen Mussolini-Ära für das TStGB. Für diejenigen, die im Ausland Nachrichten verbreiten, die das Ansehen und die Bewohner des Staates herabsetzen und Aktivitäten durchführen, die den nationalen Interessen schaden, sind Zuchthausstrafen von nicht weniger als 5 Jahren vorgesehen. Der Anwalt Halit Çelenk erklärt die Geschichte des Paragraphen so: Der § 140 und die §§ 141, 142 sind Paragraphen,

die im Italien Mussolinis mit dem Ziel eingeführt wurden, den Faschismus zu bewahren und zu stärken. (...) Die §§ 140, 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches sind aus dem italienischen StGB von 1930 in unser Strafgesetzbuch übertragen worden." (...)

Der (...) § 140 liefert den Grund, die im Ausland lebenden politischen Exilanten ausbürgern zu können. Nach den Statistiken des Justizministeriums wurden in den letzten 3 Jahren insgesamt 180 Personen aufgrund dieses Paragraphen vor Gericht gestellt. Nach den Statistiken wurden 1986 in 11 Prozessen 15 Personen, 1987 in 43 Prozessen 45 Personen und 1988 in 46 Prozessen 120 Personen angeklagt. Die Juristen unterstreichen, daß (...) bei der Anklage nach § 140 "dieses Vergehen nur durch Veröffentlichung begangen werden kann". Daß dies nicht so praktiziert wird, zeigt das obige Beispiel.

Auch der Schriftsteller Ismail Besikci, der aufgrund dieses Paragraphen angeklagt wurde und Inhaber eines Strafereords ist, der nur schwer zu brechen sein dürfte, ist gutes Beispiel. 1979 hatte Besikci in

einem Brief an die Vorsitzende des Schweizer Schriftstellerverbandes Frau Beaulinger geschrieben, daß es in der Türkei ein Kurdenproblem gebe und diese keine Freiheiten besäßen. Wegen dieses privaten, unveröffentlichten Briefes (...) wurde er vor dem Militärgericht in Gölcük angeklagt und erhielt genau 10 Jahre Zuchthausstrafe. Besikci, der die Jahre 1979-86 (...) im Gefängnis verbrachte, erhielt zusätzlich noch 5 Jahre Entzug der Freizügigkeit als Strafe.

Auch der ehemalige Ministerpräsident und Vorsitzende der DSP (Demokratische Linke Partei) mußte aufgrund dieses Paragraphen vor den Richter. Gegen Ecevit, der eine Zeit von nahezu 2 Monaten inhaftiert wurde, wurde vorgebracht, er habe "Tätigkeiten begangen, die das Ansehen und die Bewohner (der Türkei) außerhalb der Türkei herabsetzen." Was hatte Ecevit getan? In der Zeit des Ausnahme-regimes hatte er einen dänischen Journalisten zu sich nach Hause eingeladen und ihm ein Glas Tee angeboten. Sie hatten sich auch ein wenig unterhalten, das ist alles. Aber als der dänische Journalist in

sein Land zurückgekehrt war, schrieb er alles, was er in der Türkei als Gerücht gehört hatte so, als ob dies alles angeblich von Ecevit stammen würde. Ecevit wurde vor dem Ausnahmezustandsmilitärgericht Ankara angeklagt. Später erzählte der dänische Journalist die Wahrheit und bewirkte so, daß der Prozeß mit Freispruch endete. Aber Ecevit war in der Zeit fast 2 Monate seiner Freiheit beraubt gewesen.

Der beim schwedischen Rundfunk arbeitende Hadi Orman mußte dasselbe erleben, was Ecevit passiert war, als er dessen Geschichte veröffentlichte. Die Angelegenheit wurde vom damaligen türkischen Generalkonsulat in Schweden in die Türkei weitergeleitet. Gegen Orman wurde an seinem Geburtsort Amasya ein Prozeß nach § 140 eröffnet. Als er gerade daran dachte, in die Türkei zu fahren und seine Aussage zu machen, wurde wegen seiner Abwesenheit Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Eine Geschichte

WIE WIRD § 140 ANGEWENDET?

Der Wartesaal, Ausnahmezustandsmilitärgericht Erzurum. Man hatte mit der Vernehmung im Arvin-Devrimci Yol Prozeß begonnen, einem der größten Massenprozesse der Türkei, in dem an die 1000 Angeklagte vor Gericht standen. Im dem verrauchten Wartesaal informiert eine Anwältin einen schwedischen Journalisten über den Prozeß. Auf die Frage des Journalisten: "Was denken sie über die Folter?" antwortet sie: "Sie hören doch die Folterbehauptungen in den Vernehmungen. Zu diesem Thema wurden Untersuchungen eröffnet. Ich weiß nicht, wie diese ausgehen, aber zu diesem Thema gibt es sehr große Anschuldigungen."

Nun, so hat der 4 Jahre dauernde Gerichtsmarathon der Anwältin Gülseren Çavga begonnen. Aufgrund der Anzeige zweier Polizeibeamten, die das Gespräch belauscht hatten wurde gegen Frau Çavga ein Prozeß nach den §§ 140 und 159 eröffnet. Die Polizeibeamten behaupteten, Frau Çavga hätte ge-

sagt: "In den Gefängnissen und auf den Polizeistationen gibt es ausgedehnte Folter" und "Dieses Gericht ist ein Inquisitionsgericht". Die Verhandlung wurde eröffnet, die Polizeibeamten änderten ihre Aussagen und begannen nun zu sagen: "Wir haben nicht gehört, daß sie das gesagt hat, aber wir sind überzeugt davon, daß sie es gesagt haben könnte." Frau Çavga konnte bei ihrer Verhandlung wegen der Prozesse, in denen sie Verteidigerin ist, nicht anwesend sein. In dieser Verhandlung wurde beschlossen, sie wegen ihrer Abwesenheit zu inhaftieren. Es ist das Jahr 1981. Man kann nie wissen, dachte Frau Çavga und hielt sich bis zur nächsten Verhandlung versteckt. Sie ging zur Verhandlung, um ihre Aussage zu machen und während es ordnungsgemäß notwendig gewesen wäre, den Haftbefehl aufzuheben, wurde er durchgeführt, sie blieb 27 Tage im Gefängnis. Danach wurde § 159 zweifach angewendet und sie erhielt eine Haftstrafe von 3 Jahren und 1 Monat. Weil ein Teil dieser Strafe in Höhe von 3 Monaten von der

Revision ausgeschlossen war, wurde diese rechtskräftig, gegen die restliche Strafe legte sie vor dem Militärkassationshof Berufung ein. Zur Vollstreckung der 3-monatigen Strafe begann man wieder, Frau Çavga zu suchen. Nachdem sie einen Tag in Incommunicadohaft war, wurde die Vollstreckung von der Staatsanwaltschaft um 4 Monate zurückgestellt. Innerhalb dieser Zeit wurde das Urteil auf Weisung des Justizministeriums aufgehoben. Der Militärkassationshof für den 4. Bezirk hob die restliche Strafe auf. Das Militärgericht ging in Revision. Während dieser Zeit hielt es das Militärgericht nicht einmal für nötig, daß sich Frau Çavga verteidigte. Später kam das Urteil vor die Bezirkskommission des Militärkassationshofes. Die Bezirkskommission beendete 1985 den 4 Jahre dauernden Prozeß mit Freispruch.

DEUTSCHE WAFFEN, DEUTSCHES GELD.....

Die BRD gibt seit Jahrzehnten Milliarden DM Militär- und Wirtschaftshilfe an den Nato-partner Türkei. (1) Daß dies keine uneigennütziges Geschenk sind, daß man damit korrupte Generäle und Regierungen in der Hand hat, daß man sich für die "Geschenke" die entsprechenden

Gegenleistungen in Form völlig überbewerteten und "unnützigsten" Rüstungsaufträgen holen kann, wie man dabei sogar die amerikanischen Konkurrenz ausschaltet, welche deutschen Kriegsverbrecherfirmen dabei wieder einmal ihre Hand im Spiel haben, dafür ist der Artikel aus dem Magazin 2000'e Dogru

("Gegen 2000") vom 5.11.89 über einen türkischen Rüstungsauftrag ein eindrucksvolles Beispiel. Ein Lehrstück des Imperialismus... Hier die leicht gekürzte Überstzung des Artikels.

Erteilung von Rüstungsaufträgen durch die ANAP SIE HABEN SICH MIT PANZERN EINE MILLION "VERSCHAFFT"

(...) Nationale Rüstungsaufträge gibt es viele: 5,3 Mrd.\$ für Helikopter, 450 Mio.\$ für HF-SSB-SSB Funk, 220 Mrd.TL für Schnellboote, 1 Mrd.\$ für MLRS Raketenwerfer, 5 Mrd. für Schnellboote, Mrd.\$ für beweglichen Radar und Tiefflugverteidigungssystem, 700 Mio.\$ für Stringer-Raketen, 1,2 Mio.\$ für leichte Transportflugzeuge, für elektronische Ausstattung für F-16... Aber ein Auftr. ist da, der aus den anderen "leuchtend" hervorsticht. Thema: Modernisierung der M-47 Panzer. Auftragsvolumen: 1 Trillion 200 Mio. TL. Die Firma, die den Zuschlag bekam: ASMAS. ASMAS ist Partner der westdeutschen Firma des ANAP-Mitbegründers Atilla Yurtcu. Die Vergabe des Auftrags an ASMAS, das Auftragsvolumen, dies alles ist aufsehenerregend.

Die Geschichte der Auftragserteilung

Das Projekt der Modernisierung der M-47 wurde unter Zeki Yavuztürk als Nationalem Verteidigungsminister vor 5 Jahren auf die Tagesordnung gebracht. Die Unterzeichnung dagegen wurde Sefa Giray (2) zuteil. Das Ministerium eröffnete die Ausschreibung des Auftrages 1988: Die aus dem 2. Weltkrieg übriggebliebenen 138 M-47 sollten "geändert" und in "Bergepanzer" umgewandelt werden. Für den Auftrag bewerben sich folgende Firmen: ASMAS zusammen mit der westdeutschen Krupp (3), Cimsetas zusammen mit der westdeutschen Jung (4), sowie die spanische Talbot. Die Ausschreibung wird annulliert. Grund: Die Firmen Krupp und Jung hatten Differenzen wegen der Produktion in der Türkei. Diese beiden Firmen arbeiten in der BRD zusammen. In der Türkei bewerben sie sich wie Konkurrenten um die Auftragserteilung. Im Frühjahr 1989 wird die Ausschreibung von neuem eröffnet. (...) ASMAS bewirbt sich wieder, aber diesmal ist der Teilhaber ein anderer, (...) nämlich der Konkurrent aus der ersten Ausschreibung, Jung. Andere Bewerber sind: Ataisik, Cimsetas, Hema, Servo, Aksa, sowie Tulomas. Letzteres ist ein öffentliches Unternehmen. Das erste Auswahlresultat ist: ASMAS-Jung und Cimsetas-Krupp nehmen an der Endausscheidung teil. Diese erste Auswahl wird durch eine Kommission vorgenommen, ohne daß die Briefe mit den Bewerbungsangeboten geöffnet wurden. Dann bekommt ASMAS den Auftrag zugesprochen.

Daß die zwei deutschen Firmen, dh. Jung und Krupp in die letzte Auswahl gelangt sind, ist ein Thema für sich. Nicht einmal dem öffentlichen Unternehmen Tulomas wird die Möglichkeit gegeben, zu konkurrieren. Wobei noch zu bemerken wäre, daß Aksa und Hema mit Vehemenz vertreten, daß "bei der Auftragserteilung ungerecht gehandelt wurde". Man nimmt an, daß die Firmen Krupp und Jung sich abgesprochen haben und sich nun den Profit teilen. Und daß zwei deutsche Partnerfirmen bei der Auftragserteilung in Konkurrenz zueinander treten, ist auch kein Zufall. Einige Mitglieder der Kommission wissen, während sie die Firmen, die sich für den Auftrag bewerben, überprüfen, bereits das Ergebnis der Angelegenheit. Ein Offizier aus der technischen Kommission sagte im Juli: "Diese Sache geht uns nichts an. Das Ergebnis der Auftragsausschreibung wurde durch die Vereinbarungen zwischen den Regierungen festgelegt. Eine deutsche Firma wird gewinnen." In den technischen Submissionsbedingungen wurde niedergelegt, daß die Motoren von MTU, der Tochtergesellschaft von BMW (5) verwendet würden. Und der Prototyp wurde bei der deutschen Firma Krupp (6) bestellt. (...)

Auf S.2 des "Prototyp-Vertragstextes" steht folgendes: "Von Seiten des Käufers (Armee, T.I.) wird dem Verkäufer (Firma, T.I.) ein Exemplar des M-47 Panzers zur Verfügung gestellt, von Seiten des Verkäufers wird zusammen mit einer türkischen Firma der Prototyp des Bergepanzers, der die in Punkt 3 genannten Eigenschaften besitzt, hergestellt, dessen Gesamtsumme 499.500 \$ beträgt." Die Bedeutung dieses verworrenen Satzes ist folgende: Die Firma, die den Auftrag erhält, wird (...) ein Muster herstellen und vorlegen, so daß das Ministerium die Kompetenz der Firma feststellen kann. Das Geld, das ASMAS für dieses einzige Muster erhalten hat, sind 499.500 \$. (7) Zu welchem Preis erhält man wohl den Zuschlag bei einer Auftragsausschreibung? Normalerweise müßte dieser Preis (für ein Exemplar der Serienproduktion, T.I.) niedriger sein als der für das erste Muster, genannt Prototyp. Nein, so ist das nicht. ASMAS verlangt genau das dreifache (...) und bekommt den Auftrag. Während die Serienproduktion immer billiger verkauft wird, ist dies bei unserer ASMAS nicht so. Auf die Frage warum, gab ein hoher Zuständiger aus dem Ministerium die folgende Antwort: "Den Preis von

499.500\$ hat das Ministerium diktiert. Der wirkliche Preis liegt darüber. Man muß Zoll zahlen für Ersatzteile aus dem Ausland. Die anderen Firmen nennen einen Preis ohne diesen Zollanteil mit einzuberechnen." Die Verantwortlichen von ASMAS dagegen behaupten, sie hätten dem Ministerium einen Nachlaß gewährt, um den Auftrag zu erhalten.

Nun gut, und die anderen Firmen? Die sagen: "Jetzt hat ASMAS den Auftrag für 434 Mio. DM erhalten. Dieser Preis für 138 Panzer macht, umgerechnet für einen Panzer, 3,1 Mio. DM pro Stück. Wir hätten die Sache weit unter diesem Preis gemacht. Wir hätten bis auf 900.000 DM heruntergehen können. Der Preis des Prototyps macht sowieso ungefähr soviel aus. Sie stellen ein Stück der Serienproduktion für 3,1 Mio. DM her, dessen Prototyp 900.000 DM kostet. Wie wollen sie das erklären?"

Für diesen Preis bekommt man einen Neuen

Nicht nur die Konkurrenzfirmen finden den Preis hoch. Fachleute bezeichnen die Summe, die ASMAS erhielt, als "gigantisch". Ein pensionierter General sagt: "Dieser Vorfall ist ein vollkommener Skandal (...). Für diesen Preis kann man einen neuen Leopard Bergepanzer kaufen." Zu dem Einwand derer, die sagen "Wir haben diesen Weg gewählt um die Technologie einzuführen" meint der General (...): "Diese Sache hat nichts mit Technologie zu tun. Man kauft einen Panzer, macht ein, zwei Löcher in den alten Rumpf, baut eine Winde ein und einen neuen Motor. Der Motor und die Winde kommen aus dem Ausland. Welche neue Technologie kann man damit gewinnen?" Ein pensionierter Fachoberst erinnert an eine Direktive, an die sich die Armee bei jeder Art von Reparatur- und Modernisierungsarbeiten zu halten hat, die "Direktive über logistische Faktoren." "Wenn irgendein Material modernisiert wird und die Kosten 70% (des Wertes, T.I.) übersteigen, wird dieses Material verschrottet." (...) Der Oberst lacht bedeutungsvoll. "Die geben für die Überholung eines Panzers, den man neu für 3,1 Mio. DM kaufen kann, noch mehr Geld aus."

Beunruhigt dies die Zuständigen in der Armee nicht? Die hochgestellten Offiziere in der Panzerdivision

merken, daß eben dies ein wunder Punkt ist. Diesen Eindruck vermittelt uns (2000'e Dogru, T.I.) ein pensionierter Offizier. Aber sie wünschen eben, daß die Armee möglichst bald diese Fahrzeuge bekommt.

"Wenn Yurtcu nicht von unserer Partei wäre"

Ein Angestellter von ASMAS erklärte 2000'e Dogru im Namen von Atilla Yurtcu, daß die Firma keinen Nutzen gezogen hätte, sondern nur Schaden. (...) Ein Berater militärischer Herkunft einer Firma, die sich ständig um militärische Aufträge bemüht, fragt folgendes: "Die Kommission sagt: 'ASMAS macht das (den Auftrag, T.I.), Ihr könnt das nicht.' Worauf stützt sie sich dabei?" Es gibt keine Instanz, von der jemand eine Antwort auf diese Frage erhalten könnte. Das Motto ist 'Wir haben das gemacht und so ist es.' So sucht man die Antwort in den Besonderheiten der Firma: Atilla Yurtcu Izmir's berühmter Arbeitgeber. ANAP-Gründungsmitglied. Parteigründer zu sein ist natürlich kein Hinderungsgrund, um sich um einen Auftrag zu bewerben. Aber (...) wie geschah es, daß Atilla Yurtcu ganz plötzlich der Favorit des Staates und der Banken wurde? Ein Abgeordneter aus den oberen Reihen der ANAP (11) erklärt: "Plötzlich begann es, Geld aus den Staatsbanken auf Atilla zu regnen. Sehen Sie mal, wieviel Kredit Yurtcu Firmen 1987 von den Staatsbanken bekommen haben. (Über 45 Mrd. TL insgesamt, T.I.) Hätte Yurtcu diese Unterstützung bekommen können, wenn er nicht von unserer Partei wäre?" (...)

ASMAS war vor einem Jahr in der Situation, daß sie die Löhne des Personals nicht mehr bezahlen konnte. Die Schulden an die Is-Bank (staatl. Bank, T.I.) betragen Milliarden. So kauft dann auch die Is-Bank 60 % von ASMAS's großem Teilhaber Izmir-Eisen-Stahl. Auf diese Weise ist ASMAS auf dem besten Weg, ein Unternehmen der Is-Bank zu werden.

Es gibt auch welche, die die Vergabe des Auftrags an ASMAS als ein Produkt des Vertrages zwischen der türkischen und der deutschen Regierung ansehen. Ein Unternehmer kommentiert die Auftragsvergabe: "Der Profit wurde der ANAP, Atilla Yurtcu und den Generalen gegeben. Mit diesem Auftrag wurde Yurtcu nicht gerettet, er wurde neu

zum Leben erweckt." (...)

Der Sohn des Sekretärs des Nationalen Sicherheitsrates

Damit ASMAS den Auftrag erhält, spielt die Akdag Bergbau AG den Vermittler. An der Spitze dieser Firma sitzt Süleyman Uyar. (...) Er steht in enger Beziehung zum Ministerium (Verteidigungs-, T.I.). Die Mehrzahl der bei ihm Angestellten sind pensionierte Offiziere. Es erstaunt mittlerweile niemanden mehr, namhafte Generäle in Zivil in Uyars Büros in Istanbul und Ankara zu sehen. Uyars Überlegenheit bei Militäraufträgen heißt gutes Timing und Beziehungen (...) Uyar ist außer von Akdag der Besitzer zweier weiterer Firmen, Trans Anka und Trans Varo. Varo hat Verbindungen zu Amerika. Unter Erkan Vuralhan (8) als Verteidigungsminister haben diese Firmen wichtige Aufträge erhalten (...). Uyars enge Beziehung zu dem stellvertretenden Staatssekretär im Ministerium, Generalmajor Seyhan Ceno-va und zu dem in der M-47 Technik-Kommission sitzenden Oberstleutnant Bülent Karan haben große Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Die Firmen, die den M-47 Auftrag nicht erhalten haben, steigern ihre Kritik dahingehend, daß durch diese Beziehungen die anderen Firmen ausgeschlossen und an den Rand gedrängt wurden. Noch eine wichtige Verwicklung: Der Sohn des Generalsekretärs der nationalen Sicherheitsrates (9) Vier-Sterne-General Sabri Yirmibesoglu, Zafer Yirmibesoglu arbeitet bei Uyar als Vorstandsmitglied von Akdag (...). Jetzt soll diese Beziehung geheimlich werden. Aber Yirmibesoglu roten Dienstwagen kann man vor der Akdag AG oder vor Trans Anka stehen sehen. Die Rolle, die so eine Beziehung innerhalb von Rüstungsaufträgen spielt, kennt jeder.

Um die Deutschen zu besänftigen

"Der Vorfall ist ein vollkommener Skandal, aber alles wurde in eine passende Form gebracht." Der pensionierte General ist pessimistisch. Die gesetzlichen Wege sind für so etwas unklar, besser gesagt, verschlossen, so daß es keinen Ort gibt, an dem man Einspruch erheben könnte. Zum Beispiel können sie alle Vorwürfe annehmen und

sagen: "Das ist eine politische Entscheidung. Wir haben so entschieden, um unsere Beziehungen zu Deutschland zu verbessern," und fertig. D.h., sie haben, um ihre Beziehungen zu Deutschland zu verbessern auch Schaden in Kauf genommen: "Krupp und Jung haben sich ganz sicher abgesprochen, sie teilen den Profit. Nur sie werden an den Verhandlungstisch gerufen, die Konkurrenz wird beseitigt. Ich kann darüber Bescheid wissen so viel ich will, rechtliche Schritte kann ich nicht unternehmen." Daß es zwischen der BRD und der Türkei eine Vereinbarung gegeben hat, das glauben nur der pensionierte General und die Unternehmensvorstände. Ein englischer Unternehmer, der den türkischen Waffenmarkt aus der Nähe kennt, bringt ähnliche Meinungen vor: "Die deutsche Regierung war über den Schwerpunkt, den Evren zugunsten der USA gesetzt hatte, nicht erfreut. Die Deutschen bereiteten sich darauf vor, wenn Evren aus dem Amt scheiden würde, die Akten über einige Unregelmäßigkeiten bei Rüstungsaufträgen publik zu machen. Sie wollten die offiziellen Informationen an einflußreiche Zeitschriften wie Stern oder Spiegel geben. Daß dieser M-47 Auftrag mit Blitzgeschwindigkeit an die Deutschen übertragen wurde, läßt den Gedanken aufkommen, daß sie 'versuchen, die Deutschen zu besänftigen.'"

"Arifiye (10) macht diese Sache genauso gut"

(...)
Sämtliche Militärberater betonen, daß die Türkei moderne Panzer als Geschenk erhalten wird. Die Deutschen haben, während sie für sich selbst Leopard 2 anschaffen, ihre Leopard 1 außer Betrieb gesetzt. Die BRD überläßt der Türkei 80 % ihrer Leopard 1 als Geschenk. Dies alles zeigt, daß das Projekt der M-47 Modernisierung außer unnötigen Kosten keine Bedeutung hat. (...) Bleibt noch zu fragen, welchen Bedarf an Bergepanzern die Türkei hat. Fachleute sehen für jedes Panzerbatalion 1-2 Bergepanzer als ausreichend an. Nach dieser Rechnung braucht die Türkei etwa 80 Stück. Abgesehen von allem, wenn eine Modernisierung nötig wäre, bleibt noch die Frage offen, wofür die Militärfabriken in Kayseri und Arifiye da sind. Ein zuständiger Offizier aus Arifiye sagt: "Wenn nur der Auftrag nicht zustandekäme und wir das machen könnten." In Arifiye werden die M-48 modernisiert, die eine noch modernere Technologie als die M-47 besitzen (...). Diejenigen, die den ASMAS Auftrag verteidigen, haben dafür auch eine Erklärung: "In den Fabriken, von denen Sie sprechen, werden die M-48 modernisiert, diese Sache dauert einige Jahre. D.h., wir können nicht warten." Mit der Behauptung, eine neue Technologie einzuführen, schlagen sie ordentlich Profit heraus", meint ein Unternehmer dagegen und besteht darauf, daß die in der Türkei vorhandene Technologie ausreicht, Bergepanzer herzustellen. Ein Unternehmer, der die Möglichkeiten in Arifiye aus der Nähe kennt, meint: "Arifiye macht das mindestens genauso gut, und sogar in noch kürzerer Zeit als ASMAS".

Das beste an der Angelegenheit ist die Kommission

Der pensionierte General sagt: "Das ist doch nicht das erste Mal." Und wenn sich das System ändert, wird

es auch nicht das letzte sein. In Ländern wie in unserem hat sich vor allem bei den Verfahren für die Auftragsvergabe kein Kontrollmechanismus entwickelt. Eine Kommission wird gebildet, sie inspiert die Fabrik. 'Hier kannst Du keinen Panzer bauen', sagt sie. Die Angelegenheit ist erledigt. Nach welchen Kriterien sie das sagt, ist ungewiß." Das heißt, die Sache hängt an den Worten einiger Personen. Solange es so ist, sind die Türen für jegliche Art von Unregelmäßigkeiten offen.

Ein deutscher Diplomat erzählt die eigenen Methoden mit der Auftragsvergabe. "Bei uns ist es wichtig, wer den niedrigsten Preis bietet. Es ist ein Prinzip, soviel wie möglich Teilnahme (an der Ausschreibung, T.I.) zu sichern, um eine Konkurrenzsituation herzustellen." Qualität? "Qualität ist auch wichtig, aber die Produktionsmöglichkeiten der Firmen weiß man sowieso schon vorher. Aber in der Türkei wird es den Kommissionen überlassen, dies festzulegen." Die Frage, die jetzt beantwortet werden muß, ist: Wie werden sie Rechenschaft über diesen Skandal ablegen?...

L. Dogan Tilic

FUßNOTEN:

(1) Insgesamt hat die BRD seit 1964 bis Ende 1988 im Bereich der Militärhilfe folgende Leistungen erbracht: Verteidigungshilfe: 1.580 Mio. DM Rüstungssonderhilfe einmalig 1980-83: 600 Mio. DM

Materialhilfe: 1.221 Mio. DM Transall-Flugzeuge: 300 Mio. DM Insgesamt: 3.701 Mio. DM (Nach: Dt. Bundestag Auswärt. Ausschuß 8.3.88)

(2) Sefa Giray: Derzeitiger Verteidigungsminister. Er ist der rechtlich und politisch verantwortlich für den Auftrag. Ein Unternehmer meint zu 2000'e Dogru: "Ich verstehe nicht, wie er unterzeichnen konnte. Im Endeffekt ist er ANAP-Minister."

(3) Firma Krupp: Der Kruppkonzern scheint praktisch die gesamte Panzerproduktion einschließlich Zulieferfertigung, Reparatur etc. in der Türkei zu kontrollieren.

(4) Die Firma Jung Jungentahl GmbH ist eine kleine Kitzschmit ca. 750 Beschäftigten. Jung baut normalerweise Lokomotiven und ist nicht in der Rüstungsindustrie tätig. Eine direkte Verbindung zu Krupp ist nicht festzustellen, was allerdings nichts besagt, da auch informelle Verbindungen/Abhängigkeiten bestehen können.

(5) MTU ist ein Tochterfirma von Daimler-Benz, nicht BMW. Daimler hat offensichtlich nahezu das Monopol für Ausrüstung der türk. Armee mit Kraftfahrzeugen.

(6) Normalerweise erhält die Firma, die den Prototyp baut, auch den Auftrag für die Serienproduktion.

(7) ASMAS hat offensichtlich den Prototyp mit Krupp zusammen hergestellt. Dies geht aus dem Text nicht eindeutig hervor.

(8) Ercan Vuralhan: Gegen ihn läuft eine Untersuchung unter dem Vorwurf von Unregelmäßigkeiten während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister (bis 1988).

(9) Nationaler Sicherheitsrat- Junta. hat die Verfassung entworfen. Untersteht nicht der Kontrolle durch das Parlament.

(10) Seit 1974 existiert in Arifiye das modernste Panzerinstandsetzungswerk Europas. Eine Beteiligung von Krupp wird vermutet, konnte aber bis jetzt nicht nachgewiesen werden.

(11) ANAP: regierende Mutterlandspartei, Partei des ehem. Ministerpräsidenten und jetzigen Staatspräsidenten T. Özal.

DER VERANTWORTLICHE GENERAL AUS DEM MINISTERIUM: "DIE VERLIERER GEBEN SICH NICHT ZUFRIEDEN"

Die Stimme am Telefon sagt, daß er sehr glücklich wäre, wenn wir das Gespräch, das wir aufgenommen haben, genau so veröffentlichen würden. Er würde uns alles völlig offen erzählen. Nur seinen Namen sollten wir nicht schreiben. Er ist im Ministerium ein hochrangiger militärischer Zuständiger. Um seinen Namen zu veröffentlichen, bedarf es der Genehmigung des Ministers. Er hat den Vorfall während seines ganzen Verlaufs uns aus der Nähe beobachtet. Er möchte für die Öffentlichkeit die Wahrheit wiedergeben.

- Wir möchten, daß Sie in Zusammenhang mit dem Modernisierungsauftrag der der M-47 Panzer einige Punkte aufklären. In dem Prototyp-Vertrag ist der für den Panzer festgelegte Preis 499.500 \$. Das macht beinahe 900.000 DM. Der Serienpreis jedoch beträgt 3,1 Mio. DM. Muß nicht normalerweise der Preis des Prototyps, eben weil nur ein Stück hergestellt wird, noch wesentlich höher sein?

- Ich möchte Ihnen folgendes sagen; es gibt einen Grund, daß der Preis des Prototyps 499.500 \$ beträgt. Es war das Ministerium, das diesen Preis festgelegt hat. "Wenn es teuer wird, wollen wir nicht" wurde den Firmen gesagt. Dieser Preis wurde in der Zeit von Zeki Yavuztürk als Minister festgelegt. Die Ausschreibung dauert seit drei Jahren an. Der wirkliche Preis ist 1,5 Mio. DM. Weil es im Privatssektor gemacht wurde, kommt noch der Zoll hinzu. Mit dem Zoll, der auf die Ersatzteile, die aus dem Ausland kommen, aufgeschlagen wird, haben sich die Preise auf 3 Mio. DM erhöht. Die genaue Summe ist 3,1 Mio. DM.

Die andere Firma, die einen Preisvorschlag machte, ist auch eine deutsche Firma und der Preis, den sie nannte, war 7 Mio. DM. (Firma Krupp, T.I.). 3,1 Mio. DM ist der ermäßigte Preis von Jung.

- Am Ende haben sich die Firmen Jung und Krupp für den Auftrag beworben, mit ihren türkischen Partnern zusammen. Jung ist eine Firma, die Krupps Lieferer ist. Man kann beide als "Geschwisterfirmen" ansehen. "Die haben sich auf jeden Fall abgesprochen und deshalb gab es bei der Ausschreibung keine Konkurrenzsituation", wird gesagt.

- Beide sind deutsche Firmen. Aber von Lieferern weiß ich nichts. Sie bewerben sich gegeneinander in der Ausschreibung. Der Grund, warum diese Sache in die Zeitungen gekommen ist, ist daß die Verlierer sich nicht zufrieden geben wollen. Es gibt zwei Gründe, warum die anderen Firmen verloren haben. Es waren 7 Firmen und 5 davon haben verloren. Von ihnen waren glaube ich 3 nicht kompetent, was die Lizenz, die Technologie oder das Know How angeht. 2 haben den Maschinenpark, aber es ist nicht möglich, daß sie diese Technologie in die Türkei bringen. Haben die Freunde, die in der Kommission sitzen, eine Absprache getroffen? Haben sie (die Firmen, T.I.) eine Lizenz, das Know How? Darauf haben sie (die "Freunde" in der Kommission, T.I.) geachtet. Deshalb mußten 5 von 7 Firmen ausscheiden und 2 blieben übrig. Wenn sie mich fragen, jetzt sind die zwei Firmen, die den Bergepanzer am besten machen können, für die Entscheidungsrunde geblieben. Und noch ein Punkt, der Aufmerksamkeit verdient, ist, daß letztes Jahr ASMAS sich mit Krupp beworben hat und gewonnen hat. Die einzige Firma, die den Prototyp gewonnen hat, war sie. Ich habe die Akten studiert, es ist nicht möglich, zu behaupten, daß ein Fehler gemacht wurde.

- Was dabei Aufmerksamkeit erregt, ist die Situation, in der ASMAS sich befindet. Die politische Position der Person an ihrer Spitze.

- Das weiß ich alles nicht. Ich habe nur einiges in den Zeitungen gelesen. Aber wenn das ein politisches Thema wäre, müßte der Minister auch Bescheid wissen. Der Minister erfuhr später davon. Ob ein politischer Einfluß ausgeübt wurde, weiß ich nicht mit Bestimmtheit. Außerdem, ich konnte keine Unregelmäßigkeit feststellen.

- Die Preise, die die anderen Firmen vorgeschlagen haben, lagen weit unter diesen. Aber "weil sie nicht die Lizenz, die Technologie haben, wurden sie ausgeschlossen" sagen Sie?

- Ja. Es wurden nicht einmal die Umschläge geöffnet (mit den Angeboten, T.I.). Der Generaldirektor von Tulomas hat uns angerufen. Deren Umschläge waren auch nicht geöffnet worden. "Der Preis, den ich machte, war 1,5 Mio. DM, Ihr habt den Auftrag für 3,1 Mio. vergeben.", sagte er. Wir haben miteinander gesprochen. "Wir haben gedacht, daß wir keinen Zoll zahlen müssen und Subventionen erhalten würden. Wenn wir das umrechnen, kommen wir auf den gleichen Preis", sagte er.

- Einer der Protestpunkte ist, daß im Rahmen der Abrüstung bei der NATO der Türkei Leopard Panzer geschenkt würden und deshalb dieses Projekt unnötig sei. In Deutschland wurden die Leopard 1 aus dem Verkehr gezogen, es gibt jetzt die 2er. Man sagt, daß 80 % davon uns geschenkt würden.

- Aber jetzt ist unser Bedarf wichtig. Die Anzahl, die wir von Deutschland erhalten, ist ungefähr gleich mit der Anzahl, die wir jetzt machen lassen. 150 bekommen wir, 138 werden hergestellt. Aber unser Bedarf liegt darüber. Zur Zeit brauchen wir davon für jede Panzerdivision welche.

- Nun, wieviele Panzerdivisionen haben wir?

- Weiß Gott, momentan weiß ich das nicht, ich habe keine Kenntnis darüber.

- Ich habe mit einem anderen Offizier gesprochen. Er bewertet einen Bedarf von 138 als überhöht. "Wenn es für jede Panzerdivision 1 oder 2 Stück gäbe, würde das reichen," sagt er.

- Das Ministerium gibt den Auftrag nach dem Bedarf, den die Streitkräfte angeben. Der Bedarf liegt über 300. Deshalb wird die Hälfte durch die deutsche Hilfe gedeckt, und die andere Hälfte auf diesem Wege bereitgestellt.

- Jetzt "können wir die M-48 modernisieren, und in die M-47 ganz einfach einen Motor und eine Winde einbauen in unseren eigenen Rüstungsfabriken" heißt es.

- Das können wir nicht. Einen Motor können wir wohl austauschen, aber einen Bergepanzer-Technologie u. dgl. haben wir nicht in unseren Fabriken. Was Bergepanzer anbetrifft gibt es einige hydraulisch und elektrisch ausgestattete Teile. Die können wir nicht machen. Sie können auch hergestellt werden, aber dann muß die Armee eine Lizenz bekommen. Und das erlaubt sicherlich die Regierungspolitik nicht. Man will, daß der Privatssektor das macht.

Keine Anzeige

Die Türkei bietet Zukunft.

Internationale Experten sind sich einig: Die zukunftsorientierte Geschäftswelt kann sich auf die Türkei verlassen. Die türkische Wirtschaft erlebt einen stürmischen Aufschwung - eine Folge der konsequenten marktwirtschaftlichen Orientierung des Landes. Und die stabile Entwicklung wird fortgesetzt.

Tatsächlich wächst das türkische Bruttosozialprodukt schneller als das aller anderen OECD-Länder. Dieser dynamische Prozess weckt das Interesse von Investoren aus aller Welt. Denn die Zusammenarbeit mit der Türkei zahlt sich aus. Von 1980 bis 1989 haben sich die Ausfuhr der Türkei vervielfacht, die Importe verdreifacht. Das Land gewinnt als Abnehmer von Industrieprodukten für EG-Staaten zunehmende Bedeutung; dabei ist die Bundesrepublik der wichtigste Partner der Türkei.

Viele internationale Organisationen und Firmen betrachten die Türkei als europäische Brücke zum Nahen Osten: Die Türkei hat eine gute Zukunft anzubieten.



Rassismuskussion Teil 2

Rassismus wird in breiten Kreisen oft als ein "Verstoß gegen moralische Werte" gesehen und dementsprechend behandelt. Auf der Strecke bleibt dabei die politische Analyse eines politischen Problems, die Frage nach den Bedingungen zur Entstehung von Rassismus und dessen Statthalter.

Unser Anliegen ist es, die Begriffsverwirrung von diesem Phänomen, sowie seine vermeintliche Entfernung von hiesigen und heutigen Verhältnissen, aufzulösen und die Tatsache der Existenz von Rassismus ins RECHTE Licht zu rücken - da wo er hingehört in

das Teile und Herrsche Prinzip jedes auf Unterdrückung ausgerichteten Systems.

In der letzten TÜRKIE INFORMATION haben wir einen Text zu den Gründen der aktuellen Rechtsentwicklung und der Akzeptanz von rassistischen Parteien in bundesdeutschen Parlamenten abgedruckt, der von der Gruppe Linkswende ausgearbeitet war. Diesmal drucken wir einen Auszug aus der Broschüre "Für eine antirassistische Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland", von der "Darmstädter Initiative gegen Rassismus" ab, den wir damit zur Diskussion stellen wollen.

Die Red

WAS IST RASSISMUS?

Der Begriff Rassismus ist in Deutschland wegen der barbarischen Form, in der Rassenpolitik sich im Dritten Reich präsentierte, besonders mit Emotionen belastet. Hieraus ergibt sich eine subjektive Betrachtungsweise, die einer rationalen Erkenntnis der Rolle der Ausländerunterdrückung in der BRD im Wege steht. Daher ist es zunächst einmal notwendig, den Begriff des Rassismus zu entmystifizieren.

Rassismus gilt gemeinhin etwas Extremes, als etwas, das offensichtlich außerhalb herkömmlicher demokratischer Normen liegt. Die Feststellung, auch die bundesdeutsche Ausländerpolitik und die sie tragende öffentliche Meinung sei rassistisch, stößt daher meist auf Unverständnis oder gar Empörung. Wenn von Rassismus die Rede ist, assoziieren die meisten Menschen ungewöhnlich barbarische Vorgänge, wie die Judenvernichtung während der Nazi-Diktatur oder die gewalttätige Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung in Südafrika. Mit dieser Betrachtungsweise wird einerseits das Phänomen des Rassismus dämonisiert und somit einer nüchternen Analyse entzogen. Gleichzeitig führt sie aber auch zu einer Beschönigung und Entstellung der Realität der Ausländerunterdrückung in der BRD. Denn die Schlussfolgerung, die sich logischerweise aufdrängt, ist, daß die Behandlung der Ausländer in der BRD ausgesetzt sind, zwar zu kritisieren sein mag, aber daß ihr nicht der Charakter systematischer Unterdrückung zukommt.

Leider ist auch das Denken der Gegner der staatlichen Ausländerpolitik in der BRD von dieser Vorstellungsweise geprägt. Selbst in Ausländerinitiativen und ähnlichen Gruppierungen, die sich die Aufgabe stellen, für die Rechte von Ausländern einzusetzen, meidet man den Begriff Rassismus. In anderen Ländern - vor allem Frankreich und Großbritannien - gibt es seit Jahren Kampagnen, die sich als antirassistisch bezeichnen und damit auch die Politik und die Verhältnisse, gegen die sie opponieren, zumindest als das bezeichnen, was sie sind. Doch in der BRD scheut man sich, das Kind beim Namen zu nennen.

Hier bevorzugt man die Bezeichnung 'Ausländerfeindlichkeit', die sich inzwischen gerade auf der Linken als Sammelbegriff für das, 'wo gegen' man ist, etabliert hat. Gerade dieser Begriff aber trägt wesentlich zur Entstellung der tatsächlichen Sachlage bei. Es entsteht der Eindruck, es gehe im Wesentlichen um ein subjektives Problem - den Umstand, daß viele Deutsche Ausländern 'feindlich' gegenüberstehen - nicht aber um die objektive staatlich organisierte und in allen Bereichen der Gesellschaft wirksame Diskriminierung und Unterdrückung von Ausländern.

Wie problematisch der Begriff der Ausländerfeindlichkeit ist, zeigt al-

lein schon der Gebrauch, den rechte Politiker von ihm machen. Im Entwurf für ein neues Ausländergesetz der Bundesregierung heißt es, eine liberale Ausländerpolitik stoße 'in der deutschen Bevölkerung auf vielfache Ablehnung'. Ähnlich argumentiert der Baden-Württembergische Ministerpräsident Spöth, der vor kurzem warnte, eine Radikalisierung der öffentlichen Meinung werde die Folge sein, wenn die Zuwanderung von Asylsuchenden nicht gebremst würde. Auch rechte Politiker berufen sich gern auf die Ausländerfeindlichkeit. Sie tun es um rassistische Politik als Ausdruck eines vermeintlichen 'Volkswillens' zu präsentieren. Die Falschheit dieser Argumentationsweise liegt auf der Hand. Schließlich sind es gerade die Politiker, die sich so gerne auf die Ausländerfeindlichkeit berufen, die sie auch am lautstärksten schüren.

Um diesen scheinheiligen Argumenten wirksam zu begegnen, ist es erforderlich, die gesellschaftlichen Interessen, denen diese Politik tatsächlich dient, klar und deutlich zu benennen. Gerade dies wird aber durch den Begriff der Ausländerfeindlichkeit und den Gebrauch, der auf den Linken von ihm gemacht wird, erschwert. Er suggeriert, die Verhältnisse, denen Ausländer in der BRD ausgesetzt sind, seien Ausdruck der Bewußtseinslage der deutschen Bevölkerung. Damit verschwinden die wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die wirklich hinter der Ausländerunterdrückung und -hetze stehen, aus dem Blickfeld.

In Wirklichkeit ist der Rassismus weder Extremes, noch ein irgendwie aus der menschlichen 'Natur' entspringendes Bewußtseinsphänomen. Er ist ein Organisationsprinzip des modernen Kapitalismus, das in unterschiedlichen Formen in allen westlichen Industrieländern anzutreffen ist. Seine Wurzeln liegen nicht in der menschlichen Psyche, sondern in der Unterdrückung und Ausplünderung der Länder und Völker Afrikas, Asiens, des Nahen Ostens, Lateinamerikas und anderer ökonomisch weniger entwickelter Länder durch die den Weltmarkt beherrschenden imperialistischen Nationen (1). Rassistische Ideen - d.h. die Vorstellung, bestimmte Völker oder Rassen seien minderwertig - entstehen erstmalig mit der Herausbildung des Kolonialismus. Die brutale Ausmerzung und Unterjochung fremder Völker bedurfte einer ideologischen Legitimation. Diese wurde geschaffen, indem diese Völker als Heiden, Barbaren oder Untermenschen eingestuft wurden, denen gegenüber man sich keinerlei Rücksicht aufzuerlegen habe.

In England sehen zum Beispiel, wie im Zuge des 19. Jahrhunderts mit der Ausbreitung des Britischen Kolonialreichs die bürgerliche Intelligenz sich der Verherrlichung des Kolonialismus und der Schaffung von Rassen Theorien zuwandte. Ähnliches gilt für Deutschland, dessen

Expansionsgelüste zunächst vor allem Osteuropa galten und wo sich im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts rassistische Theorien gegenüber Polen und anderen Osteuropäischen Völkern ausdrückten. Spätestens gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts wird, mit der Entstehung des modernen Imperialismus, der Rassismus zu einem festen Bestandteil der Ideologie der herrschenden Klassen der führenden Industrienationen.

Der Einfluß dieser Ideologie auf das soziale und politische Leben der imperialistischen Länder selbst blieb zunächst beschränkt. Doch eine Reihe weiterer Faktoren führte dazu, daß der Rassismus sich zusehends zu einer einflußreichen Kraft auch innerhalb der Masse der Bevölkerung dieser Länder entwickeln konnte. Zwei Aspekte sind dabei besonders hervorzuheben.

In dem Moment, in dem das Kapital sich nicht mehr darauf beschränkte, Rohstoffe aus den kolonisierten Ländern zu beziehen oder Waren und Kapital dorthin zu exportieren, sondern begann, auch Arbeitskräfte von dort in die Industrieländer selbst zu importieren, wurde eine wesentliche Voraussetzung für die Ausbreitung des Rassismus geschaffen. Mit dem Beginn der Arbeitsimmigration wurde die Unterdrückung der kolonialen Völker, die sich zunächst in den Kolonien abspielte, in die Industrieländer selbst getragen. Ein besonders anschauliches Beispiel für diesen Vorgang liefern die USA, wo der Rassismus schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt, durch die Einführung der Sklaverei, zu einem entscheidenden Element der sozialen Beziehungen wurde.

Ähnliches gilt, wenn auch unter anderen Bedingungen, für Südafrika. Im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelte sich Südafrika durch die Errichtung eines perfektionierten Systems der Rassenausbeutung und -unterdrückung aus einer Kolonie Großbritanniens zu einem selbstständigen imperialistischen Industriestaat, dem eine ganz entscheidende wirtschaftliche, politische und militärische Rolle beim Erhalt kapitalistischer Verhältnisse in der ganzen südlichen Hälfte des afrikanischen Kontinents zukommt.

Der Antisemitismus, der in Deutschland zu der barbarischsten Form des Völkermords in der modernen Geschichte führte, ist ein mancher Hinsicht ein Sonderfall. Denn die Ursachen des modernen Antisemitismus liegen weder in der Eroberung des Weltmarkts noch in der Arbeitsimmigration, sondern in der gewaltigen sozialen Erschütterungen, die ab Ende des 19. Jahrhunderts ganz Ost- und Westeuropa erfaßten. Auf diese kann hier nicht eingegangen werden. Festzuhalten ist, daß der Anti-Semitismus, trotz seiner spezifischen materiellen Wurzeln, ein herausragendes Beispiel dafür ist, wie und mit welcher barbari-

schen Folgen der Rassismus sich in Krisenzeiten zu einer sozialen Gewalt entwickeln kann.

In Westeuropa kommt es mit Beginn der Arbeitsimmigration zur Einführung von Gesetzen und anderen staatlichen Maßnahmen, deren Zweck darin besteht, die Einwanderung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitskräfte so zu gestalten, daß sie dem Profitinteresse des Kapitals und anderen politischen und sozialen Interessen des Systems optimal gerecht werden. Ausländische Arbeiter werden per Gesetz von den üblichen sozialen und politischen Rechten, die der einheimischen Arbeiterschaft eingeräumt werden, ausgeschlossen. Ihnen wird ein Sonderstatus als Menschen zweiter Klasse zugewiesen, wodurch sie zu einer besonders kostengünstigen, jederzeit abrufbaren Verfügungsmasse des Kapitals werden.

Die Vorzüge einer solchen Spaltung des Arbeitsmarkts preist eine Studie des Preußischen Handelsministeriums aus dem Jahre 1895, in der festgestellt wurde:

'Beschränkte kann die Industrie auf inländische Arbeiter, so würde bei einem Rückgang der Industrie eine größere Anzahl von Arbeitern brotlos und vermehren sich dadurch die unzufriedenen Elemente. Dagegen könne man ausländische Arbeiter in solchem Falle ohne weiteres abstoßen' (2).

Durch die Einführung von Sondergesetzen wird die Unterdrückung von ausländischen Arbeitskräften, die sich vormals in den Plantagen und Bergwerken der kolonialen Gebiete abspielte, in den westlichen Industrienationen selbst reproduziert.

Dementsprechend kommt es auch zur Ausbeutung und Vertiefung der rassistischen Ideologie. Die Propagierung rassistischer Ideen, Ängste und Vorurteile nimmt in der bürgerlichen Politik und Propaganda gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts immer breiteren Raum ein. Im deutschen Reich der achtziger Jahre wurde zum Beispiel die 'Überfremdung' Deutschlands durch 'unzivilisierte', 'kriminelle', 'feudale' und 'politisch unzuverlässige' polnische Wanderarbeiter bereits zum Reizthema Nummer 1 Deutschnationaler Politiker und ihrer Presse. Schon früh erkannte man, daß die Diskriminierung ausländischer Arbeiter geeignet ist, die gesamte arbeitende Bevölkerung nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ideologisch zu disziplinieren. So stellte eine weitere Studie des Preußischen Innenministeriums fest, die jährliche zwanghafte Rückführung polnischer Wanderarbeiter sei das einzige Mittel 'auch der heimischen Bevölkerung immer wieder zum Bewußtsein zu bringen', daß ausländische Arbeiter nur geduldete Fremdlinge seien' und somit zu vermeiden, daß 'die ausländisch-polnischen Arbeiter zu einer Eheschließung mit einer deutschen Staatsangehörigen und Gründung

einer Familie schritten' (3). Schon früh stellte sich heraus, daß die Einführung eines gespaltenen Arbeitsmarkts die Institutionalisierung des Rassismus in der Gesetzgebung und der gesellschaftspolitik mit sich bringt.

Aber dies erklärt nicht, wieso der Rassismus auch innerhalb der arbeitenden Bevölkerung an den Boden gewinnt. Der Umstand, daß der ausländische Arbeiter dem einheimischen auf dem Arbeitsmarkt als Konkurrent gegenübertritt, der zudem häufig gezielt als Lohndrücker eingesetzt wird, ist hierbei sicher ein nicht zu unterschätzender Faktor. Doch auch ohne den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte gehört das Bemühen, verschiedene Teile der Arbeiterklasse gegeneinander auszuspielen, schon immer zum Instrumentarium unternehmerischer Strategie. Es gelang der Arbeiterschaft jedoch meistens, durch gewerkschaftliche Organisation solchen Spaltungsbestrebungen entgegenzuwirken. Daß dies im Fall der Ausländerbeschäftigung nicht so ist, daß es gelingt, die Spaltung der Bevölkerung in in- und ausländische Arbeitskräfte auf ideologisch innerhalb der Arbeiterklasse durchzusetzen, ist das Resultat politischer Einflüsse, die innerhalb der Arbeiterbewegung wirksam werden.

Um diese zu begreifen ist es notwendig, auf die Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen einzugehen, die gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts in den Industrieländern eintritt. Wie schon gesagt, ist der Rassismus nicht, wie oft behauptet wird, ein subjektives oder psychologisches Phänomen, das einer irgendwie in der menschlichen Natur verwurzelten 'Abneigung' gegenüber fremden oder anders-aussehenden Menschen entspricht. Seine Wurzeln sind, wie wir uns zeigen bemüht haben, materielle, gesellschaftlicher Natur. Der Nährboden für die Entwicklung des Rassismus entstand mit der Unterdrückung der wirtschaftlich weniger entwickelten Weltgebiete. Es entfaltet sich weiter mit der Entstehung der modernen kapitalistischen Arbeitsimmigration. Aber daß der Rassismus dann tatsächlich zu einer einflußreichen Ideologie in der Gesellschaft wird, erklärt sich durch einen weiteren Faktor: dem Einfluß des Nationalismus.

Rassistische Ideologie ist letztlich nichts anderes als eine Erscheinungsform des Nationalismus. Ihr Einfluß innerhalb der Gesellschaft kommt in demselben Maße zum Tragen, in dem der Nationalismus die Ideen der arbeitenden Bevölkerung in den Industrienationen zu prägen beginnt.

Dieser Prozeß beginnt mit der Entwicklung des Imperialismus gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Zur Spaltung der Welt in ausbeutende und ausgebeutete Nationen, die zu diesem Zeitpunkt bereits

abgeschlossen ist, kommt nun auch die zunehmende Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz der Industrienationen untereinander. Damit werden internationale Konflikte und Spannungen, die sich schließlich in den beiden Weltkriegen des zwanzigsten Jahrhunderts und in unzähligen lokalen Kriegen entladen, zu einem prägenden Element des Kapitalismus.

Aber auch in Inneren der führenden Industrienationen kommt es in diesem Zusammenhang zu einem bedeutenden gesellschaftlichen Wandel. Der durch die Ausbeutung der restlichen Welt und das enorme Wachstum der Produktivkräfte in den imperialistischen Ländern angehäufte Reichtum ermöglicht es der herrschenden Klasse, soziale Reformen einzuführen und einen, wenn auch kleinen, Teil des geschnittenen Reichtums in Form von besseren Löhnen, verbilligten Konsumgütern und sozialen Leistungen an die arbeitende Bevölkerung zu verteilen. Damit entsteht die materielle Basis für ein gewisses Maß an sozialer Harmonie und Klassenübergreifendem gesellschaftlichen Konsens. Eine privilegierte Schicht von Arbeitern bildet sich heraus, die beginnt ihr eigenes materielles Interesse mit dem Erfolg der 'eigenen' Deutschen, Britischen oder Französischen Industrie und Wirtschaft zu identifizieren. Damit hört der Nationalismus auf, nur eine Ideologie der herrschenden Eliten zu sein. Er findet Eingang unter der Masse der arbeitenden Bevölkerung.

Die Führung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung spielt in diesem Prozeß eine entscheidende Rolle. Durch Reformen, wie der Zulassung von 'Gewerkschaften', der Erweiterung des Wahlrechts und der Schaffung 'sozialer Einrichtungen', zum Beispiel der Kranken- oder Altersversorgung, werden den Funktionären der Arbeiterbewegung erstmals Möglichkeiten der Kooperation und Einflußnahme im bürgerlichen Staat eröffnet. In jedem imperialistischen Land beginnt die Führungsschicht der Arbeiterbewegung zu Ende des neunzehnten Jahrhunderts, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung mit dem Erhalt und dem Ausbau ihrer eigenen Positionen innerhalb des Staates gleichzusetzen. Damit tritt ein entscheidender Wandel in der Politik der Arbeiterbewegung ein: an die Stelle der Feindseligkeit oder zumindest des Mißtrauens gegenüber dem Unternehmerstaff tritt die Kooperation in der Verwaltung des Systems; an die Stelle des Anspruchs, die Interessen der arbeitenden Menschen aller Länder und Völker zu vertreten, tritt die Identifikation mit dem Wohlergehen der 'eigenen' Nation und ihres Staats, dem man sich jetzt zugehörig fühlt.

Damit bereitet sich die politische Spaltung der internationalen Arbeiterklasse vor, die im Jahre 1914, als die sozialdemokratischen Parteien aller Nationen die Arbeiter zur Unterstützung ihres jeweiligen Staats im ersten Weltkrieg aufrufen, erstmals eklatant zum Tragen kommt. Die Vorstellung, Arbeiter könnten ihre Interessen am besten durch ihren 'eigenen' Staat realisieren, führte zur politischen Zerrüttung der internationalen Arbeiterbewegung und zur Unterordnung der arbeitenden Bevölkerung unter die nationalen Interessen ihrer jeweiligen Unternehmerklassen. Die Auswirkungen dieses Vorgangs wurden schon zu Beginn des Jahrhunderts deutlich, als führende deutsche Sozialdemokraten sich für den Erwerb deutscher Kolonien in Afrika und für repressive Maßnahmen gegen die

Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte aussprachen (4). Die Vorstellung, ausländische Arbeiter seien ein Problem oder eine Bedrohung für deutsche, der deutsche Imperialismus hingegen eine zivilisatorische Wohltat für die unterdrückten Völker der Welt, galt nun auch innerhalb der Arbeiterbewegung als konsensfähig. Die Grundlage für das Eindringen rassistischer Vorstellungen in breite Schichten der Gesellschaft war somit geschaffen.

Die Erfahrung zweier Weltkriege und der faschistischen Diktatur hat dazu geführt, daß der Nationalismus in der heutigen Gesellschaft wesentlich tiefer verankert ist, als es zu Anfang des Jahrhunderts der Fall war. Immerhin gab es bis Mitte der zwanziger Jahre einflussreiche oppositionelle Strömungen, die der chauvinistischen Ideologie der offiziellen Arbeiterparteien eine internationalistische Politik der Arbeitersolidarität entgegenstellten. Heute hingegen gilt es sozusagen als natürlich, nationalist zu sein. Die Vorstellung, als deutscher Arbeiter verbinde einen mehr mit deutschen Unternehmern als mit ausländischen Arbeitern - seien sie Amerikaner, Afrikaner oder Belgier - ist inzwischen selbstverständlich geworden. Ebenso selbstverständlich ist es heute, den deutschen Staat nicht als politisches Organ der Unternehmerklasse, sondern als eine neutrale, allen Teilen der Bevölkerung dienende Einrichtung zu betrachten. Solange dies der Fall ist, werden nationalistiche und rassistische Ideen ihren Einfluß innerhalb der Gesellschaft bewahren und - gerade in Krisenzeiten - auch erweitern können.

Aus all dem folgt, daß der Kampf gegen den Rassismus im Wesentlichen ein Kampf gegen den Nationalismus zu sein hat. Um dem Rassismus wirksam zu begegnen, muß die Vorstellung, deutsche Arbeiter hätten mehr gemein mit deutschen Unternehmern als mit Arbeitern anderer Länder, zu einem zentralen Gegenstand politischer Auseinandersetzung gemacht werden. Denn es ist letztlich diese Vorstellung, aus der der Rassismus seinen Einfluß in der Gesellschaft bezieht.

LITERATURHINWEISE

(1) Zur Theorie des Rassismus siehe Darmstädter Initiative gegen Rassismus, Hg., **Die Wurzeln des Rassismus**, eine Übersetzung des Werks *The roots of racism*, der Britischen Kampagne Workers Against Racism, London 1985.

(2) Ulrich Herbert, **Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880-1980**, Bonn 1986, S.50.

(3) *ibid.*, S.24

(4) Siehe: Internationaler Sozialisten-Kongreß in Stuttgart, 18.-24. August 1907, in: **Beiträge zur Geschichte des Sozialismus und der sozialen Bewegungen in Süddeutschland**, 2 Bde., Stuttgart 1977.

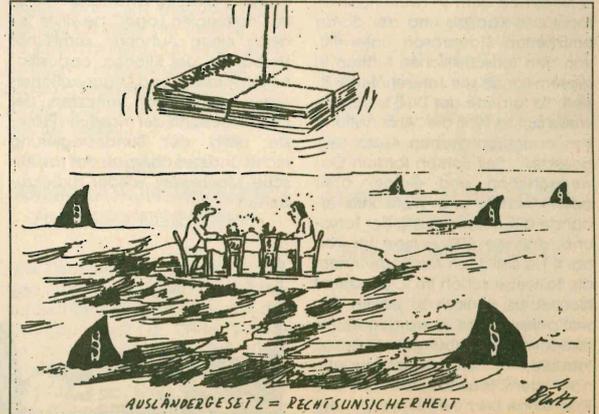
Initiative gegen Rassismus: "Für eine antirassistische Bewegung in der Bundesrepublik", 3. überarbeitete Auflage, 43 Seiten, ISBN 3-927682-00-4, DM 4,- zzgl. DM 2,- Versandkosten.

WOHIN TREIBT DAS DOITSCHTUM - WAS TUN?

Angesichts der jüngsten, teils spektakulären Wahlerfolge von Republikanern, DVU und NPD und schon länger von offizieller Seite zu hörenden nationalistischen Tönen, trifft eine Gruppe aus dem 3. Welt Laden Losheim eine Einschätzung dieser rassistisch-faschistoiden Tendenzen und der Perspektiven für eine Gegenbewegung.

1. Die BRD ist ein Einwanderungsland. Es hat in der Geschichte immer Bevölkerungsbewegungen gegeben. Auch unsere Vorfahren sind irgendwann einmal in dieses Land eingewandert.

2. Angesichts der jahrhundertelangen Ausbeutung von Süd- und Mittelamerika, Afrika, Asien, Australien und Ozeanien durch Europa und die USA - eine Ausbeutung, die heute auf einem höheren Niveau und mit ausgeklügelteren Techniken erfolgt - können Flüchtlinge aus diesen Ländern berechtigterweise jederzeit Anspruch auf die geraubten Güter geltend machen. Jenseits der in diesem Land gegenüber Flüchtlingen so gerne praktizierten caritativ-pädagogischen Mildtätigkeit können die aus der Vertreibung und Entwurzelung von Millionen Menschen resultierenden weltweiten Wanderungsprozesse auch als "Rache der Entlebten" verstanden werden.



5. Die notwendige Gegenbewegung kann sich weder in rot-grün noch in anderen Schreibstuben entwickeln.



3. Offene Grenzen nicht nur für's Kapital sondern auch für Menschen gibt es nur, sofern dies ökonomisch erwünscht ist (z.B. Gastarbeiter, Ostflüchtlinge in den 50er Jahren). Die europäischen Nationalisten - vorne dabei die BRD- betreiben bereits heute eine rigorose Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen. Im Zuge der Verwirklichung eines einheitlichen EG-Binnenmarktes soll mit der Harmonisierung des Asylrechtes auf niedrigstem Niveau diese Ausgrenzungspolitik ausgeweitet werden.

4. Ausländergesetze, so liberal sie auch sein mögen, sind immer Selektionsmechanismen. Es sind Sondergesetze für eine andere Klasse von Menschen und eine der legalen Grundlagen für Rassismus. Sich für ein liberaleres Ausländergesetz einzusetzen, heißt nichts anderes als die Akzeptanz staatlich institutionalisierter Diskriminierungs- und Ausgrenzungspolitik. Wenn überhaupt Gesetze, dann für alle Menschen in diesem Land, gleich welcher Hautfarbe und Herkunft. Anders gesagt: Alle Menschen sind gleich, niemand ist gleicher.

Aber wir müssen die Risse in den herrschenden Blöcken (z.B. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen...) sehen und nutzen, ohne damit deren Spielregeln anzuerkennen.

Ziel muß ein massenhafter Widerstand sein, der sich eher durch Lebendigkeit als durch Bürokratisierung und Institutionalisierung auszeichnet; eine Bewegung, die die Straße erobert und den öffentlichen, politischen und kulturellen Raum besetzt. Schließlich bedeutet "Multikulturelle Gesellschaft" mehr als Folklore am Abend oder Döner Kebap um die Ecke.

Inhalt dieser Bewegung sollte neben Aktionen eine politische Debatte über soziale und ökonomische Ursachen faschistoider Tendenzen und ihre Funktionalisierung sein.

6. Die Konzentration auf REP, DVU und NPD beinhaltet die Gefahr, den staatlich - institutionalisierten und vorgesehenen Rassismus und seine offiziell anerkannten Propagandisten zu übersehen. REP, DVU und NPD bekommen unter anderem deshalb so viel Zuspruch,

weil alles, was sie sagen, in den letzten Jahren von etablierten Parteien und PolitikerInnen vorgeschagt und vorgedacht worden ist (Historikerstreit, Bitburg, späte Geburt, etc.). So beschränkt sich das deutsch - nationale und rassistische Potential bei weitem nicht nur auf DVU, NPD und REP.

7. Das penetrante Herauskehren des Doitschen (Boris, Steffi, Nationalhymne, Historikerstreit...) ist kein Zufall und keine beliebige Rand- bzw. Einzelercheinung. Hier wird über eine Uminterpretation der Geschichte wieder eine offiziell legitimierte nationalistische Identifikation vorgegeben.

Auch für Nicht - Rep, DVU'ler und NPD'ler muß es sich wieder lohnen doitsch zu sein. Man trägt wieder doitsch.

8. Die Gefahr besteht nicht so sehr in der erfolgten quantitativen Zunahme der Wahlergebnisse rechter Parteien und Gruppen, sondern daß dadurch der Blick für den Rassismus in anderen Verpackung verloren geht. Eine intelligenter Form des Rassismus bekommen wir seit einiger Zeit mit der Tarnkappe Ökologie versehen präsentiert. Hier dient die angebliche Überbevölkerung Mitteleuropas und der BRD als Grundlage für die Behauptung, Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen seien ökologisch nicht verträglich. Früher wurde dies auf die einfache Formel "Volk ohne Raum" gebracht. Ganz offensichtlich ist uns dieses völkisch - nationale Gedankengut erhalten geblieben.

Wir betrachten dieses Positionspapier nicht als endgültig und als der Weisheit letzter Schluß, sondern arbeiten weiter an dieser Thematik.

Kontakt über:
3. Welt Laden Losheim
AG Asyl - Rassismus
Weiskircherstr. 24
6646 Losheim

Zum Schäuble-Entwurf für ein neues Ausländergesetz:

Schönhuber registriert bereits mit!

Mit großem propagandistischem Aufwand betreibt die Bundesregierung derzeit den Versuch, noch in dieser Legislaturperiode ein neues Ausländergesetz zu schaffen. Das gegenwärtige Ausländergesetz von 1965 übernimmt in weiten Teilen Bestimmungen der unter den Nazis beschlossenen "Ausländerpolizeiverordnung" von 1938 und wird, da es die Verwaltung mit überflüssigen Vollmachten ausstattet und Ausländerinnen als mobile Puffer und Reservearmee dem Verwertungsinteresse des Kapitals und der daran orientierten Staatsräson unterwirft, von den fortschrittlichen Kräften in diesem Lande seit Jahrzehnten kritisiert. So forderte der DGB beispielsweise schon 1968 die "Abschaffung des anachronistischen Ausländergesetzes". Seit Jahren fordern Gewerkschaften und Grüne, aber auch Kirchen und Wohlfahrtsverbände die Anerkennung der Tatsache, daß die BRD angesichts von ca. 4 1/2 Millionen AusländerInnen, die teilweise schon im 4. Jahrzehnt hier leben, faktisch zu einem Einwanderungsland geworden ist. Sie fordern die Aufhebung jenes quasi-feudalen (-Un-)Rechtssystems, nach dem EinwandererInnen und Flüchtlinge bis heute in weitgehender Rechtslosigkeit gehalten und zu "Menschen 3.-4. Klasse" degradiert werden.

Daß die Bundesregierung sich nun dieser Thematik annimmt und im Eiltempo ein neues Gesetz aus der Taufe heben will, hat jedoch ganz andere Gründe: Schon 1983 erklärte Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung zur "Wende", die gleichzeitig den Beginn eines neuen deutschen Nationalismus markierte ("Gnade der späten Geburt"), "Aus den Schattens der Vergangenheit treten" etc.), er wolle bis 1990 den AusländerInnenanteil auf die Hälfte "abschmelzen". Das von der Bundesregierung im folgenden entwickeltes Modell einer "Rückkehrförderung" erwies sich jedoch als Flop: Nur wenige ausländische Familien ließen sich mit ein paar hundert Mark ködern und zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer bewegen. Mit ihrer Heißkampagne gegen politische Flüchtlinge im Jahr 1986 produzierte und verstärkte die Regierung nationalistische Erwartungen, die sich jedoch in der Folgezeit nicht befriedigen konnten: Angesichts von nicht einmal 100.000 Flüchtlingen im Jahr 1986 sprach sie von "Überflutung", "Überfremdung" etc. (Die FAZ titelte im Juni 1986 auf der ersten Seite: "Die Bundesrepublik ertrinkt im Asylantenstrom"), ohne jedoch die Zahl der Flüchtlinge langfristig senken zu können (1988: 103.000). Die rassistische Politik der Bundesregierung setzte eine Dynamik in Gang, die sich immer stärker gegen sie selbst richtete: Abspaltungen enttäuschter Nationalisten am rechten Rand der CDU führte zur Formierung der offen rassistisch auftretender Republikaner, welche sich selbst zu "Vollstreckern" der von der CDU/CSU gemachten Versprechen erklärten. Die von der Bundesregierung mitproduzierte Fremdenphobie wendet sich nun auch gegen ihr eigenes Klientel der Aus- und Übersiedler, von denen in diesem Jahr über eine halbe Million erwartet werden.

Vor diesem Hintergrund ist der -

durch eine Indiskretion vorzeitig bekanntgewordene - sog. "Zimmermann-Entwurf" aus dem Jahr 1988 in erster Linie als Versuch zu werten gewesen, weitere Abwanderungen nationalistisch gesinnter WählerInnen nach rechts durch eine betont ausländerfeindliche Ausgestaltung eines neuen Ausländergesetzes zurückzugewinnen. Der von einem schwülstigen Pathos getragene Entwurf ("Bewahrung des deutschen Volkstums") brachte zwar Zustimmung im "nationalen Lager" bewirkte jedoch einen Aufschrei sämtlicher Verbände, der Kirchen, oppositionellen Parteien und Organisationen sowie, wenn auch verhalten, der FDP. Angesichts der massiven Proteste blieb der Bundesregierung nichts anderes übrig, als das rassistische Machtwerk wieder zurückzuziehen.



Die Rahmenbedingungen für den vorliegenden neuen Entwurf für ein neues Ausländergesetz lassen sich auf der Grundlage des bisher Gesagten wie folgt bestimmen:

1. Das neue Gesetz muß dem Interesse des Kapitals an mobilen Arbeitskräften im Rahmen des sich konstituierenden europäischen Marktes ohne Grenzen Rechnung tragen: Ein kruder Nationalismus widerspricht den Verwertungsinteressen der Bourgeoisie, die in begrenztem Maß auch zukünftig auf außereuropäische Arbeitskräfte angewiesen ist.
2. Gleichwohl steht die Bundesregierung unter dem - selbst geschaffenen - Druck, die politische Initiative gegenüber den "Republikanern" zurückzugewinnen und eine glaubwürdige "Ausländerbegrenzungsolitik" zu betreiben.
3. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß die geschürften Ängste und Ressentiments auch auf "unsere Brüder und Schwestern" aus der DDR und anderen Ostblockstaaten übertragen werden, weil dies die "Wiedervereinigungs-" und Einverleibungsstränge der westdeutschen Kapitalstrategen empfindlich stören würde.
4. Keine Bundesregierung kann sich auf Dauer den Konflikt mit sämtlichen Verbänden sowie den Kirchen leisten. Den seit Jahren vorgebrachten Forderungen nach einer Absicherung des Aufenthalts zumindest für die seit Jahrzehnten hier lebenden Einwanderer/-innen müssen daher minimale Zugeständnisse gemacht werden.

Der neue Ausländergesetzentwurf wurde von der Bundesregierung sorgfältig vorbereitet und medienwirksam inszeniert. Vollständig wird eine "dauerhafte Gewährleistung der Rechtssicherheit" im Rahmen einer "weltoffenen und liberalen Ausländerpolitik" angekündigt. Andererseits soll die Abschiebung unerwünschter AusländerInnen forciert und eine "Abschiebungspflicht" im Gesetz festgeschrieben werden. Die "grenzüberschreitende internationale Zusammenarbeit" soll gefördert werden, aber: "Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland".

Diese wenigen Zitate machen schon deutlich, daß hier verschiedene Ausländergruppen gegeneinander ausgespielt werden sollen. Erst auf den zweiten Blick zeigt sich, daß die versprochenen Verbesse-

runge hauptsächlich verbaler Natur sind. Sie sind so geringfügig, sind mit so viel Ausnahmeregelungen versehen und betreffen daher so kleine Gruppen, daß es kaum lohnt, sie anzusprechen. Das Schwergewicht des Entwurfs liegt eindeutig im Versuch einer Abschottung der BRD gegenüber weiteren unerwünschten Einwanderer/-innen und Flüchtlingen sowie in der Installation eines schier unbeschränkten Repressions-Instrumentariums. mit dem vornehmlich Aktivitäten (exil-) politischer Gruppen und Parteien verfolgt werden sollen.

Eine ausführliche Darstellung der Einzelheiten des neuen Ausländergesetzes erscheint angesichts der komplizierten Materie an dieser Stelle nicht sinnvoll (Eine Zusammenfassung kann gegen Unkosten beim Asyl e.V. Hildesheim, Lessingstr.1, 3200 Hildesheim, Tel. 05121/132820 bestellt werden). An dieser Stelle mag es reichen, anhand einiger ausgewählter Beispiele den Charakter des Entwurfs zu verdeutlichen:

1. Einführung eines Rotationssystems

In §7 des Entwurfs ist festgelegt, daß zukünftig in der BRD zu gelassene Arbeitskräfte lediglich eine sog. "Aufenthaltsbewilligung" erhalten und, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, umstandslos wieder zurückgeschickt werden können!

2. Rückstufung von Aufenthaltstiteln

Eine trotz vorliegender Arbeitslosigkeit erteilte unbefristete Aufenthaltserlaubnis soll in eine befristete Aufenthaltserlaubnis werden können, sofern die Arbeitslosigkeit zwei Jahre andauert.

3. Abschiebungen

Das Asylverfahren soll drastisch beschleunigt werden, indem das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nicht nur über den Asylantrag, sondern auch über das Vorliegen anderer Gründe für ein Verbleiben in der BRD (z.B. Duldung, Anerkennung nach der Genfer Konvention etc.) eine Entscheidung trifft.

Weiter heißt es im Gesetzestext: "Die Duldung der Ausreisepflicht wird den Ausländerbehörden als gesetzliche Pflicht aufgegeben. Die Möglichkeit einer Duldung wird nur unter bestimmten Voraussetzungen und, sobald die Zulässigkeit der Abschiebung rechtskräftig feststeht, nur noch auf richterliche Anordnung oder bei objektiver Unmöglichkeit zugelassen."

4. Politikverbote und -beschränkungen

Eine Reihe von politischen Betätigungen soll verboten werden können, z.B. solche, die "Gewalt unterstützt bzw. ... hervorzurufen geeignet ist", oder eine solche, die "politische Bewegungen unterstützt, welche in der BRD Anschläge durchgeführt" oder auch nur "befürwortet" hat. Den Verboten unterliegt auch eine politische Aktivität, die "bestimmt ist, Parteien, andere Vereinigungen, Einrichtungen oder Bestrebungen außerhalb des Bundesgebietes zu fördern, deren Ziele oder Mittel mit den Grundwerten einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung unvereinbar sind." (§ 35)

Mit diesen - an den §129a und den laufenden PKK-Prozess erinnern den - Bestimmungen läßt sich nahezu jede exilpolitische Aktivität wirkungsvoll kriminalisieren. So richtig festgezurr wird der Maulkorb aber erst im §36, wo es u.a. heißt: "Die politische Betätigung eines Ausländers kann beschränkt oder untersagt werden, wenn sie geeignet ist, die politische Willensbildung in der BRD oder das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern oder von verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet, - die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der BRD zu beeinträchtigen..."

Die politische Betätigung kann weiterhin verboten werden, wenn sie "den außenpolitischen Interessen der BRD zuwiderläuft", oder wenn "der Ausländer nicht im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung ist" (z.B. AsylbewerberIn). konkret können z.B. "schriftliche und mündliche Meinungsäußerungen politischen Inhalts" oder die "Mitgliedschaft in Vereinen" verboten werden. Meldepflichten können auferlegt und Freizügigkeitsbeschränkungen - bis hin zum Verbot, die eigene Wohnung zu verlassen - erteilt werden! Es geht u.a. darum, "den störungsfreien Ablauf interna-

tionaler Konferenzen im Bundesgebiet oder des Besuchs von Staats- und Regierungsgästen oder offiziellen Delegationen im Bundesgebiet zu gewährleisten".

(§36,4) Denn, so die Begründung: "gerade ihre politische Betätigung kann für das Gastland erhebliche politische Probleme aufwerfen. Richtet sie sich gegen andere Staaten oder fremde Regierungen, so können hierdurch die auswärtigen Beziehungen des Gastlandes empfindlich belastet werden..."

Die Verbote bedeuten tendenziell eine Gleichschaltung der Interessen von Herkunfts- und Fluchtstaat - man will demnächst Panzer und Maschinengewehre made in Germany ungestört von lästigen Demonstrationen an Özal und andere Verbrecher verkaufen können. Hier wird besonders deutlich, was gemeint ist, wenn die Bundesregierung aus dem "Schatten der deutschen Geschichte" heraustreten will: Während des faschistischen Terrors in Deutschland war antifaschistische Flüchtlinge in Schweden ebenfalls jegliche politische Aktivität verboten. Ihnen drohte, wie auch politischen Flüchtlingen in der BRD (sofern dieses Gesetz so beschlossen werden sollte), im Falle von Verstößen dagegen die Ausweisung. Vor dem Hintergrund dieser repressiven Bestimmungen erscheint jeder Versuch, über Ausländerbeiräte und kommunales Wahlrecht zu ein bißchen mehr Demokratie zu kommen, unangemessen und lächerlich.

5. Ausweisungsgründe

Eine lange Reihe von Ausweisungsstatbeständen sowie das Festhalten an den unbestimmten "Gefährdung der IdGo" und "Sicherheit der BRD" sorgen dafür, daß für die Betroffenen eine noch größere Einschüchterung erfolgt als bisher. Nicht nur wiederholte Verstöße gegen die o.g. Politikverbote, sondern allein ein Bußgeldbescheid wegen eines Verstoßes gegen die Straßenverkehrsordnung kann theoretisch schon Ausweisung führen. Opfer werden zu TäterInnen gemacht: Drogenabhängige, Prostituierte oder Aids-Kranke müssen im Fall ihrer "Entdeckung" mit Ausweisung rechnen.

6. Todesstrafe

Eine Abschiebung ist theoretisch auch bei Gefahr drohender Folter oder Todesstrafe möglich: In der Begründung zur Auslegung der UN-Konvention gegen Folter und der EMRK heißt es:

"... aber das Bestehen der individuell-konkreten Gefahr muß mit derselben Wahrscheinlichkeit anzunehmen sein, die auch für den grundrechtlichen Asylanspruch der politisch Verfolgten gefordert wird. Deshalb genügt nicht eine nur negative Feststellung, daß das Bestehen einer der... genannten Gefahren nicht oder nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann." Man dürfe die Konventionen daher nicht "in ein generelles Abschiebungsverbot in bestimmte Staaten umdeuten".

Interview mit Kifayet Ana

Wir haben dieses Gespräch mit der Mutter Kifayet (Kifayet Kececi) geführt. Sie ist durch ihren Kampf zu einem Symbol bei den Knastwiderständen geworden. Wir veröffentlichen dieses Gespräch, von dem wir glauben, daß es einen Einblick in unsere jüngste Geschichte gibt und mit Interesse gelesen wird, zusammengefaßt.

Ich wurde am 1. Januar im Jahre 1937 in Kilis geboren. Mein Vater war Beamter in Iskenderun und dort bin ich zur Schule gegangen. Ich bin mit 13 Jahren verheiratet worden und nach Adana gezogen. Im Jahre 1953 habe ich meinen Sohn M. Emin Kececi bekommen, der im Jahre 1979 ermordet wurde. Meine Kinder Bekir und Sekip sind wegen ihrer Schulbildung nach Usak gezogen. Wir wollten sie nicht alleinlassen. Deshalb beschlossen wir im Jahre 1978 dort hinzuziehen. Die faschistischen Angriffe haben sich täglich verstärkt. Damit unsere Kinder gegen die faschistischen Angriffe Widerstand leisten konnten, wollten wir bei ihnen sein. Durch die intensiven faschistischen Angriffe waren wir jeden Tag beunruhigt und voll er Sorge. Wir hatten Angst, daß unsere Kinder eines Tages verletzt oder getötet würden. Statt jeden Tag auf eine schlechte Nachricht über meine Kinder zu warten, überlegte ich, mich selbst an diesem berechtigten Kampf zu beteiligen. Denn würde der Mensch nichts dagegen tun, macht er es den faschistischen Kräften noch einfacher. So lange meine Kraft ausreichte, habe ich versucht den Kampf durch Teilnahme an Demos und Versammlungen usw. zu unterstützen.

T.I. Können Sie etwas über ihren Sohn, der von den Faschisten ermordet wurde, erzählen?

Mein Mann sagte am 25. November 1979, daß er im Radio gehört hätte, daß unser Verwandter ein CHP (Sozialdemokratische Partei) Vorsitzender in Kilis von den Faschisten verletzt worden ist. Aber die schlimmste Nachricht brachte unser Sohn Sekip nach Hause. Mein Sohn M. Emin wurde von den Faschisten ermordet. Da habe ich den Schmerz über den Verlust eines Kindes zum ersten Mal erlebt. Das ist der größte Schmerz, den es in der Welt gibt. Für mich ist eine Welt zusammengebrochen, ich bin fast verrückt geworden, ich wußte nicht mehr was ich tat. Sogar bei der Beerdigung haben sie uns nicht in Ruhe gelassen.

T.I. Als sie diese schmerzhaften Tage erlebten, kam die Junta an die Macht.

Ja, als am 12. September die Junta an die Macht kam, haben wir in Izmir gewohnt. Wir sahen morgens, wie die Soldaten mit nackten Oberkörpern durch die Straßen marschierten und Märsche sangen.

Überall waren Panzer und Soldaten zu sehen. Die Soldaten drangen in die Häuser ein, schossen auf die Menschen, verprügelten sie auf offener Straße, zogen sie an den Haaren in die Polizei- und Militärautos. Jeder hatte Angst auf die Straße zu gehen. Alles was gesagt wurde, gerade von den Soldaten, wurde widerspruchslos angenommen. Einige von unseren Kindern haben sich in die Berge zurückgezogen.

T.I. Wie sind ihre Kinder festgenommen worden?

Der Vater meiner Kinder war schwer krank, der Arzt sagte sogar, daß es keine Hoffnung mehr gäbe. Er sagte aber, ich sterbe nicht ohne meine Kinder gesehen zu haben. Daraufhin wurden unsere Kinder benachrichtigt und sind auch gekommen. Kurz danach, am 27. Nov. 1980 haben wir ihn verloren. Am 25. Februar, daß war ca. 2 - 3 Monate später, wurde unser Haus abends überfallen. Sie haben uns alle mit Gewehrkolben, Faustschlägen und Fußtritten angegriffen. Als das alles passierte, schlief das 10 Monate alte Kind meiner Tochter Saniye in ihrer Wiege. Durch den Krach ist sie aufgewacht und fing an zu weinen. Einer von den Polizisten hat das Kind an der Windel gepackt und auf das Sofa geschmissen. Das Kind weinte vor Schmerzen. Der Polizist schrie das Kind an "Du versäuer kommunistischer Bastard, wieso schreist du so, sei ruhig!" Die Mutter warf sich auf das Kind und antwortete: "Mein Kind ist kein Bastard. Ihr seid Bastarde des Mörders Türkes" (Vorsitzender der MHP von den Grauen Wölfen).

Als meine Kinder weggebracht worden waren, haben sie angefangen meine Tochter Saniye zu schlagen. Als ich das verhindern wollte, haben sie mich auch geschlagen und an meinen Haaren gezogen und zu Boden geworfen. Noch dazu haben sie uns mit schlimmsten Schimpfwörtern beleidigt. Wir haben diese Beleidigungen zurückgegeben. Wir sind alle geschlagen und beleidigt worden, aber meine große Tochter Saniye blutete sehr stark aus Mund und Nase und hatte überall Wunden. Es ging ihr sehr schlecht. Zwei Tage nach dem Überfall bin ich durch das Weinen des Kindes aufgewacht und wollte meiner Tochter bescheid sagen, daß sie es stillt. Sie war aber nicht mehr im Bett.

(Hierbei weinte Kifayet Ana, deshalb unterbrachen wir das Interview)

Meine Tochter hatte die Außentür offengelassen und war nach draußen gegangen. Es regnete. Ich und ein Nachbar gingen sie suchen. Wir fanden sie gebückt sitzend auf einer Parkbank. Sie weinte und schrie: "Niemand wird meine Brüder hinrichten können. Einen meiner Brüder und meinen Vater habt ihr getötet, aber meine anderen beiden Brüder werdet ihr nicht mehr töten können!" Meine Tochter hat sich davon nie erholt. Seitdem ist sie eine Geisteskranke.

T.I. Konnten Sie ihre Söhne bei der Polizei (U-Haft) besuchen?

Die Kinder waren seit 14 Tagen verschwunden und ich hatte immer noch keine Nachricht. Danach erfuh ich, daß sie in Izmir Kanakaya sein sollten. Ich ging zum 1. Revier.

Als ich drinnen war, hörte ich die Stimmen der Gefolterten. Die Polizisten haben den Besuchern die blutige Wäsche von ihren Kindern mitgegeben. Ein Sohn von mir wurde mit einem gefälschten Ausweis festgenommen. Ich fragte nicht nach ihm, weil er mit Hilfe des Ausweises evtl. freigelassen werden könnte. Die Polizisten fragten: "Ist dein Sohn rechts oder links?" Da ich Angst um meine Kinder hatte, habe ich so getan, als wenn ich das nicht verstehen würde. Ich sagte: "Wir sind neulich nach Izmir umgezogen, ich weiß nicht, ob das rechts oder links ist, wir wohnen in Bayraklı."

Ich habe nicht rausfinden können, wo sie sich befanden. Nach 3 Monaten habe ich ein Telegramm bekommen, in dem stand, daß sie im Gefängnis sind und ich bin sofort hingegangen.

T.I. In welchem Zustand befanden sich Ihre Kinder?

In sehr schlechtem Zustand. Innerhalb von 3 Monaten waren nur noch Haut und Knochen übriggeblieben. Sie sahen aus wie alte Menschen.

T.I. Während sie im Gefängnis waren, gab es da Zeiten wo sie ihre Söhne nicht sehen konnten?

Ja, wir konnten uns nicht sehr oft sehen. Sie wollten Einheitskleidung einführen, aber unsere Kinder weigerten sich sie anzuziehen, deshalb haben sie Besuche und Briefe verboten. Unsere Kinder wurden in Einzelzellen verlegt und gefoltert.

T.I. Wußten Sie, warum Ihre Kinder sich geweigert haben?

Natürlich wußten wir es. Uns war schon bewußt, daß das eine Form der Unterdrückung war und nur ein Vorwand. Auch wenn sie das angezogen hätten, wären sie mit anderen Begründungen unterdrückt und gefoltert worden. Deshalb mußten sie dagegen Widerstand leisten. Wir sind mit noch einer Mutter jeden Tag dort hingegangen und haben unseren Kindern zugerufen: "Zieht diese Kleidungsstücke nicht an, wir verzichten auf den Besuch, Hauptsache ihr bewahrt eure Werte, die für euch wichtig sind!"

T.I. Wie habt Ihr Euch nach langer Zeit wieder eine Besuchsmöglichkeit erkämpft, was für Eindrücke haben Sie beim ersten offenen Besuch (Besuch ohne Trennscheibe, aber nur zu besonderten Anlässen, z.B. Feiertage) gehabt?

Der Hungerstreik hatte begonnen, da wir aber keine Briefkontakte hatten, bekamen wir nichts mit. Eines Tages, als ich vor dem Gefängnis war, schrien die Kinder, daß sie seit 13 Tagen im Hungerstreik wären. Wir haben erstmal die anderen Eltern benachrichtigt. Am 26. Hungerstreiktag standen wir mit 4 Müttern vor den Toren. Wir hörten sie Pöhlen rufen. Die Stimmen kamen aus der Tiefe (wie aus einem Brunnen). In dem Moment sahen wir ein Gefängnisauto parken. Unsere Söhne gingen zwischen den bewaffneten Soldaten. Alle waren erschöpft oder besinnungslos, einige auf Tragbahnen, einige schleppten sich nur noch so dahin; übereinandergestapelt wurden sie in das Auto geworfen. Wir haben uns vor das Auto gestellt und geschrien: "Wir wollen

wissen ob unsere Kinder leben oder nicht!" Wir haben das Auto mit unseren Armen umklammert und sie bekamen uns nicht los. Sie sagten, daß es hier einen Aufstand gäbe und haben die Polizei um Hilfe gebeten, obwohl wir nur 2 Mütter waren.

Die Polizei hat uns mit ihren Knüppeln verprügelt und versucht uns wegzujagen. Ich habe geweint. Zu dem Polizisten, der mich gerade schlug, sagte ich: "Mein Sohn, ich spüre deine Schläge nicht, weil mein Schmerz über meinen Sohn, der vor Jahren von den Faschisten ermordet worden ist, noch nicht vorbei ist. Wegen diesem Schmerz spüre ich von deinen Knüppelschlägen nichts!" Der Polizist war sehr jung und sagte: "Ich hasse diesen Beruf!" In diesem Moment bin ich ohnmächtig geworden. Sie haben versucht mir Wasser zu geben, aber ich habe es nicht genommen, weil ich gefastet habe und im Hungerstreik war. Die Kinder sind ins Krankenhaus gebracht worden. Als wir dort ankamen, stiegen sie gerade ins Auto. Die Behandlung hatten sie verweigert. Mein Sohn lag auf der Tragbahre. Zwischen den Beinen hatte er eine Blutflasche. Mein Sohn hatte Magenblutungen und blutete durch die Nase und im Magen. Mein Kind schrie: "Hunde der Oligarchie, ihr werdet uns nicht töten können, wir werden nicht sterben, wir werden noch mit euch abrechnen!"

Ich und andere Mütter schrien auch: "Wir werden unsere Kinder nicht von Faschisten töten lassen, dafür haben wir sie nicht großgezogen. Eure Lumpen werden sie niemals anziehen!" Die Soldaten haben uns mit Gewehrkolben, Faustschlägen und Fußtritten angegriffen. Ich hatte überall am Körper blaue Flecken und Wunden. Am 39. Hungerstreiktag wurden die Forderungen durchgesetzt und damit der Hungerstreik beendet. Das Besuchsrecht hatten sie sich erkämpft! Zum ersten Mal war ein offener Besuch erlaubt.

Wir dachten, daß sich unsere Kinder in sehr schlechtem Zustand befinden würden. Deshalb haben wir mit den anderen Familien abgemacht, daß wir nicht weinerlich und klagen erscheinen, damit die Faschisten der Junta sich nicht freuen. Im Gegensatz dazu waren alle fröhlich und in ihren Augen konnten wir die Freude über ihren erkämpften Sieg sehen. Wir haben uns umarmt, es wurde geklatscht und gepfiffen. Ich habe mich wie auf einer Hochzeit gefühlt.

Die Gefangenen riefen: "Der Sieg ist unser!" Wir riefen auch: "Die Zukunft gehört uns!" Ich hatte ein Stück Kuchen in meiner Hand versteckt, weil sie dort so etwas nie bekommen und es auch nicht mit hineingenommen werden darf. Den habe ich meinem Sohn gegeben. Er hat sich den Kuchen mit seinen Freunden geteilt.

T.I. Warum werden die Gefangenen verlegt?

Verlegungen werden während eines Widerstandes (z.B. Hungerstreik) oder danach angeordnet. Mit dieser Methode wollen sie den Widerstand niederschlagen.

Mein Sohn ist 1983 nach dem Hungerstreik von Buca nach Bursa verlegt worden. Die Stadt Bursa ist ein Paradies, aber das Gefängnis war

die Hölle. Weil mein Sohn sich verlegte, die von der Leitung bestimmten Bedingungen, wie Einheitskleidung und mit Faschisten zusammenzuleben, anzunehmen, hat er drei Monate isohaft bekommen und ist gefoltert worden. Durch seinen Widerstand im Gefängnis und meine Bemühungen draußen, konnten wir erreichen, daß er nach Antep verlegt wurde. Seit vier bis fünf Jahren ist er in Antep.

T.I. Und der andere?

Mein anderer Sohn ist nach Aydin verlegt worden. Auch dort dauerten die Unterdrückungen und die Folter an. Mehrere Male haben sie Hungerstreiks gemacht. Im Jahre 1988 als wir von dem Hungerstreik erfuhr, sind wir nach Ankara gefahren. Im IHD (Menschenrechtsverein) haben wir uns gesammelt und haben beschlossen vor dem Ministerium einen Hungerstreik und einen Sitzstreik zu machen. Früh morgens gingen wir in Zweier- und Dreiergruppen zum Güvenpark. Dort waren die Straßen ziemlich leer. Wir haben erstmal gewartet bis es voller wurde. Sonst hätte für uns die Gefahr bestanden, daß sie uns gleich festnehmen ohne daß uns jemand sieht. Als die Straßen voller wurden, sind wir zum Ministerium gegangen. Obwohl wir einen fertigen Antrag für den Minister hatten, wollten wir mit ihm reden. Ein paar Personen von der IHD und einige SHP-Abgeordnete waren auch dort. Als unser Besuch abgelehnt wurde, haben wir mit dem Sitzstreik begonnen. Die Polizisten haben uns eingekreist und versucht uns auseinanderzutreiben, aber sie haben es nicht geschafft. Es wurde beschlossen, daß der Antrag von mir vorgelesen werden sollte. Während ich vorlas, haben die Polizisten nochmal versucht uns auseinanderzutreiben.

Bei den Aktionsteilnehmern habe ich die Unruhe gespürt, daß sie jeden Moment auseinandergehen könnten. Deshalb sagte ich: "Ihr Mütter, Schwestern und Ehefrauen der Revolutionäre. Den berechtigten Kampf der Revolutionäre zu unterstützen, heißt auch hier Widerstand zu leisten. Laßt uns nicht weggehen." Wir sind geblieben.

Die Journalisten wollten mit uns sprechen. Da wir aber dachten, daß sie Zivilpolizisten sein könnten, haben wir es abgelehnt. Unsere Aktion dauerte von morgens bis abends 17 Uhr an. Um unseren Hungerstreik fortzusetzen, sind wir zum IHD gegangen. Weil wir nicht vorbereitet waren, haben wir uns mit 20 Personen 2 Decken geteilt. Die Bücher waren unsere Kopfkissen. Nach 2 Tagen stand fest, daß unser Hungerstreik länger dauern würde und sie brachten uns Betten.

T.I. Wie war das Interesse an dem Hungerstreik beim Volk?

Während des Hungerstreiks hat das Volk großes Interesse gezeigt. Unser Zimmer war voller Blumen. Eine Frau steckte mir einen Tallmann an und sagte: "Mutter, das ist Deiner würdig."

Am 10. Hungerstreiktag wollten wir ein Telegramm zum Ministerium schicken und sind gemeinsam zur Post gegangen. Unter uns waren auch Künstler und Schriftsteller. Wir gaben dann dort eine Pressekonferenz. Während des Streiks haben die Journalisten großes Interesse gezeigt, aber in den Zeitungen er

Fortsetzung Seite 14

Interview mit Kifayet Ana

schien nicht viel darüber. Die Journalisten sagten, daß die Regierung auf sie Druck ausüben und dadurch die Veröffentlichungen einschränken würde. Nach unseren Aktionen beim Ministerium erklärte sich eine Person bereit, mit uns zu reden. Es wurde beschlossen, daß ich hingehöre. Bei diesem Gespräch habe ich dem Minister unser Anliegen erklärt. Nachdem er sich alles gleichgültig angehört hatte, sagte er: "Sollen sie doch sterben, ist mir doch egal!" und brach das Gespräch kurzerhand ab. In aller Eile haben sie mich rausgeschmissen. Es war nicht auszuhalten. Ich schrie: "Euer Staat rettet die Aysel aus Bulgarien (gemeint ist Aysel Zehir, die aufgrund des Hungerstreiks 1985 schwer gesundheitlich geschädigt wurde, so daß sie in ständiger Bewußtlosigkeit lebt), aber die einheimischen Aysels leben in ständiger Bewußtlosigkeit (körperlich und geistig behindert). Die arbeitslosen Aysels müssen sich prostituieren!" Die Polizisten hielten meinen Mund zu, woraufhin ich in ihre Hände biß. Schließlich sagten sie: "Kommt morgen um 11 Uhr, dann werden wir euch über eure Kinder informieren."

Das war aber eine Falle. Als wir am nächsten Morgen dort ankamen, wurden wir von speziellen Polizeieinheiten belagert und angegriffen. Bei diesem Angriff wurde ich ohnmächtig. Als ich im Krankenhaus aufwachte, hatten sich die Polizisten um mich herum gesammelt. In diesem Moment haben sie versucht mir ein Serum zu geben. Ich habe die Behandlung abgelehnt, weil ich im Hungerstreik war. Dann wurde ich von den Polizisten zum DAL (Staatsuntersuchungslabor-Folterzentrum) gebracht. Als sie mich ins Krankenhaus brachten, waren die anderen Hungerstreikenden schon von DAL gebracht worden.

TI.: Wie ist es Dir im DAL ergangen?

Es war schrecklich. Zwei Tage lang sind wir in mit Wasser gefüllten Einzelzellen festgehalten worden. Vor Kälte zitterte ich am ganzen Körper. Alles tat mir so weh, als wenn mir die Knochen gebrochen wären, ich war so erschöpft! Weil die Zelle immer unter Wasser stand, war es nicht einmal möglich sich zu setzen. Insgesamt waren wir 20 Personen, unter uns waren auch zwei Schülerinnen. Einmal konnten wir uns kurz

gen verdienen, diejenigen sind, die uns und unsere Kinder in diese Lage gebracht haben. Wir wurden freigelassen.

TI.: Führten Sie ihre Aktionen weiter nachdem Sie freigelassen worden waren?

Ja, wir führten den Hungerstreik fort. Als wir erfuhren, daß die Hungerstreiks in den Gefängnissen beendet waren, haben wir unseren Hungerstreik bei dem Essen, daß die Schülerinnen in Mülkiyeller Birliği



Kifayet Ana, einen Sohn hat sie verloren, zwei sind im Gefängnis

sehen. Sie befanden sich in einem schlechten Zustand. Es war ihnen anzusehen, daß sie gefoltert worden waren.

Danach sind wir vor das Staatssicherheitsgericht gestellt worden. Der Staatsanwalt hat versucht uns zu beleidigen. Ich habe gesagt, daß wir nichts Schlechtes gemacht hätten, im Gegenteil, wir hätten die berechtigten Forderungen unserer Kinder unterstützt und, daß diejenigen die eigentlich die Beleidigung

(Lehrerverein) gaben, auch beendet.

Am nächsten Morgen sind wir nach Aydin gefahren, um unsere Kinder zu sehen. Leider mußten wir dort erfahren, daß die Hungerstreiks nicht beendet waren. Unseren Kindern wurde Salz und Zuckerwasser verwehrt und noch dazu der Wasservorrat abgestellt. Vor dem Gefängnis haben wir mit einem Sitzstreik angefangen und die Polizisten haben uns auf Video

aufgenommen. Wir wollten, daß unser Feind sich schwarzärger und haben angefangen zu tanzen. Hinter uns war auch Fatma, die Mutter des Gefangenen Halil Öten. Sie hatte eine Operation und die Wunde war noch nicht geheilt und blutete, aber sie tanzte trotzdem mit uns. Die Polizisten versuchten uns zu beruhigen. Sie sagten über Megaphon durch: "Wenn ihr mit eurer Aktion nicht innerhalb von 3 Minuten aufhört, werden wir Gewalt anwenden." Und sie haben uns angegriffen. Sie haben mit Knüppeln, Gewehrkolben und Fußstiften unsere Rücken und Köpfe attackiert. Den Journalisten, die diese Ereignisse aufnehmen wollten, wurden die Fotoapparate weggenommen. Unter uns war auch ein 9-jähriges Mädchen, das auch mit uns in Ankara beim Hungerstreik war. Als die Polizisten ihre Mutter festnehmen wollten, klammerte es sich an ihre Beine um sie nicht loszulassen. Die Polizisten zogen es an den Haaren und schmissen es auf das Feld. Sie hatten das Kind so schwer verletzt, daß es blutüberströmte. Die Polizisten nahmen mehrere von uns fest, darunter auch ein Kind, aber nach unserem Widerstand konnten wir bis auf 7 Personen die übrigen befreien. Vor dem Gefängnis waren wir ca. 200 Angehörige, die diese Aktion durchführten.

TI.: Wie haben Sie erreicht, daß die Zahl der Aktionsteilnehmerinnen sich in den letzten Jahren gesteigert hat, obwohl in den ersten Jahren der 80iger Jahre diese Zahl nicht 2 - 3 Personen überstieg?

Nachdem die Ehemänner und Kinder ins Gefängnis gesteckt wurden, hatten die Familien finanzielle Schwierigkeiten. Um unseren Unterhalt zu bestreiten, machten einige Handarbeiten, andere paßten auf Kinder auf und übten andere Tätigkeiten aus. Außerdem hatten einige Angst bei den Aktionen, auch wenn diese legitim und berechtigt waren. Die durchgeführten Aktionen ha-

ben langsam die Angst davor verringert und dadurch erhöhte sich die Teilnehmerzahl.

TI.: Was waren eure letzten Aktionen?

Unsere letzten Aktionen waren zur Unterstützung des Hungerstreiks, wobei Mehmet Yalcin Kaya und H. Hüseyin Eroglu ermordet worden sind. In mehreren Gefängnissen sind Hungerstreiks durchgeführt worden. Weil die SHP sich gegenüber den Hungerstreiks unsensibel und sektiererisch verhalten hat, wurde in Adana das Parteibüro der SHP besetzt. Das Grab von Mehmet Yalcin Kaya wurde besucht und davor eine Gedenkminute abgehalten und Parolen gerufen.

TI.: Haben Sie Vorschläge, was im Ausland gemacht werden könnte?

Egal wo die Menschen leben, müssen sie sich gegen Ungerechtigkeit verhalten. Die Gefangenen und die Angehörigen versuchen ihr Leben unter sehr schwierigen Bedingungen zu führen. Egal wo die Menschen sich befinden, wenn sie sich moralisch und ökonomisch vermehrt solidarisieren, können diese schweren Bedingungen leichter überstanden werden.

TI.: Haben Sie noch etwas hinzu-zufügen?

Wie habe ich sie großgezogen, einzeln haben sie sie mir weggenommen, und wenn der schöne, prächtige Tag kommt, dann kommen sie sicher, sicher wieder. Ich werde auf sie bis zu meinem Tode warten. Ungewollt haben wir Sie leider ermüdet. Ihren Schmerz haben wir wieder aufgerührt. Danke für das Gespräch: Viel Kraft und Erfolg in Ihrem Kampf. Unsere Herzen sind immer bei Ihnen....

Schönhuber regiert bereits mit!

7. Einbürgerung

Trotz jahrelanger Apelle und Mahnungen hat sich der Entwurf nicht für die generelle Möglichkeit einer Zweistaatlichkeit (doppelte Staatsangehörigkeit) durchbringen können. Lediglich bei der sehr kleinen Gruppe der 16-21 jährigen mit acht jährigem Aufenthalt soll eine doppelte Staatsangehörigkeit akzeptiert werden. Es geht, wie es im Entwurf heißt, um die "Hinführung zu einer Loyalität zu unserem Staat".

Schien es zunächst so, als sei dem Gesetzesentwurf aufgrund unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten zwischen der CSU einerseits (Ihr war der Entwurf noch nicht schwarz genug) und CDU-Sozialausschüssen sowie FDP andererseits das gleiche Schicksal beschieden wie seinem Vorgänger, dem sog. "Zimmermann-Entwurf", muß nun nach der überraschenden Verabschiedung des Entwurfs durch das Bundeskabinett befürchtet werden, daß der Gesetzesentwurf noch in dieser Legislaturperiode durch alle Parlamentsinstanzen gejagt und verabschiedet wird. Zwar haben sich nahezu alle Verbände, Kirchen, Gewerkschaften und Basisorganisationen gegen den Entwurf ausgesprochen, aber noch ist nicht klar, wie weit diese Ablehnung trägt: Der bisher sehr grundsätzlichen Kritik z.B. der evangelischen Kirche stehen Positionen etwa des katholischen Büros gegenüber, das lediglich "Verbesserungsvorschläge" anzumelden ist. Die Strategie der

Regierung geht dahin, durch kleine Zugeständnisse an die Scharfmacher aus der CSU und die Kirchen/Wohlfahrtsverbände die unheilige Allianz dieser Ablehnungsfreunde zu durchbrechen und eine gesellschaftliche Mehrheit für ein neues Ausländergesetz zu gewinnen.

Die FDP hat schon deutlich gemacht, daß sie wegen dieses Gesetzes den Koalitionsfrieden nicht aufs Spiel setzen will: Als die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Liselotte Funke (FDP) vorsichtig Kritik an dem Entwurf übte, wurde sie ausgerechnet von Burkhard Hirsch mit den Worten zurückgepfiffen, wer den Gesetzesentwurf kritisiere, müsse sich scheitern "politisch verantworten" können.

Butterweich sind bisher auch die Stellungnahmen der SPD: Einerseits wird Kritik laut, andererseits "konstruktive Zusammenarbeit" angeboten. Zwar hat die Partei einen eigenen Gesetzesentwurf vorgelegt, gleichzeitig jedoch deutlich gemacht, daß sie das Thema möglichst aus dem Wahlkampf im nächsten Jahr heraushalten will. Überdies gibt der Entwurf der SPD auch keinen Anlaß für die Hoffnung auf eine grundsätzliche Abkehr vom Prinzip der rechtlichen Unterprivilegierung von Einwanderern/-innen und Flüchtlingen...

In den nächsten Monaten wird es also darauf ankommen, einen möglichst großen öffentlichen Druck gegen den vorliegenden Ent-

wurf zu entwickeln und dabei insbesondere auch Kirchen, Verbände und Gewerkschaften einzubinden. Denkbar wären auch Kampagnen unter dem Motto "Ein Mensch-Eine Stimme", "Ausländerinnen und Deutsche - gleiche Rechte" etc.pp.

Nur wenn es uns gelingt, das von der Regierung produzierte Trugbild eines die Rechte von Einwanderern/-innen angeblich verbessernden Gesetzes zu zerstören und den repressiven Charakter des vorliegenden Entwurfs aufzudecken, haben wir eine Chance, das rassistische Machwerk noch zu verhindern.

Langfristig werden wir uns jedoch erst dann von mühsamen Abwehrkämpfen verabschieden und in die Offensive gehen können, wenn Einwanderer/-innen und Flüchtlinge aufhören, sich von Wohlfahrtsverbänden und Ausländerbeiräten vertreten zu lassen, und für ihre eigenen Interessen und Rechte auf die Straße gehen.

Kai

Rüstungsexport = Mord



Rüstung wird eingesetzt ...

Mit bundesrepublikanischer Rüstung wurde bzw. wird Krieg geführt: z.B. im Iran/Irak; z.B. zur Unterdrückung der türkischen und peruanischen Opposition; z.B. zur Vorbereitung von Angriffskriegen (U-Boote für Südafrika) ...

... mit Billigung der Bundesregierung

Trotz Abrüstungseuphorie ist die Bundesrepublik das viertgrößte rüstungsexportierende

Land. Rüstungsindustrie und Genehmigungsbehörden scheuen zwar das Licht der Öffentlichkeit. Aber illegale Exportgeschäfte sind Ausnahmen. Die Regel ist die Genehmigung durch die Bundesregierung.

Stoppt den Rüstungsexport!

Die Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" arbeitet gegen diese Praxis. 1988 z.B. konnte die Lieferung wichtiger MBB-Militärelektronik an Südafrika verhindert werden. Recherche, Information der Öffentlichkeit und Aktionen sind unsere Mittel. Wir wollen diese Arbeit weiterführen! Dazu sind wir aber auf Ihre bzw. Eure Mitarbeit angewiesen. Über Möglichkeiten zur Mitarbeit oder Unterstützung informieren wir gerne.

Bundeskonkreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) - Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", Buchstr. 14/15, 2800 Bremen 1 Tel. 0421/32 60 45

- 0 Ich will erst mal Belege für die obigen starken Behauptungen sehen. Senden Sie mir entsprechende Informationen zu.
- 0 Ich will mehr über Möglichkeiten der Mitarbeit bzw. die Rüstungsindustrie in meiner Region erfahren. Für die Zusendung entsprechender Materialien lege ich 5DM in bar bei.

Absender: (Name, Anschrift, PLZ/Ort, Telefon)

NEUER TERROR DES BAATH-REGIMES GEGEN DIE OPPOSITION IM IN- UND AUSLAND

In den letzten Monaten verstärkte der irakische Geheimdienst seinen Terror gegen die demokratische und kommunistische Exilopposition. Vier irakische Oppositionelle wurden im Ausland bzw. im Grenzgebiet Irak-Iran ermordet.

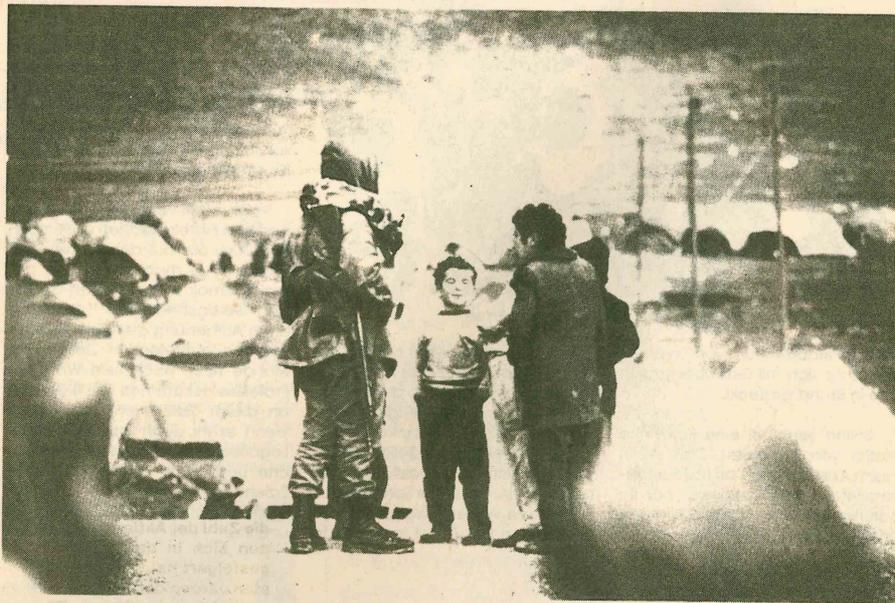
1 - Pakistan

In der Nacht vom 8./9. Oktober 1989 wurde der irakische Bürger **Salaam Adel Khadir** in der pakistanischen Stadt Rawalpindi von Agenten des irakischen Regimes ermordet. Die daraufhin von anderen irakischen Emigranten organisierte Protestdemonstration wurde durch die pakistanischen Sicherheitskräfte zerschlagen. Dabei wurden 23 Menschen verletzt und viele verhaftet. Diese Praxis zeigt die Zusammenarbeit der irakischen und pakistanischen Sicherheitsapparate bei der Unterdrückung der irakischen Exilopposition.

(Quelle: Protestbrief des Irakischen Frauenverbandes, der Irakischen Demokratischen Jugendunion und der Generalunion der Studenten in der irakischen Republik an die Staatspräsidentin Pakistans Benazir Bhutto.)

2 - Schweiz

In der Nacht vom 10. 12. 1989 wurde **Khaled Arif Osman** in seiner Wohnung in Zürich ermordet. Erst am 17. 12. wurde die Tat bekannt. Die von der Polizei festgestellte Professionalität des Mordes spricht für die Vermutung, daß der irakische Geheimdienst auch für den Tod **Khaled Arif Osmans** verantwortlich ist. Khaled war Mitglied der PASOK, einer kurdischen Oppositionspartei.



3- Irak, befreite Zone an der Grenze zu Iran

Am 23.11.1989 wurden im Dorf Nokam zwei Kader der oppositionellen Organisation "Revolutionäre Kommunisten" durch Agenten des irakischen Regimes ermordet. Die beiden waren: **Mujip Al-haschemy (Salim)**, geboren 1952 in Bagdad (Bab al-Scheich) und **Salman Al-Nassery (Suher)**, geboren 1956 in

Al-Nasriya.

(Quelle: "Fahne der Revolution" - irakische Widerstandsgruppe, Revolutionäre Kommunisten.)

Außerdem soll erneut ein Giftgasanschlag auf die irakischen Kurden in der Türkei durchgeführt worden sein. Schon früher war versucht worden, die Menschen, die seit ihrer Flucht vor den irakischen Giftgasangriffen 1988 ohne sicheren Status in Lagern leben, mit Thallium zu vergiften. In der letzten Dezemberwoche 1989 soll es durch mit Rattegift versetztes Essen erneut meh-

tere Tote gegeben haben. (Quelle: Brief aus dem Irak vom 22.11.1989.)

Dieser brutale Terror gegen die irakischen Flüchtlinge im Ausland ist nicht neu. Er ist die Fortsetzung der Unterdrückung jeglicher Opposition im Irak selbst. Dabei ist die Folter und Liquidierung politischer Gegner ein für das Baath-Regime übliches Mittel. In dem Brief aus dem Irak vom 22.11.1989 werden Gerüchte erwähnt, nach denen Dr. Kemal Musher, ein progressiver Professor der Geschichte an der Humanisti-

schen Fakultät von Bagdad, zusammen mit einigen Schriftstellern hingerichtet worden sei.

Unter den tausenden politischen Gefangenen im Irak, die ohne Prozeß gefangengehalten und brutal gefoltert werden, befinden und befanden sich auch die beiden kurdischen Schriftsteller Muhammad Mukri und Hama Karim Arif. (Quelle: Brief des kurdischen Schriftstellerverbandes/Schweden an die Schriftsteller der Welt.)

Nachdem das Baathregime in den letzten Jahren schon viele Schriftsteller und Dichter - unter ihnen die Kurden Muharram Muhammad Amin, Abdul Khaliq Maroof (Erbil) und Schakir Fatah (Süleymaniye) - ermordet hat, ist es durchaus möglich, daß auch Muhammad Mukri und Hama Karim Arif getötet wurden. Auf jeden Fall ist ihr Leben als Gefangene des Irakischen Regimes in großer Gefahr.

Wir fordern:

- Öffentliche Verurteilung des Terrors des Baath-Regimes gegen die Exilopposition!
- Anerkennung aller irakischen Flüchtlinge als politisch Verfolgte!
- Stopp der politischen und wirtschaftlichen Unterstützung für den Irak, solange sich dort das faschistische Baath-Regime durch Terror gegen das irakische Volk an der Macht hält!
- Offene Berichterstattung über die Situation im Irak und die wirtschaftliche und politische Unterstützung für das faschistische Baath-Regime durch die BRD!

(Abdruck der Irak-Information vom 4.1.1990, 7. Extranummer)

Anfang Seite 6

Die Kurdistan-Politik der Türkischen Republik

Staates führt, ist die Solidarität mit dem Existenzkampf des kurdischen Volkes in der Bundesrepublik nicht besonders groß. Das ist eine Tatsache. Die andere Tatsache aber ist, daß das kurdische Volk in seinem Kampf diese Solidarität in materieller, politischer und moralischer Hinsicht besonders benötigt und daß die bundesrepublikanischen Linken und demokratischen Kräfte in dieser Frage nicht länger untätig bleiben dürfen.

Breite Kreise der Linken geben für ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem nationalen demokratischen Kampf der Kurden die PKK als Vorwand. Diese Bewegung hat sich durch ihren bewaffneten Kampf in den letzten Jahren hervorgetan und den nationalen demokratischen Kampf in T.-Kurdistan wesentlich vorangebracht. Auf der anderen Seite wird ihnen v.a. in Europa Sektierertum bis hin zur Anwendung von Gewalt gegen andere Linke und eigenen Abweichler vorgeworfen. So stellt diese Bewegung für breite Kreise der Linken und demokratischen Öffentlichkeit ein Hindernis dar, den Kampf des kurdischen Volkes zu unterstützen, ungeachtet dessen, daß das kurdische Volk diese Unterstützung dringend benötigt. Für viele chauvinistisch beeinflusste Türken ist die PKK jedoch

auch ein Vorwand, mit dem sie die Verweigerung ihrer Solidarität erklären wollen. Es kann nur eine Gleichgültigkeit sein, die vom Chauvinismus genährt wird, wegen der PKK der Massakerpolitik des türkischen Staates in Kurdistan zuzusehen. Es ist

eine zwingende demokratische Aufgabe trotz des zweifelhaften Images der PKK den nationalen demokratischen Kampf in Kurdistan zu unterstützen. Es sollte dabei eine intensive Auseinandersetzung der Linken über den Befreiungskampf in Kurdistan und die Rolle der PKK - mit ihrer Linie, ihrem mutigen Kampf, aber auch dem ihr vorgeworfenen Sektierertum wie z.B. ihrem Alleinververtretungsanspruch und ihren Hetztiraden gegen andere türkische und kurdische Linke - stattfinden. Nur so kann festgestellt werden, welche Behauptungen über

die PKK zutreffen, und welche Lügen der Türkei sind, um eine Entsolidarisierung in der Türkei und im Ausland zu erreichen und den Kampf der PKK und des kurdischen Volkes zu diskreditieren. Genauso, wie der Kampf der kurdischen Volkes für nationale Befreiung nicht mit der PKK identisch ist, genauso bedeutet auch die Unterstützung dieses Kampfes nicht, daß die politischen Ansichten der PKK und die ihnen vorgeworfenen negativen Eigenschaften unterstützt werden. Es muß zumindest möglich sein, in der BRD eine breite Öffentlichkeit gegen die

Massakerpolitik des türkischen Staates herzustellen, wenn sich die deutsche Linke nicht vorwerfen lassen will, sie befinde sich auf der gleichen Argumentationslinie wie die TR und Teile der türkischen Linken, den Befreiungskampf der PKK als Ursache und Rechtfertigung für die Massaker in Kurdistan vorzuschreiben.

Für den Aufbau einer breiten Solidaritätsbewegung mit dem national-demokratischen Kampf des kurdischen Volkes!



Der türkische Staat gibt für das Dorfschützersystem jährlich 60.000.000.000 TL aus

Helfen Sie mit durch Spenden unter dem Stichwort »KURDISTAN«

Konto-Nr. 1800 Stadtparkasse Frankfurt
Konto-Nr. 6999-508 Postsparkasse Köln

medico international

Obermainlage 7 · 6000 Frankfurt am Main
Telefon 069 / 4 99 00 41 / 2

Palästina Kongreß

2. bis 4. März 1990 in Hamburg

Aktuelle Informationen über die Intifada
Die Veränderungen in der palästinensischen Gesellschaft
Die Rolle der Frauen in der Intifada
Auswirkungen auf die israelische Gesellschaft
Informationen über den Kampf der PalästinenserInnen in Israel
Solidarität mit der Intifada - wie weiter?

Eingeladen sind ReferentInnen aus Palästina und Israel

Großveranstaltung als Auftakt zum Kongreß

Freitag, 2. März, 18.00 Uhr

Palästina-Kongreß

Samstag und Sonntag, 3. und 4. März,

in der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg

Information und Anmeldung:

FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V.

Postfach 30 41 45, 2000 Hamburg 36

Telefon 040 / 850 39 06 Di - Do 16-19 Uhr

Telefax 040 / 319 39 39



Prozeß gegen Oma wegen Kurdisch – Sprechen

Auf einer Kundgebung der SHP anlässlich der Kommunalwahlen vom 26. März 1989 wurde Saliha Sener gebeten zu sprechen – und tat dies in kurdischer Sprache. Jetzt wurde deshalb ein Verfahren gegen sie wegen Verstoß gegen das Gesetz Nr. 2932 eröffnet. Ein Jahr Gefängnis fordert der Staatsanwalt.

Sie wurde nicht in Untersuchungshaft genommen. Vor Gericht sagte Saliha Sener, wieder in ihrer kurdischen Muttersprache, folgendes aus: "Ich habe kurdisch gesprochen, weil ich nicht türkisch sprechen kann. Die beantragte Strafe akzeptiere ich nicht."

Saliha Sener ist ein sowohl im kurdischen als auch im türkischen Volk gut bekannt. Im Zusammenhang mit den Widerstandsaktionen in den Gefängnissen hat sie an Solidaritätsdemonstrationen und an einem Hungerstreik teilgenommen.



Saliha Sener, auf dem Bild mit der erhobenen Faust

men. Im Stadtzentrum von Diyarbakir hat sie sich mit Gas übergossen und in Brand gesteckt.

Saliha Sener ist eine kurdische Mutter von 61 Jahren. Daß sie in ihrem Alter sich aktiv an Solidaritätsveranstaltungen beteiligte, hat ihr natürlicherweise große Achtung und Sympathie eingebracht. Im

Bewußtsein dessen hat die SHP sie dazu gebracht, auf ihrer Kundgebung zu sprechen, um so die Wahl zu gewinnen und den Bürgermeister von Diyarbakir stellen zu können.

Im Prozeß gegen Saliha Sener wird deutlich, wie reaktionär und perspektivlos es ist, die Sprache des kurdischen Volkes zu verbieten, die es offiziell in der Türkei ja gar nicht

gibt. Das Gericht eröffnet gegen eine alte Frau einen Prozeß wegen Sprechens der kurdischen Sprache – und muß sie in der Verhandlung kurdisch sprechen lassen, weil sie sonst keine Sprache versteht. Was für ein Widerspruch!

weis stellen. Leider deckt sich, wie immer bei der SHP, das, was sie sagt, nicht mit dem, was sie tut.

Während verschiedene Gruppen und Einzelpersonen alles mögliche tun, um auf den Prozeß aufmerksam zu machen, ist von der Sozialdemokratie, die sonst bei jeder Gelegenheit die Forderung nach Aufhebung der die kurdische Sprache verbietenden Gesetze im Munde führt, noch kein Wort des Protestes gekommen. Die SHP sollte an dieser Stelle nicht schweigen, wenn es ihr denn ernst ist mit der Legalisierung der kurdischen Sprache und ihrem Eintreten für eine Erziehung in der kurdischen Muttersprache. Sie sollte Position beziehen und ihre "Verbundenheit" unter Be-

Der ehemalige Minister- und jetzige Staatspräsident Turgut Özal in Erklärungen vor der Auslandspresse mehrfach behauptet, daß niemand in der Türkei wegen des Sprechens einer anderen Sprache verhaftet würde. Im Gegenteil: Die Kurden könnten ihre Sprache ungehindert sprechen und sogar kurdische Musik hören. Die Doppelzüngigkeit der türkischen Politik in dieser Frage ist allerdings offensichtlich und liegt auf der Hand: Auf der einen Seite solche Erklärungen und auf der anderen Seite ein Prozeß gegen eine 61-jährige Frau, weil sie die einzige Sprache spricht, die sie sprechen kann, ihre eigene, kurdische. Die Türkei wird wohl ihre chauvinistische Assimilationspolitik in der Kurdenfrage fortsetzen.

Daß Sedat am Leben bleibt...



Sedat mit seinen politischen Mitgefangenen, auf dem Bild mit Pfeil

Nach dem faschistischen Militärputsch vom 12. September sind in der Türkei viele Revolutionäre, Demokraten, Progressive und Patrioten in den Bergen oder auf der Straße erschossen, durch Folter in den Gefängnissen getötet oder zum Krüppel gemacht worden oder sind schwer erkrankt. Sedat Karaagac ist einer von denen, die sich aufgrund der Lebensbedingungen in Haft eine tödliche Krankheit "zugezogen" haben...

Sedat hat Krebs, und es ist interessant, wie es dazu gekommen ist. In einem Brief an die Zeitschrift Sokak (Straße, T.I.) schreibt er:

"Als es im Zusammenhang mit unserer Tunnelgeschichte in Eskişehir dazu kam, daß man uns unsere Rechte verweigerte, waren wir gezwungen, einen Hungerstreik zu beginnen. Am 35. Tag (wurden wir verlegt und, T.I.) kamen nach 15 Stunden Fahrt in Aydin an. Wir wurden acht Stunden lang gefoltert. Zwei Menschen starben dabei, viele trugen dauerhafte Gesundheitsschäden davon, zwei Personen wurden nach Manisa in die Psychi-

atrie eingeliefert.

... Bei mir ist das Trommelfell geplatzt. Ich wurde am Kopf verletzt und meine Rippen wurden gequetscht. Sie zogen mich splitter-nackt aus und zogen mich in Rückenlage an einem Fuß über den Boden. ... Danach zeigte sich auf meinem Rücken ein roter Ausschlag. Er vergrößerte sich in drei Monaten um fünf Zentimeter. Ich kam zum Arzt und dann nach Izmir.

Am 30. Oktober wurde ich als dringender Fall nach Izmir gebracht. Weil die Ägäis Universität nur Privatpatienten nimmt, wurde ich dort nicht behandelt. Mit einer Kostenübernahmebescheinigung des Gefängnisses gingen wir wieder zu Medizinischen Fakultät. Die Diagnose war Krebs. Es hieß, ich müßte sofort operiert werden, aber sie könnten das nicht tun, weil es in dem Krankenhaus keine Gefangenenebetten gäbe."

Nach ein paar mit Formalitäten ausgefüllten Tagen wird Sedat dann

schließlich doch operiert. Nach einer zweistündigen Operation findet er sich in einem Zimmer in der plastischen Chirurgie und ans Bett gekettet vor. Nach zehn Tagen Krankenhaus, angekettet und bewacht, wird er in die Gefangenenstation im Erdgeschoß verlegt.

Sedat schreibt weiter in seinem Brief: "Zuletzt hat mir mein Arzt gesagt: 'Sedat, ich wollte es dir eigentlich nicht sagen. Du hast noch vier Jahre zu leben. Ich habe mir Mühe gegeben, dich im Krankenhaus des 9. Septembers unterzubringen, aber es hat nicht geklappt. Setz' deine ganze Familie, die Menschenrechte (den Menschenrechtsverein, T.I.), deine Rechtsanwälte in Bewegung. Ohne Behandlung hast du nur noch vier Jahre zu leben. Und haben sie mich wieder ins Gefängnis gebracht."

Sedats Leben hängt jetzt von denen ab, die draußen für Menschenrechte und Demokratie kämpfen. Alle im Ausland befindlichen revolutionären, demokratischen, progressiven, humanistischen Vereinigungen und Institutionen sollten jetzt Telegramme und Postkarten an den Justizminister M. Oltan Sungurlu schicken, und fordern, daß Sedat Karaagac in einem für seine Krankheit vollständig ausgerüsteten Krankenhaus behandelt wird.

Mehmet Oltan Sungurlu
Justizminister
Bakanliklar / Ankara
Türkei

"Die Frauen sprachen nicht ihre eigene Sprache"

Mit diesen Worten brachte eine Teilnehmerin des 1. Frauenkongresses, der vom 19.-21. Mai 1899 in Istanbul stattfand, ihre Kritik an diesem an einen Punkt. Eine andere Frau sah das Motto des Kongresses "Jetzt, nicht morgen" durch die Beiträge der sozialistischen Frauen, die immer wieder darauf beharrten, daß die Frauen erst mit dem Sozialismus befreit werden können, umgedreht in "Morgen, nicht jetzt".

Gleich zu Beginn des Kongresses, an dem ca. 2500 Frauen und Männer aus allen Teilen des Landes teilnahmen, bildete sich eine Front zwischen den "sozialistischen" und "feministischen" Frauen, die sich im Verlauf des Kongresses immer mehr verhärtete. So war es keine Wunder, daß es am zweiten Tag zum Eklat kam, als einem Mann Redeerlaubnis erteilt wurde, wo wegen der fortgeschrittenen Zeit zig Frauen nicht mehr zu Wort kamen. Unter Protestgesang verließen Feministinnen, sozialistische Feministinnen den Saal.

So kam es nicht zu dem geplanten gemeinsamen Forderungskatalog und der Organisation gemeinsamer Aktionen. Eine Frau aus dem Vorbereitungskomitee schloß den auch den Kongress mit folgenden Worten ab: "Wir wollten auf dem 1. Frauenkongreß die Farben und Stimmen der Plattform widerspiegeln, doch im vollem Umfang ist das nicht gelungen..."

Daß die beiden gegensätzlichen Einschätzungen über den Kongreß in eine Abschlusserklärung gezwungen wurden, zeigt zum einen das Interesse, die Kluff, die unbestritten besteht, zu veruschen, zum anderen das Bedürfnis, sich nach außen mit handfesten Ergebnissen präsentieren zu wollen.

Auch wenn viele Problembereiche angesprochen wurden, 70 Anträge verabschiedet wurden und 150 Frauen zu Wort kamen, haben es die Frauen fürs erste verspielt, die Organisation einer breitgefächerten unabhängigen Frauenbewegung voranzutreiben, da es ihnen nicht gelungen ist, eine gemeinsame, ihnen eigene Sprache zu finden. Zu sehr waren sie noch in den bestehenden "Herrschaftsstrukturen" gefangen, die sich äußerten in Ausgrenzung, Fraktionierung, Festhalten an verfahrenstechnischem Vorgehen, Profilierungstendenzen, die stärker waren als Sachbezogenheit. Zurück bleibt die Hoffnung, daß der Kongreß erst ein Anfang war, aber nicht der Anfang vom Ende...